

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetrogen in der Post-Verzeichnis-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7871.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechspoltrige Zeile
 oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiz: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Donnerstag, den 14. Juni 1900.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Zur Lage in Ostasien.

Am dem seit dem japanisch-chinesischen Krieg ständig bewölkteten ostasiatischen Himmel weiterleuchtet es wieder einmal. Der erst wenig beachtete Zustand der Gesellschaft der Vögel beginnt zu einer hochpolitischen internationalen Angelegenheit zu werden. Nicht weil es sich um eine in China unbekanntete Erscheinung handelt, oder der Zustand diesmal einen besonders großen Umfang angenommen hat, sondern weil das unthätige, herausfordernde Verhalten der chinesischen Regierung die fremden Mächte zum Eingreifen in die inneren Angelegenheiten des moribunden Kaiserreiches zwingt.

China ist seit altersher das Land geheimer Gesellschaften und lokaler Insurrektionen. Im letzten Jahrhundert dürfte kaum ein Jahr vergangen sein, wo nicht hier oder dort in einer der Provinzen kleinere oder größere Aufstände ausbrachen, fast alle mit der ausgesprochenen Absicht, die herrschende Mandschu-Dynastie zu vertreiben und frühere Zustände zurückzuführen. Nebenher läuft, seit die Europäer ins Land eindrangen und die christlichen Missionare ihrem Verherrlichungseifer die Fägel schiefen lassen, ein steigender Fremdenhaß. Die Leitung der gegen die Mandschu und die Fremden gerichteten Bewegung liegt fast ausschließlich in den Händen politischer Geheimgesellschaften, die in ihrer Organisation an die italienische Mafia erinnern und häufig Namen und Kampfesweise wechseln. In kurzer Zeit entstehen durch Zusammenfassung kleinerer Sozialvereine oft große Verbände, die, sobald sie öffentlich hervortreten und einige Erfolge erzielen, große Massen Unzufriedener anlocken, um, sobald ihre Leiter in Zwistigkeiten geraten oder die Aufstandsversuche niedergeschlagen werden, sich ebenso schnell wieder zu zersplittern, bis dann vielleicht nach einiger Zeit eine dieser Gruppen unter energischer Leitung und veränderten Aushängeschildern von neuem auftaucht und eine Art Führung übernimmt. Die heute vielgenannte Gesellschaft der Vögel scheint nur eine Zusammenfassung älterer Ueberreste des Ko-lao-hui-Verbands (s. h. „Ältere Brüdergemeinschaft“) zu sein, die in 1891 eine Reihe christlicher Missionsanstalten zerstörte, wenigstens ist die Tendenz und die erwählte Losung („China allein für die Chinesen“) dieselbe. Entstanden soll dieser Verband schon während des Taiping-Aufstands sein. Als Stifter werden Tsang-Kuofan und Tsang-Kuochuan genannt, der Vater und der Onkel des bekannten späteren Gesandten in London und Petersburg, die weit das richtige ist, läßt sich nicht beurteilen; Thatsache ist jedoch, daß wie wir in Italien als Leiter der Mafia vielfach höhere Regierungsbeamte finden, so auch in China die eigentlichen „Meister“ der Geheimbünde meist hohe Beamte sind, nicht selten die Vicelkönige und Locals (Regierungsbezirksvorsteher) selber, die durch diese Verbände größeren Einfluß zu erlangen suchen. Tsang-Kuochuan war beispielsweise Vicelkönig von Kangling und auch sein Nachfolger Su-Kunghi spielte vordem im Ko-lao-hui eine hervorragende Rolle. Die unteren Mitglieder solcher Gesellschaft sind nämlich durch das Gelübnis unbedingten Gehorsams völlig in die Hand der leitenden Personen gegeben, die oft ihre besonderen, den gewöhnlichen Mitgliedern des Bunds unbekanntem Zwecke verfolgen. Durchaus nicht unwahrscheinlich ist zum Beispiel, daß einen Teil der oberen Leiter des Geheimbundes der Vögel nicht allein der Haß gegen die Fremden zur Entfaltung des Aufstands getrieben hat, sondern auch die Erwägung, die Angriffe auf Leben und Eigentum der Europäer würden zu einem Konflikt mit den Westmächten führen, dessen Ende die Verdrängung der Mandschu-Dynastie sein könnte.

Am und für sich hat der gegenwärtige Zustand keine größere Bedeutung, wie so manche seiner Vorgänger; was der Empörung diesmal besonderes Gewicht verleiht, ist der Umstand, daß der Schauplatz die Provinz Tschili und zwar die Umgegend von Peking ist, der Hauptstadt des Reichs, wo alle Leitungsfäden des mühsam zusammengeschalteten Reichs zusammenlaufen, und daß andererseits die Bewegung der Vögel bei der reaktionären Hofpartei offenen Sympathien begegnet, vielleicht im geheimen direkte Förderung findet. Es ist nach früheren Erfahrungen mehr als wahrscheinlich, daß hervorragende Mitglieder der Hofpartei zugleich geheime Mitglieder der Vögel-Gesellschaft sind und diese sowohl von allen Maßnahmen der Regierung unterrichten, als auch ihren Einfluß ausbieten, ein energisches Einschreiten der Regierung gegen die Bewegung zu hintertreiben. Die Personen, die heute am Kaiserhof in Peking eine Rolle spielen, gehören zu den verdienstlichsten und fremdenfeindlichsten des Reichs. Charakteristisch für den Geist, der dort regiert, ist es, daß vor einiger Zeit der verschlagene Kanghi zum Präsidenten des Amts für die inneren Angelegenheiten ernannt worden ist, der frühere wegen seines fremdenhässigen bekannten Vicelkönig von Schantung, Li-Ping-h'eng, als Vertrauter der Kaiserin fungiert und der auf Intervention der interessierten Mächte aus Schantung abberufen Conduerent Hülshen kürzlich als Vicelkönig der Provinz Schansi installiert worden ist.

Tennoch würde der Zustand in China kaum mehr Bedeutung beanspruchen können, als eine der üblichen Revolutionen in den süd-amerikanischen Republiken, wäre nicht die Eifersucht der fremden Mächte, die ein einheitliches Vorgehen gegen China hindert und die Möglichkeit nahe legt, daß aus dem vorgebildeten Schuß der sog. berechtigten Interessen sich ein allgemeiner Kampf um die chinesische Wente entwickelt, der leicht zu einem Weltkrieg zu führen vermag. Mit dieser Eifersucht rechnet die chinesische Regierungspartei, wenn sie der Vögelbewegung freien Lauf läßt. Sie kalkuliert, daß diese vielleicht doch dem Einströmen fremder Elemente gewisse Schranken setzt und daß, wenn wirklich die eine oder andere der Mächte Lust zu energischem Eingreifen und größeren Kompensationsforderungen verspüren sollte, sich dagegen die Eifersucht der übrigen auslehnt. Vielleicht hat überdies das diplomatische Vorgehen hinter den Coullissen dieser chinesischen Auffassung noch besonderen Vorzug

geleistet. Rußland wäre es kaum sehr unangenehm, wenn es Anlaß zur Abwendung größerer Truppenmengen fände, deren Zurückziehung es sich mit Gewährung von allerlei kleinen Vorteilen bezahlen lassen könnte. Jedenfalls ist die augenblickliche politische Situation einem Versuch der chinesischen Regierung, den Reiz und die gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Nationen gegen einander auszuspielen, durchaus günstig. Die Landvererbungen Rußlands im locanischen Osten von Mofampo und seine unverleimungsabsicht, dort auf halbem Wege zwischen Port Arthur und Wladivostok eine befestigte Flottenstation zu errichten, haben Japan aufs ärgste verächnpft, während andererseits der Plan der Erbauung einer russischen Eisenbahn von Kiachta nach Peking, die zunehmende Erweiterung des russischen Einflusses in Persien und Afghanistan die Spannung zwischen England und Rußland noch mehr verschärft haben. Dazu kommt die läßliche Zurückhaltung der Vereinigten Staaten, die jene Politiker, die nach der amerikanischen Aktion der Philippinen auf ein festes Bündnis zwischen England, Japan und den Vereinigten Staaten rechneten, arg zu enttäuschen geeignet ist.

Was unter diesen verwickelten Verhältnissen die Folge der Aufstandsbewegung sein wird, läßt sich mit einiger Sicherheit kaum berechnen. Das Wahrscheinlichere ist jedoch, daß auch diesmal wieder der schon so oft hinausgeschobene Entscheidungskampf um die Herrschaft in Ostasien auf einen ferneren Zeitpunkt verschoben wird. Die meist interessierten Nationen werden sich zu gemeinsamem Vorgehen verbinden oder, falls Rußland hierzu nicht geneigt sein sollte, sich über ein gewisses Hand-in-Hand-gehen verständigen; die Vögelbewegung wird unterdrückt und China zu allerlei Garantien und Konzessionen gezwungen werden, die es in Zukunft noch mehr zum russischen Spielball der Interessenkämpfe fremder Mächte machen. Denn so gerne jede der hauptsächlich in Betracht kommenden Nationen auch den Gegner verdrängt, so wenig sind sie andererseits geneigt, das Risiko eines Krieges in Ostasien zu übernehmen. England bräde sicherlich gar zu gerne Rußlands zunehmende Vorherrschaft, doch es ist zum Teil in Südafrika engagiert und überdies sicher, daß eine Entfesselung des Kampfes in Nord-China zugleich einen Einfall russischer Truppen in das von Hungersnot heimgegriffene und durch innere Wirrnisse geschwächte Indien zur Folge hätte. Vielleicht auch ließe Frankreich sich Rußlands Verlegenheit nicht entgehen, um in China oder Siam einzudringen.

Japan hat zwar ein kampffähiges Heer, aber es fehlt an jenem Gegenstand, der nach Monteculus Ausspruch der allerwichtigste zum Kriegsführen ist. Japan leidet an steigender Geldverknappung, so daß bereits vor einiger Zeit die japanische Reichsbank sich zur Erhöhung des Diskontsatzes auf über 9 Proz. gezwungen gesehen hat. Zudem besteht trotz aller offiziellen Freundschaffsversicherungen offenbar die Befürchtung in Japan, daß es von England heute ebenso wieder im Stich gelassen werden könnte, wie im Kriege mit China oder bei der Occupation des Gebietes von Talienvan und des Port Arthur durch Rußland.

Und ebensowenig ist Rußland bereit, die Folgen eines Kampfes gegen seine Rivolen leichtsin auf sich zu nehmen, wie rückwärtslos es auch sonst jede Schwäche Englands auszunutzen bestrebt ist. Seine Finanzlage ist nicht viel günstiger, wie die Japans, sein ostasiatisches Geschwader der englischen und japanischen Flotte gegenüber völlig unzureichend, seine im Amur- und Ussuri-gebiete stationierten Truppenmacht zur Ergreifung der Offensive zu schwach, während nach wenigen Jahren, wenn erst die mandchurische Bahn und die neuen Bahnhauten in Turkestan fertig sind, die Chancen ungleich günstiger liegen. Deshalb die in den letzten Jahren von Rußland besetzte Taktik, einem ernstlichen Entscheidungskampf auszuweichen und vorläufig überall neue Stützpunkte sich anzueignen; ein Vorgehen, wobei es mit größter Umsicht verfährt.

Die ihm jetzt von China eingeräumte Konzession zum Bau einer Bahn von Peking nach Kiachta im Anschluß an die transsibirische Bahn bietet dafür ein weiteres Beispiel. Als dem am 28. April vorigen Jahres zwischen England und Rußland zu stande gekommenen Ueber-einkommen über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphäre Murawiew die Zusatznote hinzufügte, daß Rußland freistehen sollte, Verbindungen von Eisenbahnen zu unterstützen, die von der mandchurischen Hauptlinie aus in die südwestlichen Gebiete führen, ließ England diesen Zusatz unbeachtet. Der Bau einer neben der Linie Kiutschwang-Schanhailwan-Peking herlaufenden Konkurrenzlinie erschien unbedenklich; jetzt aber hat Rußland sich auf Grund dieser Klausel von China das Recht zum Bau einer südöstlichen Linie von Kiachta nach Peking erteilen lassen, ohne daß England formell ein Recht des Widerspruchs hat. Die neue Linie wird in russischer Spurweite gebaut werden, und öffnet Rußland direkt von Nordwesten den Zugang nach Peking, ohne daß die englisch-japanische Flotte oder ein Landungscorps den Verkehr zu hindern vermag, während beiläufig die Linie Peking-Schanhailwan-Kiutschwang, die zudem in gewöhnlicher Spurweite fertiggestellt wird, auf mehreren Stellen nahe an die Küste heranreicht und teilweise in der Wirkungssphäre der Festungswerke von Taku liegt.

Alle diese Erregungenschaften wieder in Frage zu stellen, dürfte Rußland kaum geneigt sein, und so erscheint es als das Wahrscheinlichere, daß aus der Aufteilung Chinas, von der in den letzten Tagen so vielfach die Rede ist, vorläufig noch nichts wird. Aufgeschoben ist jedoch nicht aufgehoben.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Juni.

Bankrott der Socialpolitik.

Die Kommission für Arbeiterstatistik hatte im Reichsamt des Innern eine Sitzung, um die Erhebungen über die Verhältnisse der in Gast- und Schankwirt-

schaften beschäftigten Personen zum Abschluß zu bringen. Seit der letzten Beratung, in welcher der Inhalt der Vorschläge der Kommission festgestellt wurde, sind eine Anzahl Eingaben, welche sich mit der Materie befassen, an die Kommission gekommen. Der Kellnerkongreß, welcher im Anfang März tagte, hat seine Beschlüsse und die Protokolle über die Verhandlungen eingesandt; Frau Jäger überreichte eine Resolution, welche in einer Versammlung im Grand Hotel gefaßt wurde; der Ausschuß der allgemeinen Sittlichkeitskonferenz machte eine Reihe von Vorschlägen zur Hebung der Sittlichkeit der Kellnerinnen, und die Erbprinzeßin von Anhalt machte Vorschläge, die sich auf denselben Gegenstand beziehen. Die zuletzt genannten Eingaben werden im Bericht besonders erwähnt, aber an den Vorschlägen der Kommission wurde nichts geändert.

Schon seit sieben Jahren beschäftigt sich die Kommission mit dieser Frage. In der Sitzung vom 30. Juni bis 3. Juli 1893 wurde der Fragebogen fertig gestellt. Im Oktober und November desselben Jahres wurden an 7791 Betriebe Fragebogen ausgegeben, wovon später 6608 bearbeitet und die Ergebnisse in Drucksache VI zusammengestellt wurden. Im November 1894 wurde beschloffen, eine Anzahl Wirte-, Kellner- und Köche-Vereine sowie Vorstände von Krankenkassen und das Reichs-Gesundheitsamt zu hören.

Im Herbst 1898 wurden eine Anzahl Wirte, Kellner, Kellnerinnen, Wamsells, Köche und Köchinnen benommen über die Zustände und Mittel zur Beseitigung der Uebelstände. Das sehr umfangreiche Material bestätigte, daß schreiende Mißstände sowohl in Bezug auf Dauer der Arbeitszeit, Mangel an Sonntagsruhe, sowie große Ausbeutung des Personals der Stellenvermittler vorhanden sei.

Jeder unbefangene Leser der Erhebungen mußte zu der Ueberzeugung kommen, daß hier einschneidende Schutzbestimmungen erlassen werden würden, zumal hier auch keine Bedenken, daß das Gastwirts-gewerbe im Niedergang begriffen ist, in Frage kommen konnten. Denn durch Berufszählung sowie durch die Statistik über den Eisenbahnverkehr und den Bierverbrauch ist festgestellt, daß kaum ein zweites Gewerbe einen solchen Aufschwung zu verzeichnen hat, wie das Gast- und Schankwirts-gewerbe. Während in den Jahren von 1882 bis 1895 die Bevölkerung um 14,5 Proz. zunahm, stieg die Zahl der mit Gehilfen betriebenen Hauptbetriebe von 81 613 auf 176 207, also um 115 Proz., und die Zahl der durchschnittlich beschäftigten Personen von 226 015 auf 521 728, also um 132,26 Proz. Der Bierverbrauch stieg in demselben Zeitraum von 38 397 000 Hektoliter auf 60 595 000 Hektoliter, und auf der Eisenbahn stieg der Personenverkehr von 7 063 881 000 auf 13 917 284 000 Personenkilometer. Das nicht zur Familie des Wirts gehörende Personal besteht aus 273 940 männlichen und 387 374 weiblichen Personen. Darunter 10 428 männliche und 10 943 weibliche Personen im Alter von unter 16 Jahren.

Alle ermittelten Mißstände will die Kommission mit folgenden Vorschlägen bekämpfen:

1. In den Gast- und Schankwirtschaften ist den Hilfspersonen innerhalb je 24 Stunden eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 Stunden und außerdem in jeder Woche in der Zeit zwischen 12 Uhr mittags und 9 Uhr abends eine solche von mindestens 6 Stunden zu gewähren.
 In Gegenden von mehr als 10 000 Einwohnern ist den Hilfspersonen alle drei Wochen, statt der auf die betreffende Woche entfallenden sechsständigen Ruhezeit, ein ganzer Tag frei zu geben.
 In jedem Gast- und Schankwirtsbetrieb ist ein Verzeichnis zu führen, in welches spätestens nach Ablauf jeder Woche einzutragen ist, an welchem Tage bezw. nachmittags einer jeden Hilfsperson die für die Woche vorgeschriebene Ruhezeit gewährt wurde. Das Verzeichnis ist auf Verlangen der Ortspolizeibehörde vorzulegen.
 2. An höchstens 60 Tagen im Jahre darf eine Ueberarbeitung der durch die achtstündige Ruhezeit bedingten täglichen Arbeitszeit stattfinden; jedoch muß nach beendigter Thätigkeit eine mindestens achtstündige ununterbrochene Ruhezeit gewährt werden.
 In jedem Gast- und Schankwirtsbetrieb ist ein Verzeichnis zu führen, in welches jede solche Ueberarbeitung der Arbeitszeit spätestens am ersten Tage, nachdem sie stattgefunden hat, einzutragen ist. Das Verzeichnis ist auf Verlangen der Ortspolizeibehörde vorzulegen.
 3. Jugendliche Personen unter 16 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt, und weibliche Personen unter 18 Jahren, welche nicht zu den Familienangehörigen des Wirts gehören, auch außer dieser Zeit nicht zur ständigen Bedienung der Gäste verwendet werden.
 4. Als Hilfspersonen im Sinn dieser Bestimmungen gelten solche Personen, welche als Kellner, Oberkellner, Kellnerlehrlinge, als Köche, Kochlehrlinge, Köchinnen oder Wamsells beschäftigt werden; Köchinnen und Wamsells jedoch nur dann, wenn sie nach der Größe und Einrichtung des Betriebs als gewerbliche Gehilfen anzusehen sind.
 Zugleich spricht die Kommission den Wunsch aus, es möge gelegentlich einer Revision der Gewerbe-Ordnung darauf Bedacht genommen werden,
 daß zum mindesten an jedem Sonntage dem Personal für die Zeit von wenigstens zwei Stunden Gelegenheit zum Besuch des Gottesdienstes des betreffenden Bekenntnisses zu geben sei.
- Wenn die Kommission hätte bankrott machen sollen, dann hätte sie es gar nicht anders machen können, wie sie es gemacht hat. Die Sonntagsruhe wird nicht als sociale, sondern lediglich als kirchliche Einrichtung behandelt, und nur Kellner und Köche haben einen Anspruch darauf.

Für diese bevorzugten Leute will die Kommission auch eine Nachruhe. Ist aber ein Unglücksmanch nicht Stellvertreter, Ramsell oder Köchin, dann braucht sie keine Nachruhe und keine Sonntagsruhe oder Ersatz für dieselbe. Nun ist die Arbeitszeit der Küchenmädchen in der Regel schon länger als die der Köchinnen, weil das Küchenmädchen Vorbereitungen treffen muß, z. B. Feueranmachen, Kartoffelschälen usw., bevor die Köchin kommt, und wenn die Köchin fort ist und ihre achtstündige Ruhe genießen kann, dann muß das Küchenmädchen noch Löpfe und Herd reinigen, die Rüche scheuern usw. Da die Mehrheit der in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigten Personen nicht zu denen gehört, auf welche dieser sogenannte Schutz Anwendung finden soll, so wird für diese eine Verschlimmerung eintreten. Der Wirt braucht einem Küchen- oder Stubenmädchen, Hausburken usw. keine Nachruhe zu bewilligen, da die Kommission für Arbeiterstatistik beschloffen hat, daß für dieses Personal Nacht- und Sonntagsruhe nicht nötig ist.

Als die Kommission für Arbeiterstatistik im Jahre 1892 ins Leben gerufen wurde, hegten die Arbeiter vielfach große Hoffnungen; sie glaubten, daß nun die schönen Worte in den §§ 120a bis 120e der Gewerbe-Ordnung praktische Bedeutung erlangen werden. Damals drängten die Arbeiter darauf, daß ihr Gewerbe unterjocht werden solle. Diese neueste Leistung wird die schönen Illusionen endgültig vernichten und die Arbeiten der Kommission werden wohl nur noch den Wert haben, als Material für Schweinburg und Konforten zur Agitation gegen die Arbeiterschutzgesetze zu dienen.

Wenn weibliche und jugendliche Personen in Hotelküchen länger als 16 Stunden täglich mit Bearbeitung von Nahrungsmitteln beschäftigt werden können, dann ist nicht einzusehen, weshalb bei derselben Arbeit dieselben Personen in Konservenfabriken nur 10 resp. 11 Stunden und nur sechs Tage in der Woche arbeiten sollen. Die Verpackung, in welcher die Ware in den Handel geht, ob auf Tellern oder in Blechbüchsen, ist für die Arbeiterinnen doch gleichgültig. Größere Triumphe als in diesen Beschlüssen liegen, haben die Herren Bued, Deumer, Schweinburg und Konforten noch nicht gefeiert. Unser Genosse Fischer hatte recht, als er vor etwa fünf Jahren im Reichstag sagte: Das soziale Königtum hat kapituliert vor dem Kapitalismus u. s. Damals bestritt Freiherr von Verlepsch die Richtigkeit dieses Satzes. Wir zweifeln, daß er heut noch seinen Widerspruch aufrecht erhält.

Die Marinebegeisterung.

Herr Hohenlohe meinte in seiner letzten Vorlesung im Reichstage, die Flottenbegeisterung sei aus der Mitte des Volks gekommen. Daß diese Meinung völlig falsch ist, bedarf, wenn es einer Bestätigung überhaupt noch bedarf, die Rheinisch-Westfälische Zeitung, das Organ der stets flotteneifrigsten Kohlenbarone von Westfalen. Sie sagt:

„Schon bald nach Abschluß der ersten Flottenvorlage war besonders von alldeutscher Seite eine weitere Verschärfung der Flotte gefordert; natürlich ernteten diese Stimmen zunächst nur Angriffe und Schmähungen, nicht nur in freistimmigen und ultramontanen, sondern vor allem in jenen nationalliberalen Kreisen und Blättern, welche selbst innerlich haltlos immer erst auf den bannflüchtigen Wind von oben warteten. Die Rhein-Westf. Ztg. hat damals mehrfach Veranlassung gehabt, sich mit diesen Elementen zu schlagen, welche 6 Monate später schon die begeistertsten Schwärmer für die Flotte und Säulen des Flottenvereins waren.“

Die Rhein-Westf. Ztg. irrt nur in der Frist, die sie dem Werden der Flottenbegeisterung setzt. Nicht sechs Monate waren dazu nötig, nicht einmal sechs Wochen oder nur sechs Tage. So gleich, als der bannflüchtige Wind von Hamburg aus erlosch, setzte die Begeisterung aller derer, die bei der Sache zu gewinnen dachten, ein. „Das Volk“ freilich nahm an dem Spektakel, der nun ausbrach, keinen Anteil.

Auch das Regierungsorgan, die „Berliner Correspondenz“, bestätigt die wahren Ursprünge der angeblichen Marinebegeisterung in dem Sinne:

„Mit scharfem Auge erkannte der oberste Führer des Volks den schwachen Punkt der deutschen Position, woran er seinen Appell an das deutsche Volk, das anfangs verwundert und zurückhaltend, dann mit vollem Verständnis und mit voller Begeisterung dem kaiserlichen Führer zujubelte.“

Schönwälder noch feiert Herr Schweinburg den Quell der Marinebegeisterung:

„Wenn jetzt das Reich eine selbständige Flotte besitzt und nach der inneren Einheit die ihm gebührende Stellung unter den Weltmächten sich zu sichern vermag, so ist das daher ebenso das persönliche Verdienst Kaiser Wilhelms II. Den weiten Blick, mit dem der regierende Kaiser die Weltmachtstellung Deutschlands und eine starke Flotte als das zur Erreichung dieses Ziels notwendige Mittel sich zur Aufgabe gestellt hat, und der alle Hindernisse überwindenden Kraft und Energie, mit welcher diese Aufgabe durchgeführt worden ist, verdankt das deutsche Volk, das wie der Raum der deutschen Einheit so auch das Sehnen nach der Weltmachtstellung Deutschlands in Erfüllung geht, und es bildet mit derselben dankbaren Verehrung wie zu dem ersten Kaiser als dem Begründer der deutschen Einheit zu seinem jetzigen Kaiser als dem kraftvollen Führer zur Weltmachtstellung ein.“

Höchstens die Wilden in — und unter ihnen als führender Mann Herr Karl Peters — dürfen beanspruchen, daß sie schon vor dem bannflüchtigen Wind Verständnis für die Weltmachtstellung gehabt haben. Auch die Begeisterung der Vangerplattener Lieferanten-Blätter begann schon im Sommer 1890, als Herr Tirpitz bei den Eisen- und Kohlenwerken herumreisend den Hamburger Wind in Aussicht stellte.

Das Petitionsrecht der Beamten.

Den Beamten des preussischen Staats ist zwar nach der Verfassung das Petitionsrecht gewährleistet. Wenn sie aber dann Gebrauch machen und sich mit irgend welchen Wünschen und Beschwerden an das Abgeordnetenhaus wenden, so fallen jedesmal die Herren von der Rechten im Bund mit der Regierung über sie her. Nicht nur, daß die Wünsche der Beamten scharf zurückgewiesen werden, müssen sie sogar heftige Strafbestrafungen über sich ergehen lassen. Thatsächlich steht das Petitionsrecht nur auf dem Papier; es ist in Wirklichkeit völlig illusorisch.

Auch am Mittwoch stand eine große Zahl Petitionen von Unterbeamten der Staatsbahn auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses. Die Konservativen verlangten, daß über alle diese Petitionen, etwa 100 an der Zahl, gemeinsam beraten werde. Dieser Versuch der Massenabschlachtung scheiterte aber an dem Widerspruch des Abg. Dr. Sattler (natl.). Es mußten infolgedessen die Petitionen einzeln beraten werden. Als eifrigster Scharfmacher trat wieder der Minister v. Thiele auf, der eine Untergrabung der Ordnung und Disziplin gerade bei denjenigen Beamten fürchtete, auf deren unbedingte Zuverlässigkeit Staat und Gesellschaft den größten Wert legen mußten. Herr v. Thiele schwebt offenbar in Angst und Sorge, daß auch die Staatsbahnen eines schönen Tags, wenn

die Unterbeamten und Arbeiter zum Massenbewußtsein erwachen, infolge eines Streiks zum Stillstand gebracht werden können. Und was der Minister fürchtet, ohne daß er es auszusprechen wagt, dem gab der Abg. Frhr. v. Erffa (f.) Ausdruck, indem er auf die Streikbewegung der Straßenbahner und auf die Aufforderung des „Vorwärts“ an die Eisenbahner, sich zu organisieren, hinwies. Wie schlecht muß die Lage der Beamten sein, wenn selbst ein so ausgesprochener Vertreter des Großkapitals, wie der nationalliberale Abg. von Cynern der Regierung zuruft, daß das Haus dem Arbeitgeber, also in diesem Falle der Regierung, gegenüber den Standpunkt der Arbeitnehmer wahren müsse!

Daß die Debatte ohne besonderen Erfolg für die Petenten ausließ, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Die Unterbeamten werden durch derartige Behandlungen ihrer Petitionen immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß sie von der Bourgeoisie nichts für die Hebung ihrer Lage zu erwarten haben.

Zur Warenhaussteuer.

Das preussische Herrenhaus hat am Mittwoch den Gesetzentwurf betr. die Warenhaussteuer nach längerer Debatte gemäß den Beschlüssen seiner Kommission angenommen, also die Steuererhöhung auf einen Jahresumsatz von 400 000 M. festgesetzt und die Ausnahmegestaltung für Warenhäuser für Offiziere und Beamte genehmigt. Nunmehr muß die Vorlage wieder an das Abgeordnetenhaus zurück. Ob eine Uebereinstimmung in den Beschlüssen beider Häuser herbeigeführt wird, ist fraglich. Noch fraglicher ist es, ob die Regierung dem Gesetz in der Fassung des Herrenhauses zustimmen wird, selbst wenn das Abgeordnetenhaus diesen Beschlüssen beitreten sollte. Mit der Steuererhöhung von 400 000 M. wird sich Herr v. Miquel allerdings noch zufrieden geben, unmöglich aber mit der Bevorzugung der Warenhäuser für Beamte.

Ebenso dürfte die Vorlage betr. die Gewährung von Zwischenkredit bei Rentengründungen, die bereits im vorigen Jahre gescheitert ist, auch diesmal wieder scheitern, da das Herrenhaus nicht dem Beschluß des Abgeordnetenhauses (Streichung der Zweckbestimmung) beigetreten ist.

Die Warenhaussteuer wird am Freitag im Abgeordnetenhaus beraten werden. Das Herrenhaus berät neben kleineren Vorlagen den Gesetzentwurf betr. die Maßnahmen gegen die Hochwassergefahren in Schlesien.

Deutsches Reich.

Die Belohnung.

Der „Reichs-Anzeiger“ teilt mit: „Seine Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Seine Vice-Admiral Tirpitz, Staatssekretär des Reichs-Marineamts, Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums, in den erblichen Adelsstand zu erheben.“

Ferner haben Seine Majestät Allergnädigst geruht: den nachbenannten Offizieren z. Auszeichnungen zu verleihen, und zwar:

den Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub:

dem Konter-Admiral Dieckhoffen, Direktor des Technischen Departements im Reichs-Marineamt;

den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und der königlichen Krone:

den Regatten-Kapitän v. Heeringen und Capelle, letzterer beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes der Staatsabteilung im Reichs-Marineamt;

den Roten Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife:

dem Korvetten-Kapitän a. D. von Holleben;

die königliche Krone zum Roten Adler-Orden vierter Klasse:

dem Korvetten-Kapitän a. D. Graf von Bernstorff;

den Roten Adler-Orden vierter Klasse mit der königlichen Krone:

dem Kapitänlieutenant Gädese, Referent beim Torpedo-Versuchskommando, bisher kommandiert zur Dienstleistung im Reichs-Marineamt, und

den Kapitänlieutenanten Marx und Hollweg vom Reichs-Marineamt;

den Roten Adler-Orden vierter Klasse:

dem Kapitänlieutenant a. D. Bethge und dem Wirklichen Admiralitätsrat im Reichs-Marineamt Adler;

den königlichen Kronen-Orden erster Klasse:

dem Vize-Admiral z. D. Paschen;

den Stern zum königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse:

dem Konter-Admiral Sad, Vorstand der Waffenabteilung im Reichs-Marineamt;

den königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse:

dem Kapitän zur See a. D. Foh und dem Wehrlichen Admiralitätsrat und Vortragenden Rat im Reichs-Marineamt Koch;

den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse:

dem Korvetten-Kapitän Dahnhardt, Kommandanten S. M. Bst. „Luchs“, bisher kommandiert zur Dienstleistung im Reichs-Marineamt, und

dem Geheimen expedierenden Sekretär und Kalkulator, Rechnungsrat im Reichs-Marineamt Ray.

Natürlich wird den Kreisen der höheren Bureaucratie und Bourgeoisie auch materieller Lohn der Flottenfreudigkeit nicht mangeln. Zahlreiche neue Offiziersstellen werden geschaffen und die Befehlsführer der Flottenreferenten stehen in stroyender Blüte.

Aber mit Bedauern sehen wir, daß den ausserlesenen Förderern der Weltmachtstellung bisher nicht der gebührende Lohn zu teil geworden ist. Es betrifft also, und noch nicht im „Reichs-Anzeiger“ zu lesen, daß Herr Müller aus Fulda in den erblichen Adelsstand erhoben wurde. Die Verdienste des Centrumsführers um die Flotte sind ohne Zweifel weit größer als die des Admirals Tirpitz. Auch hoffen wir nicht, daß Herr Eröber den Adlerorden mit Eichenlaub entbehren soll, weil er durch Rettung eines unsichtlichen Pfaffen vor dem Zuchthaus ein Unmüßiger geworden ist. Wir erwarten zuversichtlich, daß die freiwilligen Reichstags-Offiziere am Flottenlohn beteiligt und nicht hinter den pflichtmäßigen flotteneifrigen Admiralen und Seeoffizieren zurückgesetzt werden.

Aus Hamburg wird telegraphiert:

Der Kaiser hat an die Direktion der „Hamburg-Amerika-Linie“ auf deren telegraphischen Glückwunsch zur Annahme der Flottenvorlage folgende Antwort gerichtet:

„Ich danke Ihnen für Ihr Telegramm. Ich hat mein Bestes und bin dankbar und hoch erfreut, zum Ziele gelangt zu sein. Der treuen und unermüdbaren Hilfe aller meiner Mitarbeiter lasse ich dabei in Dankbarkeit alle Anerkennung widerfahren. Nun aber weiter, daß unsere Flotte auch bald wirklich Achtung gebietet und dem Meere erziehen kann, als Kraftzuwachs in meiner Hand, der Welt den Frieden zu bewahren! Wilhelm I. R. Wir zweifeln nicht, daß der Kaiser glaubt, durch die Flottenvermehrung den Frieden zu sichern. Wir vermögen aber weder in vermehrten Kriegsschiffgeschwadern einen Kraftzuwachs für das deutsche Volk, noch im gepanzerten Frieden einen wahrhaften Frieden zu erkennen.“

Der Schlußsatz des kaiserlichen Telegramms läßt vermuten, daß das Vantempo der neuen Kriegsgelasse noch schneller genommen werden soll als bisher im Flottenprogramm vorgeesehen ist.

Die Flottenwache.

Der Redacteur der „Täglichen Rundschau“, Rippler, wird, wie Herr Schweinburg jetzt anündigt, nachdem der „Vorwärts“ schon vor ein paar Tagen dies Ereignis vorausgesagt hat, in der nächsten Nummer des Blatts die Erklärung abgeben, daß Herr Schweinburg kein Vorkriegsagent sei, daß er nicht gedrückt worden, daß er überhaupt einen vollkommenen Ehrenmann darstelle. Im Dezember des vorigen Jahres hatte die „Tägliche Rundschau“ bekanntlich das Gegenteil behauptet und Herr Schweinburg deshalb die Klage angebracht.

Am 28. April sollte — alles das erzählt Schweinburg jetzt selbst — die Gerichtsverhandlung stattfinden. Am 25. April wurden „ohne jegliches Zutun“ von Seiten Schweinburgs Verhandlungen mit Herrn Rippler eingeleitet und zwar vom Präsidenten des Flottenvereins, der befürchtete, daß der Verein bei dem Prozeß zu Schaden kommen könnte. Herr Rippler erklärte sich dem aus bereit, daß er „sofort nach der dritten Erklärung der Flottenwache“ die Ehrenerkklärung für Schweinburg abgeben werde. Damit verzichtete Herr Schweinburg darauf, die schmutzige Wäsche des Flottenvereins vor Gericht waschen zu lassen. Wie schmutzig diese Wäsche gewesen sein muß, das hat Fürst zu Wied in einer geradezu sensationellen Rede berichtet, die er am 7. Juni in einer Vorstandssitzung des deutschen Flottenvereins gehalten hat. Er jagte über den Prozeß Schweinburg:

„Im Laufe der letzten Monate wurde uns in der Centrale aber klar, daß diese drohenden Prozesse sich als politischer Mehltau auf eine Menge vaterländischer Institutionen und patriotischer Unternehmungen legen würden und nicht zum wenigsten auf unsern Flottenverein, und beschloffen daher, alles zu thun, um diese Prozesse aus der Welt zu schaffen. Es ist nun unserem Kanzler Herrn v. Deaulieu durch eingehende Verhandlungen mit den drei beteiligten Herren, den Herren Schweinburg, Rippler und Strohschein, gelungen, die Streitigkeit zwischen ihnen zu begraben. Herr Schweinburg hat sich bei diesen Verhandlungen als ein Ehrmann und Patriot, für den ich ihn immer gehalten habe, bewährt.“

Fürst Wied rühmte dann das „gewaltige Maß von Selbstüberwindung“, das es Schweinburg gekostet haben müsse, um aus „patriotischen Rücksichten“ auf den Prozeß zu verzichten, und er schloß:

„Bei der Durchführung dieser Prozesse hätten der Deutsche Flottenverein sowie der Flottengedanke im deutschen Volke den größten Schaden genommen; deswegen geriet es sich, sowohl dem Herrn Schweinburg, als auch den beiden andern beteiligten Herren, die so freudig in den vom Deutschen Flottenverein herbeigeführten Frieden willigten und durch ihr Entgegenkommen die Verhandlungen außerordentlich erleichtert haben, hiermit den Dank des Deutschen Flottenvereins für ihre aus patriotischen Rücksichten geübte Selbstüberwindung auszusprechen.“

Dunkel-drohend und schweigsam-vielstehend sagt Herr Schweinburg dann noch hinzu:

„Die Wissenden, welchen die wahren Gründe sowie die wirklichen Urheber und Leiter der unerbötlichen Angriffe gegen mich bekannt sind, werden es verstehen, weshalb ich mir zur Zeit Stillschweigen auferlegt und weshalb ich von vornherein darauf verzichtet habe, daß von irgend einer Seite mir — Wederem ausgeprochen wird.“

Nach diesen Andeutungen müssen wir nun überzeugt sein, daß der einzige Ehrenmann und einzige uneigennütige Patriot unter den Machern der Flottenbegeisterung Herr Schweinburg gewesen ist, in deren stürmisch bewegte Axt er das ebenso keuch wie penetrant laufende Rosenöl seiner — Wissenschaft glänzend geträufelt hat. Welche Seelengröße steckt doch in solch einem Universal-Offizien, selbst wenn er aus Nähren oder Galzian stammt! —

Majestätsbeleidigung und Ehrverlust.

Im April d. J. hatte das Landgericht Dresden einen Arbeiter wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Wir haben damals diesen Fall eines Rechtsirrtums besprochen, den man für unglücklich halten mußte, wenn nicht schon früher unser Genosse Peus von Magdeburger Richtern widerrechtlich aus Anlaß einer angeblichen Majestätsbeleidigung zu Ehrverlust verurteilt worden wäre.

Ueber den Ausgang des Dresdner Falls berichtet eine Reichsgerichts-Korrespondenz:

Das Landgericht Dresden hat am 26. April den Handarbeiter Matthes Löhner wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahre Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte hatte am 8. Oktober d. J. im angetrunkenen Zustande in einem Schanklokal sich damit gebrüht, daß er dreimal wegen Majestätsbeleidigung bestraft sei und dann eine Kennerung über den Kaiser gethan, in welcher von der großen Kinderzahl desselben die Rede ist. — Der Angeklagte selbst hatte das Urteil nicht angefochten, sondern nur der Staatsanwalt zu Gunsten des Angeklagten. Gemäß dem Revisionsantrage hob das Reichsgericht das Urteil bezüglich der Rebenstrafe auf und brachte den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in Wegfall.

Das Reichsgericht hat nun zwar den unglücklichen Rechtsirrtum aufgehoben, nachdem sogar die Staatsanwaltschaft das Bedürfnis empfunden hatte, zu Gunsten des Verurteilten einzuschreiten.

Welches Vertrauen aber soll man zu solchen Richtern haben, die nicht die einfachsten Thatsachen des Strafgesetzbuchs beherrschen, die nicht wissen, daß der Majestätsbeleidigungsprozeß die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht zuläßt. Wie soll man sich sein, daß das Gericht die Höhe der Strafe — ein Jahr Gefängnis — halbwegs abzuschätzen verstanden habe, wenn es in seinem Urteil von einem thatsächlichen Irrtum über den Inhalt des § 95 ausging!

Der historische Augenblick. In der letzten Sitzung des Reichstags äußerte der Reichskanzler am Schluß das Bedürfnis, den erhabenen Moment der Bewilligung der Flottenvorlage ein wenig bengalisch zu beleuchten. So las er denn jene seltsame Rede dem verblüfften Hause vor. Wie er das that, schildert die flottenfanatische „Tägl. Rundschau“ wie folgt:

„Plötzlich erhob sich zu allgemeinem Staunen der Reichskanzler, um Bedenken Bemerkung zu belämpfen, daß die Flottenbegeisterung künstlich gemacht sei. Er wies mit brechender Stimme und unter unaussprechlichen Spähen nach dem rettenden Fittchen darauf hin, daß schon vor fünfzig oder sechzig Jahren, als er selbst noch jung war, die Deutschen für den Flottenbau schwärmten. Immer tiefer versenkte sich der alte Herr in Reminiscenzen und Träume, selbstvergeßene Träume hufchten über sein liebes Gesichtsgesicht. Zum Schluß hatten seine Fittchen sich derart verwirrt, daß er ganz ins Stocken geriet und nach einer längeren Pause sich mit leiser Kopfnicken empfahl.“

Auch vom Romischen bis zum „Erhabenen“ ist, wie man sieht, nur ein Schritt. Und der große, historische Augenblick wird hoffentlich dadurch nicht geringer, daß das rednerische Rotfeuer feucht war und mehr qualmte als leuchtete.

Zwei konservative Abgeordnete haben am Dienstag gegen das Flottengesetz in dritter Lesung gestimmt. Es sind dies der wegen seiner Kanalabstimmung gemäßigtere Landrat v. Bonin, Wahrenbusch, Vertreter für Rostock, sowie der Dolmetscher der konservativen Partei, der mecklenburgische Wutsdörper v. Treuenfels, Vertreter für Ostrow-Ribnitz.

Der Großherzog von Oldenburg ist 78 Jahre alt, gestorben. Er hieß Nikolaus Friedrich Peter, während sein Nachfolger den Namen August trägt und 48 Jahre alt ist.

Für Reichstags-Eliten interessiert sich sehr das Bündlerblatt. Es schreibt: „Wer die Reichstagsarbeit zu übersehen und zu durchschauen vermag, der wird zu der Überzeugung kommen müssen, daß es so nicht weitergehen könne. Viele Reichstagsboten, die vor zwei Jahren mit frischen Hoffnungen und Kräften in den Reichstag eintraten, beginnen jetzt schon die Lust zu verlieren. Es werden sich, wenn die Sache so fort geht, immer weniger Männer finden, die bereit sind, das große Opfer einer Reichstags-Kandidatur zu bringen. Die Sessionsdauer muß unbedingt verkürzt werden. Es ist zu viel verlangt, wenn man den Abgeordneten zuzumutet, vom November bis in den Juni hinein ohne Tagelöhner und mit wenigen Pausen in Berlin bei der geschäftigen Arbeit zu sein. Die Einführung von Tagelöhner- oder Anwesenheitsgeldern wird sich nicht umgehen lassen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die verbündeten Regierungen den Widerstand gegen diese Einführung aufgeben möchten, der ja sachlich und innerlich jetzt nicht mehr berechtigt ist.“

Der Kongress der christlichen Gewerkschaften, der Pfingsten in Frankfurt a. M. getagt hat, findet in der Centrumspreffe wenig Beachtung. Zwar haben die größeren ultramontanen Blätter einen Bericht darüber gebracht, aber mit ihrem Urtheil halten sie in aufschüttelnder Weise zurück. Die „Kölnische Volkszeitung“ widmet dem Kongress in ihrer Sonntagsausgabe einen Artikel, der eine Kennerin der „Frankfurter Zeitung“ anführt als Beweis, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung heute schon etwas bedeute und für die Zukunft gute Aussichten habe, aber weiter die Frage der paritätischen Gewerkschaften für eine Doktorfrage erklärt und sich für eine bessere sozialpolitische Schulung der christlichen Arbeiter ausspricht. Das ist alles!

Nicht deutlich spricht sich dagegen die „Rheinische Volksstimme“ aus. Das zentrumsagrarische Organ gesteht, daß es nicht vermag, den Beschlüssen des Kongresses bezüglich der Lohnbewegung und natürlich immer noch längerer Arbeitszeit besondere Sympathie entgegenzubringen. Thatsächlich ist der Arbeiterstand jetzt besser gestellt als der mittlere und kleinere Bauer, und es wäre die höchste Zeit, einmal für die Rettung der letzteren aus ihrer elenden Lage mit Entschiedenheit und mit Hilfe großer Mittel einzutreten. Die einseitige Vorgehensweise der Industrie-Arbeiter bedarf wirklich keiner künstlichen Förderung mehr.“

Diese Meinung dürfte wohl die in den Kreisen des Centrums allgemein geltende sein. Denn die Thatsachen beweisen es, daß dem christlichen Unternehmer die Organisationsbestrebungen der Arbeiter ebenso verhaßt sind, wie dem andern gesinneten, und Förderungen, die den Profit schmälern, stoßen beim ultramontanen Fabrikanten und Händler auf ganz genau denselben Widerstand wie anderwärts auch. Die christlichen Gewerkschaften waren, von ihren ultramontanen Gründern erdacht und bestimmt als Gegenorganisationen zu den bestehenden Gewerkschaften, als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie, als Sammelpunkte der guten, braven, bescheidenen Arbeiter, die dem Unternehmertum um jeden Preis zu Diensten sind. Dem Centrum sollten sie folgliche Wähler, der Kirche eine gläubige Herde und dem Unternehmer willige Arbeitskräfte erhalten und erziehen.

Aber die Entwicklung, die die christliche Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit genommen hat und die in Frankfurt zu so deutlichen Ausdruck gekommen ist, entfernt sich weit ab von dem Ziel, das dieser Organisation von ihren Gründern und Förderern gesteckt war. Die nächste Folge wird sein eine noch schärfere Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften durch das Unternehmertum, als sie in der letzten Zeit schon üblich war. Im übrigen zeigt die Schwäche der Centrumspreffe bezüglich des Frankfurter Kongresses, wie wenig wohl den bisherigen Förderern der christlichen Organisationen bei dieser Wendung der Dinge ist. Es geht nicht an, daß sie ihr eigenes Werk jetzt schon verläugnen oder versuchen, aber ohne Zweifel werden die eblen Herrn vom Centrum und der Kirche ihre Stellung zu den christlichen Gewerkschaften revidieren müssen.

Das erste Anzeichen dazu ist zu sehen in dem Rücktritt des Bismarck'schen Vorstehers des Kölner Vereins „Arbeiterschule“. Dieser Führer der unverständlichen Mäßigkeit hat sich schon am Freitag von der christlichen Gewerkschaftsbewegung verabschiedet; er erklärt, daß er sich nicht Bestrebungen widmen könne, denen die Verteilung der christlichen Weltanschauung neben säkularer und überflüssig sei.

Weitere Klärung über die Stellung des Clerus zu dieser Frage wird die demnächstige Bischofskonferenz in Fulda bringen. Auf dem jüngst abgehaltenen Delegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Nord- und Ostdeutschlands erklärte bei einem Antrag, daß der Verbandstag Stellung nehmen sollte zur Gewerkschaftsbewegung, der Generalsekretär Dr. Hille, daß es sich empfehle, diese Frage bis zum nächsten Delegiertentag zurückzugeben, da die diesjährige Bischofskonferenz sich mit dieser Frage eingehend beschäftigen werde; speziell interessierte sich für die Gewerkschaftsbewegung der Fürstbischof von Breslau, der sich mit Herren, die in dieser Frage sehr eingeweiht seien, in Verbindung gesetzt habe, um über diesen Gegenstand in Fulda zu referieren.

Man darf auf die Stellungnahme der Bischofskonferenz, die in sozialpolitischen Fragen Autorität beansprucht, gespannt sein.

Unternehmerpoesie.

(Weim Champagner zu singen.)

In Reddinghausen fand unlängst eine bergmännische Fete statt aus Anlaß des Einschlagens des Schachts fünf der Rache Schlägel und Eisen in das Steinkohlegebirge im Deutschen Hof zu Reddinghausen.

Bei dieser Gelegenheit wurden von den Aktionären, Aufsichtsräten und Beamten — Bergmannslieder gesungen, in denen sich die Nicht-Arbeiter in ihrer Weise in die Seelen der Arbeiter hineinzuerlegen bemüht waren.

Zunächst wurde, wie wir einem bürgerlichen Blatt der Gegend entnehmen, das Kapital gefeiert:

Stoht an, die Finanz, sie soll leben — Hurra hoch!
Stoht an, die Finanz, sie soll leben — hurra hoch!
Die Aktien, die neuen so herrlich langiert,
Daß das Rhinns des Finanzten ward glücklich pariert.
Der Finanz ein Glückauf!
Der Finanz ein Glückauf!

Weiter wurde an die Börsen der Aktionäre appelliert:

„Raum hat man Gang und Flöz erreicht
Und ist nun voll Entzückung,
Da findet sich nur allzu leicht
Der Sprung und die Verdückung:
Dann heißt's: Heraus mit Deinem Schatz,
Du sämmtiger Gewerke!
Es hat noch manch Willkürlichen Platz
In solchem schönen Werke.“

Dann aber wurde besonders der Vergleute gedacht:

Der Stubensohn braucht wenig
Zu seiner Seligkeit,
Behält für sich den Pfennig,
Den Thaler schickt er weit.
Den Schlägel und das Eisen,
Den Mittel und ein Weib,
Und etwas Brot zum Weizen
Braucht er für seinen Leib.
Ein Liebchen noch daneben,
Sein Glück zu überlehn,
Das will er für sein Leben,
Nehre nicht zum Wohlgerne,
Denn ist der Bergmann König
Von dieser reichen Welt,
Denn er bedarf nur wenig
Von ihrem vielen Geld.

Das leichtsinnige Geständnis, das im Festausch von den wein-trunkenen Lippen flog, daß der Bergmann von dem Ertrag seiner Arbeit nur den Pfennig erhält, während der Thaler zu den Unternehmern wandert, wird den Herrn im nüchternen Zustand vielleicht bedenklich erscheinen. Immerhin wissen wir nun, wie idyllisch sich die Aktionäre die Arbeit der mit Gefahren für Leben und Gesundheit im Dienste des Kapitals frohndenden Arbeiter vorstellen. Ein Mittel, ein Weib, etwas Brot zum Weizen und ein Liebchen noch daneben — der Aktionär flücht in den Hunger der Ausgebeuteten zum Hohn noch seine eigene Liebchen-Verderblichkeit hinein.

Auch sonst haben die Herren versucht, ihre eigene frivole Lüsterlichkeit den Vergleuten anzudichten:

Und lehr' ich heim zum Liebchen mein,
: : Dann erschallet des Bergmanns Gruß —
bei der Nacht : :
: : Glück auf! Glück auf! : :
Die Vergleute sein krenzbrave Deut';
: : Denn sie tragen das Leder vor dem A . . . —
bei der Nacht : :
: : Und saufen Schnaps. : :

Das ist in der That ein gresles Sittenbild, das aber nicht die Anschauungen der Vergleute, sondern die der schweißenden Kapitalisten spiegelt! Man denke sich diese Herren vom Kapital, die bei realistischen Speisen und guten Weinen von den Herrlichkeiten des Bergmannslebens lassen, das, in Bettelarmut und betrogen um den erarbeiteten Thaler, doch krenzfidel bei Schnaps und Liebchen vertollt wird. Welcher Abgrund bornierter Schamlosigkeit in diesen Unternehmer-Festsiebern, die mit dem Elend der Ausgebeuteten ihr gemeinsames Spiel treiben! Nicht genug, daß die Arbeiter in Not zu Grunde gehen, um ihren Ausbeutern derlei Feste zu ermöglichen, sie müssen sich auch noch beim Champagner von der Gesellschaft zotig verhöhnen lassen.

Ein neuer Fall Bräuterei?

Ueber einen fast unglaublichen Vorfall meldet man uns aus Stettin:

Mehrere Offiziere vom Trainbataillon Nr. 2 in Altdamm hatten am Sonntagabend eine Fahrt nach dem Bahnhof Finkenwalde bei Stettin gemacht. Schon während der Fahrt hatten sie sich allerlei anzügliche Redensarten zu Frauen und Mädchen, die von den Ausflüglern in der Umkleekabine nach Stettin zurückkehren wollten, erlaubt. Auch am Steuerhause zu Finkenwalde hocherten sie mit dem entbehrlichen Degen in der ihnen entgegengehenden Weibschaukel herum und beschimpften die Steuererheberin. Am Bahnhof standen zwei Schlächtermeister aus Finkenwalde, die einen Freund zur Bahn bringen wollten, und hier verlangte der eine Offizier von dem Schlächtermeister Dallmann, daß ihm dieser aus dem Wege gehen sollte, obwohl Dallmann mit dem Rücken an die Mauer des Bahnhofgebäudes gelehnt, sich mit seinen Fremden unterhielt und nicht den Weg versperrte. Der Lieutenant bestand nun wiederholt darauf, daß der Schlächtermeister Dallmann fortgehe und als dieser in richtiger Weise ihm antwortete: „Ich stehe Ihnen doch gar nicht im Wege und habe auch gar keine Veranlassung, hier fortzugehen,“ rief der Lieutenant aufgebracht: „Sehen Sie nicht, wen Sie vor sich haben?“ — Schon vorher hatte er immer die Hand am Degen gefaßt. Nun aber wollte er blank ziehen, wurde jedoch davon durch die Begleiter und Freunde Dallmanns verhindert. Einer der andern Offiziere suchte ihn auch zu beruhigen, aber trotzdem zog er blank, um dem Schlächtermeister mit dem Säbel zu Leide zu gehen. Dierauf schickte nun einer der Freunde Dallmanns zu und hinderte den Lieutenant, von der Waffe Gebrauch zu machen. Auch der noch an seiner Seite befindliche zweite Offizier versuchte seinen Kameraden zu beruhigen. Aber immer wieder drang derselbe auf den Schlächter Dallmann ein. Ein Gefreiter des Trainbataillons, der als Kutscher den Wagen, auf dem die Offiziere von der Riedermühle genommen waren, begleitete sich nun auch noch an der Kauferei, in deren Verlauf der Schlächtermeister Dallmann derartig zugerichtet wurde, daß er am Montagmorgen gegen 6 Uhr verstarb. Die Anstrengung unter den Bewohnern Finkenwaldes ist eine derartig große, daß die höchste Enttäuschung von allen über das Vorkommnis beklundet wird, umso mehr, da der Schlächter Dallmann als ein durchaus ruhiger und friedliebender Mensch bekannt ist.

Wir hätten den Vorfall für unglaublich gehalten, wenn er nicht von anderer Seite bestätigt würde. Nach der „Ostsee-Ztg.“ trug sich der Schlußakt des Dramas so zu, daß die Schlächtermeister dem Offizier den Degen entwandten und dann davon liefen. Zwei Trainbataillone verfolgten auf Befehl die Leute und schlugen Dallmann mit ihren Selbstgewehren nieder. Auch dieses Blatt meldet den Tod Dallmanns. Der in Frage stehende Offizier ist nach einem uns zugehenden Privattelegramm der Reserve-Lieutenant Döring.

Ausland.

Schweiz.

Bern, 13. Juni. Die von uns mehrfach behandelten Ausweiskungs-differenzen zwischen der Schweiz und Deutschland kamen heute im Nationalrat zur Sprache. Preußens Forderung, daß die in Preußen wohnenden Schweizer den Ausweis über die Leistung des schweizerischen Militärdienstes beizubringen hätten, widrigenfalls sie ausgewiesen würden, wurde von Wullschlegler (Soz.), Prof. Zuercher (Demokr.) und Curti (Demokr.) als Versuch eines Bruchs des deutsch-schweizerischen Verfassungsvertrages scharf verurteilt. Wullschlegler tadelt außerdem die zu große Nachgiebigkeit des Bundesrats. Bundespräsident Dähler erklärte, der Bundesrat habe seinen grundsätzlichen Vertragsstandpunkt gewahrt, er werde auch den Gegenstand weiter verfolgen.

Bern, 11. Juni. (Eig. Ber.) An vier Tagen hat sich in voriger Woche der Nationalrat mit der Doppelinitiative befaßt, aber während er drei Sitzungen der Proportionalwahl des Nationalrats widmete, erledigte er das Begehren betreffend die Volkswahl des Bundesrats in einer Sitzung. Die Gründe, mit denen die Gegner der Mehrheit die geforderte Proportionalwahl des Nationalrats bekämpften, waren in der Hauptsache leere Redensarten, die einen kritischen Politiker kaum zu überzeugen vermochten und die sich immer um den unangenehmen, aber leitenden Gedanken drehten: wir haben die Mehrheit und die Macht, wir haben den Rang, durch die Einführung der Proportionalwahl des Nationalrats beide zu verlieren oder doch einen erheblichen Teil davon einzubüßen und darum wollen wir nicht! Mit welchen albernem Phrasen eine so wichtige Sache bekämpft wurde, mögen folgende Sätze aus der Rede des Referenten der Kommissionsmehrheit, des Nationalrats Gallati-Glarus, darthun: „Den Nationalrats-Wählern liegen zu ungleiche Verhältnisse zu Grunde. Sie garantieren ebensinnig Vertretung aller Parteien. Dem ausgesprochenen Parteiwesen ist das Schweizer-volk abhold. Das Proportional-Verfahren zwingt aber dazu. Durch Koalitionen könnte es sogar dazu führen, die Mehrheit der Minderheit zu unterwerfen usw.“ Imviesern heute schon die bestehenden Verhältnisse den Minderheiten Vertretung garantieren, zeigt der Wahlkreis Zürich, wo im letzten Herbst die Sozialdemokraten 6000, die bürgerlichen Parteien 12000 Stimmen erhielten, erstere aber nur einen, letztere dagegen fünf Vertreter im Nationalrat haben. Bei diesem System der brutalsten Vergegnung der Minderheit steht sich die Mehrheit sehr gut, aber erstere wird mit Notwendigkeit dazu getrieben, eine Aenderung dieser Verhältnisse herbeizuführen, wozu eben das Proportional-Wahlssystem das geeignete Mittel ist.

Kepnlisch wie Gallati äußerten sich noch mehrere Redner der Mehrheit, während die Redner der Minderheit, vor allem Curti von St. Gallen und unser Genosse Wullschlegler-Basel, das Proporz-begehren mit Gehiß und mit guten Gründen vertreteten. Curti sagte treffend: „Seien wir aufrichtig; es sind einige Sitze der Partei, die jetzt die Mehrheit hat, in Gefahr. Aber ist damit auch

der Fortschritt in Gefahr? Keine Partei ist das Land und der Staat selbst. Parteien werden al und autoritär und betrachten den Staat als Beute. Wer es mit ihnen gut meint, denkt zeitig an ihre Verflügung, die durch die Zufuhr neuer Ideen geschieht.“ Wullschlegler konstatierte, daß die radikale Partei-mehrheit des Parlaments nicht auch die Mehrheit im Volke habe. Da von anderer Seite die Berufs- und Interessensorganisationen in die Debatte herangezogen wurden, trat darauf auch Wullschlegler ein, indem er anführte, daß sie disziplinieren und den einzelnen wenigstens zu höherem Standpunkt emporheben. Man kann vom Klassenkampf und von der Klassen-theorie denken, wie man will, wir haben einen Klassenkampf und es ist nur die Aufgabe, ihm humanere Formen zu geben. Nicht Zwang, sondern Freiheit gewährt der Proporz den Wählern und er gehört darum zu den Forderungen, die immer wiederkehren, bis sie erfüllt sind.

Das Begehren wurde schließlich mit 73 gegen 45 Stimmen (letztere aus den vier Sozialisten, den Demokraten, mehreren Konservativen und Ultramontanen zusammengesetzt) abgelehnt.

Ueber das Begehren betreffend die Volkswahl des Bundesrats referierte namens der Kommissionsminderheit wiederum Gallati-Glarus in der ihm eigenen „geistreichen“ Weise, während von der Minderheit namentlich Hofmann und Scherrer-St. Gallen sehr gut redeten.

Auch dieses Begehren wurde mit 79 gegen 83 Stimmen abgelehnt. Die Doppelinitiative geht nun an den Ständerat, wo ihr die radikale Mehrheit das gleiche Schicksal bereiten wird. Dann aber hat das Volk das Wort und da kann das Schlusergebnis ein besseres sein.

Im Kanton St. Gallen hatten die Sozialisten, Demokraten und Ultramontanen die Einführung der Proportionalwahl des Kantonsrats verlangt, sind aber mit ihrem Begehren gegen eine Mehrheit der Liberalen von 17 Stimmen unterlegen. Damit ist aber die Campagne nicht beendet. Die Angelegenheit lag bereits im Jahre 1893 dem Volke zum Entscheide vor, das damals 19000 Ja und 22500 Nein abgab. Seitdem dürften sich die Aussichten für den „Proporz“ erheblich gebessert haben und die oben genannten Minderheitsparteien beabsichtigen daher die Auffstellung eines bezüglichen Initiativbegehrens, um die Sache neuerdings zur Volksabstimmung zu bringen und diesmal vielleicht damit durchzuführen.

Im Kanton Basel gelang es den Sozialdemokraten und Konservativen mit Hilfe einiger Freisinniger gegen die übrigen Parteien der letzten das Begehren betreffend die Proportionalwahl des Kantonsrats, durchzusetzen. Das Begehren war vor einiger Zeit schon parlamentarisch verabschiedet; aber es enthielt den von den Freisinnigen hineingeschmuggelten Stimmzwang, so daß verschiedene konservative gegen dessen Zulässigkeit an das Bundesgericht rekurrierten und damit auch Erfolg hatten. In der neuen Vorlage fehlt der Stimmzwang.

Frankreich.

Eine stürmische Kammer Sitzung, die eventuell dem Ministerium Waldeck-Roussieu wieder gefährlich werden könnte, steht für nächsten Freitag bevor. Am Freitag wird nämlich vom Annuitie-Ausschuß die Amnestierung Déroulades und Genossen empfohlen und von Waldeck-Roussieu bekämpft werden. Meline, Krantz, Polincard und Konfortier sollen bereits alle Vorbereitungen dazu getroffen haben, um einen Hauptschlag gegen das Ministerium zu fassen. Die Nationalisten werden voraussichtlich alles aufbieten, um das Ministerium zu Fall zu bringen, da sie nach Mißlingen dieses Angriffs ihre Hoffnung auf den Sturz des Ministeriums bis zum November verlagern möchten. Jedenfalls steht wieder eine große Kammerkämpfe bevor.

Spanien.

Stenerverweigerung. Wenn auch die Straßenkämpfe in Spanien aufgehört haben, so hat damit noch keineswegs der Widerstand der Bevölkerung gegen die Regierung aufgehört. Man ist vielmehr ernstlich entschlossen, die Steuerverweigerung durchzuführen. Der Vorstand des Nationalverbandes hat beschloffen, sofort den allgemeinen Läden- und Fabrikschluß einzutreten zu lassen, sobald wegen der Steuerverweigerung gegen irgend einen Geschäftsmann vorgegangen werde. Dem Schluß der Läden und Fabriken würden weitere Unruhen naturgemäß folgen.

Afrika.

Eine neue Ingliskobolochschaft von der Goldküste ist in London eingetroffen. Ein Telegramm von dort befaßt:

„Heute war ein neues Gerücht von einem Unfall im Umlauf, welcher der Entschloffenheit nördlich von Prach, wo die Ashanti stark verdrängt gefunden worden, zugehört ist. Schwere Regen verhindert den Vormarsch der Hauptentfaholonnen, welche noch südlich von Prach steht. An der Spitze herrscht große Besorgnis. Ein Einfall der Ashantis in die Kolonie wird befürchtet. Bezüglich des Schicksals von Amassii begt man große Besorgnisse.“

Eingelie Londoner Blätter empfehlen bereits, in Unterhandlungen mit den Ashantis einzutreten und dem abgesehen König Prempeh die Milderung zu gestatten. Man fürchtet, daß Amassii bereits gefallen sei oder doch angestrichelt des Mißerfolgs der zum Entschloffen bestimmten Expedition fallen werde.

Asien.

Der Vogeranstand befindet sich noch im gleichen Stadium. Wenn sich freilich die Nachricht der „Times“ bestätigt, daß der Kaiser der japanischen Regation von Soldaten der Leibgarde der Kaiserin ermordet worden ist, so dürfte darin eine Verstärkung der Lage und ein Anreiz für Japan erblickt werden, besonders energisch vorzugehen. Den „Times“ wird übrigens auch weiter gemeldet, daß der japanische Gesandte auf Anerkennung der japanischen Einflusphäre in den Provinzen Tscheking, Follen und Liangsi dränge. Auch habe die japanische Regierung vier weitere Kriegsschiffe zur Verstärkung der Flotte nach Tschu beordert.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß infolge Einbernehmens der Mächte nach Vort Arthur der Befehl ergangen sei, 6000 Mann der dortigen Garnison bereit zu halten, um nach Tientsin abzugehen, sobald der russische Gesandte in Peking deren Entsendung verlange oder andre Umstände es erheischen.

Zerner liegen Meldungen über einen Zusammenstoß mit den Vögern vor!

Das „Renterische Bureau“ berichtet, daß bei Lanfang am Montag 2000 Voger verunfunden, eine Patrouille von 16 englischen Seesoldaten abzuschneiden, welche zwei Meilen vor dem Zuge, der die ausländischen Truppen nach Peking beförderte, marschierten. Englische Matrosen, die zur Hilfe eilten, drangen auf die Voger ein und erschossen ein lebhaftes Gewehr- und Nothm-Geschützener auf sie. 40 Voger wurden getötet und verwundet, die Engländer hatten keine Verluste. Die europäischen Truppen nahmen die Verfolgung der Voger auf und bemächtigten sich zweier Dörfer. Die Bahnlinie ist stark beschädigt. Die Expedition besteht aus 915 Engländern, 350 Deutschen, 300 Russen, 158 Franzosen, 104 Amerikanern, 51 Japanern, 40 Italienern und 25 Oestreichern, im ganzen gegen 2000 Mann.

Schließlich wird noch der „Agence Havas“ aus Peking gemeldet: Die Kaiserin hat mehrere Mitglieder des Tzung-li-Hamen beauftragt, auf den Gesandtschaften zu erklären, daß die chinesischen Truppen sich dem Einrücken der fremden Detachements in Peking nicht widersetzen werden. Die deutschen Landungstruppen in China.

Von deutschen Truppen sind ca. 80 Mann in Tientsin, 300 oder 400 Mann (genau ist diese Zahl nicht bekannt) befinden sich unterwegs nach Peking, wo 50 Mann bekanntlich bereits früher ein-

getroffen sind. Die Befahrung unserer ostasiatischen Kolonien dürfte inzwischen mobilisiert sein. 800 Mann Abolitionskommando für das Kreuzergeschwader treffen an Bord des Dampfers „König“ nächster Tage in Tsingtau ein und werden, falls es nötig sein sollte, gleichfalls zunächst als Landungsabteilung Verwendung finden.

Ueber die Lage auf den Philippinen sind auf dem Wege über Spanien Mitteilungen an die Öffentlichkeit gedrungen, die für die Amerikaner keineswegs günstig lauten. Die Mitteilungen stammen von Soldaten und Beamten, die unlängst als letzter Transport mit dem Dampfer „Alcanta“ von den Philippinen nach der Heimat befreit worden sind. Die Meldungen behaupten, die Philippinos hätten gar nicht an eine Unterwerfung, sondern seien entschlossen, den Guerillakrieg auf unbestimmte Zeit hinaus fortzusetzen. Die wichtigsten Küstenplätze seien, mit Ausnahme des Nordostens Luzons, im Besitz der Amerikaner, allein im Innern befänden sich größere Strecken noch in der unbestrittenen Herrschaft der Tagalen. Zu einer vollständigen Occupation der Philippinen sei die Zahl der amerikanischen Truppen viel zu gering. Nach der spanischen Darstellung sind — im Gegensatz zu anderen Darstellungen — die kriegsführenden Tagalen bemüht, den das Land unsicher machenden Räuberbanden das Handwerk zu legen und den Krieg in durchaus lokaler Weise zu führen. —

Aus der Frauenbewegung.

„Wie waren die Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen ihre Interessen gegenüber den allgemeinen Preiserhöhungen?“

In Kellers großen Saal in der Kopenstraße sprach Frau Jhrer über dieses Thema vor einer dicht gedrängten Zuhörerschaft. Jeder Winkel des weiten Raums war besetzt von meist jungen Arbeiterinnen, welche mit intensiver Aufmerksamkeit der Rednerin lauschten. Diese schilderte in kurzen, treffenden Worten die traurige Lage der Alt-Plätterinnen und Wäscherinnen (so genannt, weil sie die gebrauchte Wäsche behandeln), während die Neu-Plätterinnen und Wäscherinnen für die Wäscheherstellung thätig sind). Ihren anstrengenden Beruf betreiben sie in Kellern, oft in dumpfen, lichtlosen Hinterhäusern in viel zu engen Räumen. Als Hausindustrie untersteht diese Arbeit leider nicht der behördlichen Regelung, welche trotz mancherlei Unvollkommenheiten doch einen heilsamen Zwang gegen Mißbräuche ausübt. Es wäre dann unmöglich, daß zum Beispiel in diesen engen, überfüllten Räumen wöchentlich 92 Stunden gearbeitet werden kann. In Charlottenburg sind Wochen mit 100 stündiger Arbeitszeit vorgekommen! Wie oft hierbei die Nacht zum Tage werden muß, geht aus der Stundenzahl mit erschreckender Deutlichkeit hervor. Die Nacht vom Samstagabend auf Sonntag gilt ohnehin schon als rechtmäßige Arbeitszeit.

Wir haben aber längst eingesehen, daß eine Arbeitswoche von 60 Stunden ein Maximum bedeuten soll und erstrecken eine Woche mit 48 Arbeitsstunden. Bedenkt man, welche schwere und anstrengende Arbeit Wäschen und Plätten schon an sich ist und rechnet die immenslange lange Ausdehnung der Arbeitszeit, so zeigt es sich, daß den schwachen Frauen ein Maß der Ausnutzung zugemessen wird, welches auch den stärksten Schultern zu schwer werden muß. Kein Wunder, daß noch wenigen Jahren die Berufskrankheiten mit unheimlicher Schnelle um sich greifen. Bei den Plätterinnen sind es Kopf- und Magenleiden, teils durch die fürchterliche Hitze, teils durch die ungewöhnliche Nahrung herbeigeführt; der Wäscherin bringt der Feuchte, feuchte Dunst und der rasche Temperaturwechsel Rheumatismus und andre Erkältungskrankheiten böser Art.

Jede Vermählung, die Arbeiterinnen zu gemeinsamer Abwehr anzuspornen, scheiterte bisher nach kurzer Zeit. Die Ursache lag vielleicht zum Teil in der Anschauung, daß die Arbeit für hier nur etwas Provisorisches sei, ein Uebergang zur Ehe, welcher sie sich zuwenden, sobald sich ein annehmbarer Freier zeigt. Aber wie selten kann man in Arbeiterkreisen die Mitarbeit der Frau dauernd entdecken! Es kommen die Kinder und mit ihnen die größeren Ausgaben — die Frau nimmt die alte Arbeit wieder auf. Nur steht jetzt statt des frischen jungen Mädchens die müde und abgeheulte, freilich auch Ältere gewordenen Frau am Plättbrett.

Auch die Arbeitgeber selbst sind in diesem Gewerbe keineswegs reiche Leute. Als Inhaber kleiner Geschäfte sind sie um wenigstens besser daran als die Arbeiterin. Die allgemeine Verteuerung, besonders das Genausschmelzen der Kohlenpreise veranlaßt daher mit Recht die Inhaber der Plättstuben, einen höheren Tarif auszuarbeiten. Bisher erhielten die Arbeiterinnen die Hälfte des Tarifs, der für das Wäschehäufel gezahlt wird; jetzt müssen sie auch von der Steigerung ihren berechtigten Anteil beanspruchen.

Nicht nur der materielle Vorteil wird auf diese Weise gewahrt. Jeder Fortschritt in der Lohnbewegung bedeutet zugleich einen geistigen Gewinn. Und nicht minder wegen der Pflege des Geistes als des Körpers muß, mit gleicher Entschiedenheit wie eine Lohn-erhöhung, zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit erkämpft werden. Als dritte unerlässliche Forderung gilt die staatliche Aufsicht. Daß diese auch im kleinen Betriebe wohl durchführbar, zeigt das Beispiel Englands, wo die elenden Höhlen, welche früher als Arbeitsraum galten, ganz verschwunden sind. Einige Kleinmeister der Schneiderei oder Plätterei treten dort zusammen, und mieten gemeinsam einen Saal, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht, was sich hier sicher auch durchführen ließe.

Aber dort so wenig wie anderswo werden die Reformen von Einzelnen durchgeführt. Nur die große Masse kann eine dauernde, gründliche Besserung für die Allgemeinheit erkämpfen. Deshalb ergeht der dringende Ruf an die Alt-Plätterinnen, sich der Organisation anzuschließen, die sie hierher beschieden hat, die für sie kämpft und deren Macht mit der Zahl der Mitglieder an Umfang zunimmt. Die Sommerzeit als Höhepunkt der Saison für die Mehrzahl der Plätterinnen ist dem Vorhaben günstig. Benutzen Sie den Weg, der sich Ihnen öffnet.

Vergessen Sie auch nie, daß Sie der Klasse angehören, welche die Werte schafft, die heutige Kultur mit starkem Arm baut und erhält. Verlangen Sie Ihren Anteil an dieser Kultur, an der Ruhe, sich derselben zu freuen. Ein frischer Geist ziehe durch Ihre Reihen und gebe Ihnen das frohe Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem Ganzen, in welchem die Rechte des Einzelnen geachtet und gewahrt werden.

Schon während des kurzen eindrucksvollen Vortrags war der Beifall stürmisch hervorgebrochen. Die Zuhörerinnen, von denen wohl viele zum erstenmal einer Versammlung beiwohnten, gaben ihrer Freude darüber, daß ihre Lage gewürdigt und Abhilfe gesucht werde, reichhaltig Ausdruck. Mit gleicher Festigkeit wurde allerdings in der folgenden Diskussion manche Äußerung der Inhaber von Plättstuben zurückgewiesen. Die Meister verhielten sich im ganzen durchaus nicht feindlich; sie erklärten wiederholt ihre Zustimmung zu der Bewegung der Arbeiterinnen. Es geschah dies sogar mit einem etwas verdächtigen Eifer, welcher dem einen Redner die Erwiderung zuzog, er wünsche wohl, daß die Arbeiterinnen den Inhabern die Kaskanten aus dem Feuer holten.

Ein Mitglied des Vereins der Wäschebranche, welcher die Versammlung besuchen hatte, hob die Vorteile der Mitgliedschaft hervor: Rechtschutz in allen gewerblichen und Kassenstreitigkeiten, Krankenunterstützung für Frauen ein Zuschuß von 3,50 M., Unterstützung in unverschuldeten Notfällen, unentgeltliche Benutzung der Bibliothek des Arbeitsnachweises — eine ebenso wichtige als angenehme Einrichtung. Daß sich viele neue Mitglieder aufsuchten ließen, ist ebenso erklärlich als erfreulich.

Neue Gesichtspunkte bot die Debatte nicht, wenn auch manchmal treffendes Wort, manche schlagfertige Erwiderung Heiterkeit hervorrief, mancher Angriff stürmische Abwehr erfuhr.

Das wichtigste Ergebnis war die Wahl einer Kommission von 15 Mitgliedern aus der Zahl der Plätterinnen und der verwandten Berufe, welche die Forderungen der Arbeiterinnen zusammenzustellen hat. Das Resultat ihrer Beratungen wird in 14 Tagen einer neuen Versammlung zur Beurteilung und Beschlußfassung vorgelegt werden. Ohne Zweifel kann man auf eine mindestens

gleich starke Beteiligung rechnen, da eine Entscheidung in den wichtigsten gewerblichen Fragen bevorsteht.

Ein herzliches Glückwünsche den Plätterinnen zu ihrem energischen Eintritt in die Lohnbewegung!

Der Verein der Wäschebranche, welcher die Bewegung unter den Plätterinnen einleitete, hat sein Vereinslokal in Wendts „Central-Klubhaus“, Königsgraben 14a.

Neue Mitglieder können sich melden bei Frau Rosenstengl, Beitrag 10 Pf. die Woche, Einschreibegeld 25 Pf.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit der Lohnbewegung im Bäckergerwerbe

beschäftigte sich das Einigungsamt am Mittwoch zum zweitenmal. Nach Eröffnung der Sitzung gab Altgeselle Rost namens der Arbeiter die Erklärung ab, daß diese die in der vorigen Sitzung des Einigungsamts formulierten Vorschläge ohne jede Veränderung annehmen. Obermeister Bernard erklärte dagegen, die Meister-versammlung habe den Punkt 6 der Einigungsbedingungen hauptsächlich deshalb abgelehnt, weil sie der Meinung war, daß die drei Delegierten, welche seitens der Arbeiter zu den Beratungen der Innung mit den Gesellenauschüssen nach Punkt 6 hinzugezogen werden sollen, den Beistand des Gewerbegerichts zu entnehmen seien. Der Vorsitzende v. Schulz stellte fest, daß diese Auffassung nicht zuträfe. Die fraglichen drei Delegierten sollten wohl dem Bäckergerwerbe angehören, jedoch sei es nicht nötig, daß sie bei einem Innungsmeister arbeiten. Altgeselle Rost stimmte dieser Auffassung zu und erklärte sich bereit, einer dementsprechenden redaktionellen Veränderung der Einigungsbedingungen zuzustimmen. Obermeister Bernard bemerkte dagegen, dem Beschluß der Meisterversammlung müsse er Rechnung tragen. Der Punkt 6 sei nun einmal abgelehnt, und eine Jurisdiktion des Beschlusses sei nicht angängig. Im übrigen meinte der Obermeister, dieser Punkt habe nicht die Bedeutung, die ihm die Gesellenvertreter beilegen, da ja der Innungs-Ausschuss für das Sprech- und Herbergswesen, dem auch Gesellenvertreter angehören, Gelegenheit habe, sich mit den in Punkt 6 vorgesehenen Angelegenheiten zu befassen. Die Meister hätten doch durch Annahme der übrigen Einigungsbedingungen ein so weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, daß die Gesellen wohl auf dieser Basis Frieden schließen könnten. Demgegenüber bemerkte der Gesellenvertreter Heyshold, wenn der Punkt 6 abgelehnt werde, dann hätten auch die anderen Punkte für die Arbeiter keinen Wert. Wenn sich Herr Bernard auf den Ausschuss für Sprech- und Herbergswesen berufe, so könne Redner aus eigener Erfahrung sagen, daß dieser Ausschuss den Arbeitern nichts nütze, weil die letzteren in demselben in der Minderheit seien. Während die Gesellen jetzt ein bedeutendes Entgegenkommen bewiesen und dadurch ihre Reizung zum Frieden bewiesen hätten, sei die Stimmung der Meisterversammlung nichts weniger als friedlich gewesen. Wenn heute keine Einigung auf Grund der Vorschläge zu stande komme, dann sei die Masse nicht mehr zu halten und der Streik unvermeidlich. Obermeister Bernard: Unsere Versammlung hat ausdrücklich beschlossen, wenn eine Einigung ohne den Punkt 6 nicht zu stande kommt, dann mögen die Gesellen machen was sie wollen. Wir würden versuchen, bei den in Punkt 6 behandelten Angelegenheiten zu den Gesellenauschüssen einige außerhalb der Innung stehende Gesellen hinzuzuziehen, ohne das jedoch ausdrücklich festzusetzen. Heyshold: Auch wir haben viel von unsren Forderungen abgelassen, und obgleich wir deshalb Vorwürfe von unsren Kollegen zu erdulden hatten, haben wir uns doch auf den Standpunkt des Einigungsamts gestellt und dessen Vorschläge zur Annahme gebracht. Wir haben also durchaus loyal gehandelt. Der hier anwesende Vertreter Herr Schmidt hat dagegen in der Meisterversammlung beantragt, wenn die Gesellen nicht auf den Punkt 6 verzichten, dann giebt es keine Einigung. Die Meister behaupten, es wird schon gestreift. Das ist nicht der Fall, es handelt sich nur um Maßregelungen, die verschiedene Meister aus Anlaß unsrer Bewegung vorgenommen haben. Ohne den Punkt 6 haben wir ja gar keine Kontrolle über die Einhaltung der Einigungsbedingungen. Altmeister Pörsch: Was die Gesellen wollen, das haben wir bewilligt. Aber was die Agitatoren wollen, das bewilligen wir nicht. Wir wollen uns nicht in unsre eignen Angelegenheiten hineinreden lassen. Bestehen Sie (zu Heyshold) nicht auf Ihrem dicken Kopf — entschuldigen Sie — auf Ihrem Willen wollte ich sagen. Sie wollen uns kontrollieren? Zum Deibel nochmal, wir brauchen keinen Auspostler! Bäckermeister Lehmann führte aus, die Meister seien durchaus nicht bange vor dem Streik, sie hätten schon für Arbeitskräfte von auswärts gesorgt.

Nachdem die Debatten zwei Stunden gewährt hatten, einigten sich die Parteien dahin, daß der letzte Absatz des Punktes 6 folgende Fassung erhält:

„Zu diesen gemeinschaftlichen Sitzungen sind drei bei nicht der Innung angehörende Bäckermeister an arbeitende Gesellen mit Sitz und Stimme hinzuzuziehen.“

Vorsitzender v. Schulz: Ich konstatiere, daß hiermit der Vergleich perfekt geworden ist und freue mich, die Sitzung schließen zu können, nachdem der Friede zu stande gekommen ist.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der Siedlener Seeleute ist nach einer 8monatigen Dauer zu Gunsten der Arbeiter beendet. Die Reeder haben die Forderung, Erhöhung der Löhne um 5 M. und des Ueberstundenlohns um 10 Pf. anerkannt. Die Vereinbarung ist auf die Dauer von 2 Jahren, vom 1. Juli d. J. bis zum 1. Juli 1902 abgeschlossen worden.

Die Schornsteinfeger-Gesellen Hamburgs haben ohne Streik eine Verständigung mit der Innung herbeigeführt. Bisher waren die Gesellen hauptsächlich auf Frühlöhner angewiesen, vom 1. Oktober ab sollen sie 15 M., vom 1. April nächsten Jahres an 18 M. erhalten.

Das System der Schwarzen Listen wird von den Unternehmern zu immer größerer Verbreitung gebracht. In München streifen seit einiger Zeit die Tische. Sie verlangen den Neunstundentag. Die Unternehmer haben die Forderung abgelehnt und versenden nun die Listen der im Streik befindlichen Gesellen. Wie es scheint, haben sie die Verurteilung über ganz Deutschland ausgedehnt, denn die Mitteilungen wurden schon in mehreren Städten aufgefunden. So ist jetzt wieder das „Gothaer Volksblatt“ in der Lage, das Schreiben zu veröffentlichen.

Die Textilarbeiter Leipzigs, die, wie mitgeteilt, das Verlangen der Einführung der zehnjährigen Arbeitszeit an den Unternehmerverband gestellt hatten, beschließen, von einem Streik vorläufig noch Abstand zu nehmen. Die abgelehnte Forderung wird zu gegebener Zeit wieder gestellt werden.

Ausland.

Zum Pferdebahner-Streit in Frederiksberg-Kopenhagen wird uns geschrieben: Die Ursache desselben ist, daß durch Eröffnung einer neuen Linie die Arbeitszeit der einzelnen Beamten um ca. 1/2 Stunde über die frühere hinaus erhöht wurde, da die Gesellschaft das Arbeitsreglement in einer Weise auslegte, die ihr diese Verlängerung ermöglichte. Hierin lag aber umso mehr ein

Verstoß, als von der Direktion früher versprochen war, bei Eröffnung der neuen Linie den Reststunden-Arbeitsstag einzuführen. Die Organisation der Pferdebahn- und Omnibus-beamten hatte deshalb die alte Arbeitsordnung zum 1. Juli gekündigt und eine neue verlangt, die den Reststunden-Arbeitsstag enthielt, nachdem Verhandlungen mit dem Verband vom Direktor abgelehnt waren. Die Frederiksberger Pferdebahngesellschaft lehnte die Forderung der Organisation ab. Im Brief der Direktion wird erklärt, die behauptete Verletzung der Forderungen auf Grund einer Falschung der Direktion müßte auf Irrtum beruhen (obwohl damals diese Falschung in allen Zeitungen gestanden hat, ohne daß die Direktion es dementiert hätte). Außerdem hatte die Direktion an jeden Einzelnen ein Kündigungsschreiben zum 1. Juli geschickt, falls er sich nicht schriftlich bereit erkläre, den Beschluß des Verbands nicht zu befolgen. Die Gesellschaft ist dadurch kontraktbrüchig geworden, da ausdrücklich in ihrem Vertrag mit der Gemeinde Frederiksberg die Bestimmung steht: „Das Organisationsrecht der Beamten erhebt die Gesellschaft an“. Durch ihre unter Drohung verlangte Aufhebung gegen die Organisation hat sie sich zweifellos gegen den Vertrag vergriffen, und könnte die Kommune sofort den Betrieb übernehmen. Auf dieses Schreiben hielt der Verband eine Versammlung ab, die sehr stürmisch verlief und in der beschlossen wurde, bereits am nächsten Morgen die Arbeit einzustellen, damit die Direktion keine Zeit fände, neue Fahrer einzuläden. Der Streik ist ein vollständiger. Es fährt nicht ein Wagen, nur ein Ingenieur läßt sich im Fahren, um die Streikbrecher anlernen zu können. Die Direktion droht, die Beamten wegen Kontraktbruchs zu verklagen. Die ganze Bevölkerung sieht auf Seiten der Streikenden.

Der Krieg.

Ein Sieg General Methuens

wird von Lord Roberts in folgender Form gemeldet: General Methuen marschierte am 12. Juni nach dem Rhosferfluß, wo er einen vollständigen Sieg über de Wet davontrug, sich des Lagers de Wels bemächtigte und den Feind nach allen Richtungen zerstreute. Methuen und Kitchener marschierten heute in der Richtung nach Kroonstad weiter.

Ein früheres Telegramm besagt: Maseru, 12. Juni. Die Boeren im Südosten der Oranjesch-Kolonie (Orange-Freistaat) haben eine sehr ausgedehnte Stellung inne; sie sind aber durch die über 35 000 Mann und 50 Geschütze verfügenden Generale Methuen, Rundle und Drabant vollständig umzingelt.

Nach der Depesche des Lord Roberts ist es nicht klar, ob es sich um eine Niederlage der gegenwärtigen Boerenmacht oder nur um einen Teil derselben handelt.

Niederlage der Boeren von Laings-Neel.

General Buller telegraphierte am 12. aus Jouberts Farm: Ich habe 4 Meilen von Volkroft ein Lager bezogen. Die Boeren haben gestern den Laings-Neel-Post und den Majuba-Hügel geräumt. Die von Ingogo kommende Division überfällt jetzt den Laings-Neel. Ich mußte hier wegen Wassermangels Lager beziehen.

Lezte Meldungen.

London, 13. Juni. Die Depesche des Feldmarschalls Roberts aus Pretoria von gestern, in der der Sieg über General de Wet gemeldet wird, berichtet ausführlicher folgendes: Pretoria und Johannesburg sind vollkommen ruhig. Nach der Uebergabe Pretorias ging General Botha nach einer 15 Meilen östlich an der Straße nach Middelburg gelegenen Stellung zurück. Ich ertheilte Befehl, Botha am 11. d. anzugreifen, da aber keine Stellung in der Front tatsächlich unangreifbar war, umging die Division French sie zu unsrer Linken, Hamilton zur Rechten. Beide stießen auf großen Widerstand. Vor Einbruch der Dunkelheit gelang es zwei Infanteriebataillonen von Hamiltons Streitmacht beinahe, den Schlüssel der Verteidigungsstellung des Feindes auf der Linken zu gewinnen. Die Truppe erhielt sodann Befehl, auf dem gewonnenen Boden zu bivouacieren. Die das Centrum einnehmende Division Pole-Carew rückte zur Unterstützung Hamiltons vor. — Auf die Nachricht, daß die Orange-Boeren den Uebergang der Engländer über den Vaalfluß sich zu Ruhe machten, um unsre Verbindungslinie abzuschneiden, sandte ich Kitchener mit den verfügbaren Truppen ab, um nach Süden vorzudringen und sich in der Nähe von Heilbron mit Methuen in Verbindung zu setzen; ferner besahl ich Methuen, mit aller Schnelligkeit nach der Eisenbahn-Hauptlinie vorzudringen. Am Abend des 10. d. Mis. vereinigten sich Methuen und Kitchener bei Vrededorp Road Station und marschierten am folgenden Tage nach dem Rhosferfluß weiter, wo Methuen einen vollständigen Sieg über de Wet errang, dessen Lager eroberte und seine Truppen nach allen Richtungen zerstreute. Am 12. d. M. marschierten Methuen und Kitchener auf Kroonstad zu weiter. — Robert sagt seinen Meldungen die Bemerkung hinzu: Die Regierung Ihrer Majestät braucht keine Besorgnis über die Sicherheit der Armee in Südafrika zu hegen. Der Feind errang keinen Erfolg, welcher bedauerlich ist, aber bald wieder wettgemacht werden soll. Die Instandsetzung der Bahn wird nicht viel Zeit erfordern. Ich bin jetzt im Stande, die Linie zwischen Pretoria und dem Rhosfer mit starker Macht zu halten. Methuen wird bei seinem Vormarsch die Linie bewachen. Hunter sollte heute, den 12. d., in Vorpostenstrom ein-treffen und wird dann nach Johannesburg weitergehen. Ich habe mich auch mit Buller verständigt, der ohne Zweifel bald die Unversehrtheit seiner Truppen auf dem Schlachtfeld fähig machen wird. Die Verluste vom 11. Juni sind, wie ich hoffe, nicht ernst. Unter den Toten ist der Carl of Airlie. Kroonstad ist völlig sicher.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ostasiatische Wirren.

London, 13. Juni. (W. T. B.) Eine amtliche Depesche besagt: Die unter dem Kommando des britischen Admirals beherrschenden internationalen Streitkräfte trafen am 11. d. M. auf die Hoerens, die in beträchtlicher Zahl nahe der Eisenbahn bei Langfang lauern. Es entspann sich ein Kampf; die Hoerens flohen und ließen 35 Tote auf dem Kampfsplatz zurück. Auf unsrer Seite keine Verluste.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) Die „Agence Havas“ meldet aus Tientsin: Nach einem Telegramm aus Port Arthur haben sich gestern 2000 Russen eingeschifft. Bestimmungsort Taku.

Paris, 13. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer bräut Gascin seine Absicht an, die Regierung über die Neulich von den Wählern gemeldete Demission des Generals Delanne zu interpellieren. Die Kammer beschließt mit 273 gegen 226 Stimmen, die Interpellation auf einen Monat zu vertagen. Darauf wird die Sitzung ausgeschrieben.

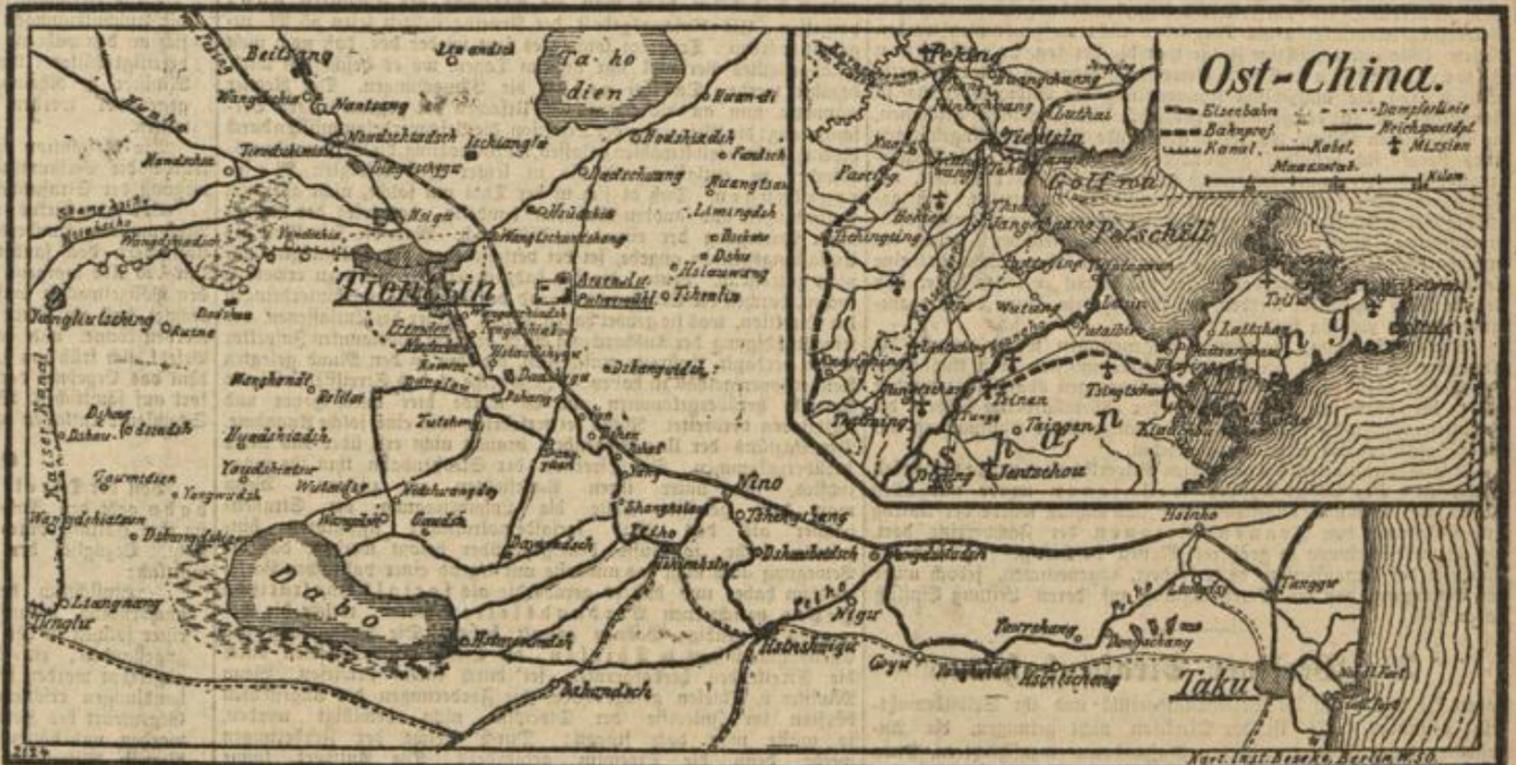
Paris, 13. Juni. (W. T. B.) In der heutigen Kammer Sitzung wurde mit 323 gegen 133 Stimmen die Dringlichkeit für den Gesetzentwurf des Abg. Badier angenommen, der bezweckt, den nicht autorisierten geistlichen Orden die Erteilung von Interdict zu unterlagen. Das Gesetz war bereits im Jahre 1879 von der Kammer angenommen, 1880 aber mit nur 19 Stimmen Majorität vom Senat abgelehnt worden. Der Gesetzentwurf wurde schließlich dem Untersuchungsausschuss überwiesen.

London, 13. Juni. (W. T. B.) Ein Brief des Gouverneurs von Sumatra vom 4. d. M. stellt fest, daß in Sumatra 700 ein-geborene und europäische Truppen stehen. Alle Kammachsten sind auf halbe Rationen gesetzt. Die Munitionsvorräte reichen auf offensiven Maßnahmen nicht aus und man muß für den Fall, daß keine Verstärkungen eintreffen, sparsam damit umgehen. Aus Sierra Leone und Nigrien sind weitere 900 Mann als Verstärkungen nach dem Aufstandsgebiet beordert worden.

(Unberichtigter Abdruck unter folgt.)

Der Schanplatz der chinesischen Unruhen bei Tientsin.

Das in unserer bestehenden Karte wieder-gegebene Terrain von Taku an der Mündung des Peiho bis oberhalb Tientsin...



Zur Zeit sind Truppenabteilungen der fremden Mächte, die fortgesetzt nach Möglichkeit nach Verstärkung erforschen, in Taku, Tientsin und Peking stationiert...

findet sich, außer dem Stationsfahrzeug „Jitso“, demnächst das gesamte ostasiatische Kreuzergeschwader...

Unter dem neuesten Kurs.

- 1. Aiel. Genosse Krause wegen Verhülfe zur Verleumdung 50 M. Geldstrafe.
2. Halberstadt. Drei Monate Gefängnis Genosse Matthias...

von 28 107 M. gegen das Vorjahr 1898. Für die Agitation wurden 6700 M. verausgabt, wozu noch das zur Agitation herausgegebene Organ...

Die Organisation der Steinarbeiter ist nach dem Vertrauensmänner-System organisiert. In letzter Zeit hat sich vielfach das Bedürfnis nach einer stärkeren, mehr zusammenfassenden Organisation geltend gemacht...

Hierauf kam eine Resolution zur Verhandlung, in welcher der Kongress erklärt, daß tarifliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiterorganisationen zur Regelung und Festlegung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf bestimmte Dauer und für den Wirkungsbereich der beiderseitigen Organisationen zu befristeten seien...

Die Resolution wurde nach kurzer Debatte, in welcher empfohlen wurde, die Dauer der Vereinbarung stets nur auf kurze Zeit festzusetzen, damit sie rechtzeitig revidiert werden könne, einstimmig angenommen.

Zum Punkt Streiks wurden folgende Grundzüge aufgestellt: Als Streikunterstützung ist zu gewähren: für Bekehrte 12 M., für Ledige 10 M. und für jedes Kind 1 M. die Woche...

Zu Punkt Agitation wird beschlossen, daß jährlich einige größere Agitationstouren unternommen werden sollen. Zu dem Punkt „Kassapresse“ wird berichtet, daß die Einnahme für das Jahrbuch 1899 13 823 M., die Ausgabe 10 508 M. betragen habe...

Außer drei Mitgliedern des Centralvorstands und dem Vorsitzenden vom Ausschuss waren Delegierte aus Hamburg, Berlin, Dresden, Leipzig, Braunschweig und Königsberg anwesend...

Nachdem Abraham die Delegierten im Namen der Sektion Berlin begrüßt hatte, erstattete der Vorsitzende Jerichow-Hamburg den Geschäftsbericht. Er wies darauf hin, daß die im August des Jahres 1899 erst erfolgte Gründung des Centralverbandes schon gute Frucht getragen habe...

Aus dem Bericht des Kassierers Schaumann geht hervor, daß der Centralverband in den acht Monaten seines ersten Geschäftsjahres 1048,85 M. Einnahmen und 887,28 M. Ausgaben gehabt hat. Die thätigste Lage der Massenverhältnisse ist jedoch bedeutend günstiger...

Zur Beratung der Zeitungsfrage wird eine Kommission von vier Personen gewählt, über deren Tätigkeit Hoffmann-Dresden berichtet. Zu kurzen Ausführungen kommt Ingenieur Grempe auf die Aufgaben und den Inhalt einer eignen Zeitschrift zu sprechen...

Von den gestellten Anträgen wird zunächst derjenige angenommen, der den Mitgliedern, die durch lange Zahlungsrückstände die Mitgliedschaft verloren haben, bei Renonanznahme die Rückzahlung von drei Monaten Beiträge auferlegt...

Am die Centralkasse besser zu stellen, legt der Vorstandsantrag vor, die Abführungen an diese Kasse von 50 Proz. der Ordineinnahme auf 75 Proz. zu erhöhen. Einer Erhöhung um 10 Proz. (also von 50 auf 60 Proz.) stimmt nach kurzer Diskussion die Generalversammlung zu...

Der Vorsitzende schließt hierauf die Generalversammlung, indem er den Delegierten seine Anerkennung für ihre Arbeit und Ingenieur Grempe den Dank für seine Anwesenheit und Mitarbeit ausdrückt...

Österreichischer Gewerkschaftskongress.

Wien, 12. Juni.

Die heutige Sitzung war mit der Debatte über die Frage der Organisation und Agitation ausgefüllt. An der Debatte beteiligten sich besonders die Mitglieder der großen Gewerkschaften, die eine Verbesserung des Organisationsstatuts im Sinne einer strammeren Centralisation verlangten.

Die Gewerkschaftskommission schlug ein Organisationsstatut vor, das folgende Organisationsformen kennt:

- a) Berufs-gewerkschaften.
b) Verbindung verwandter Berufsgewerkschaften zu Industrieverbänden, die sich über das ganze Reich zu erstrecken haben.
c) Anwendung von Industrieverbänden in Unionen, soweit die Bedingungen dafür vorhanden sind.
d) Ortsverbände der Gewerkschaften resp. Ortsgruppen zum Zweck der Centralisation der Arbeitsvermittlung, der Errichtung von Herbergen und Abhaltung von Vorträgen und Unterricht.

2. Generalversammlung des Centralverbandes der Elektromonteurs und Berufsgenossen Deutschlands.

An den drei Pfingstfeiertagen hielt der Centralverband der Elektromonteurs und Berufsgenossen Deutschlands in Berlin im Gewerkschaftshause seine zweite Generalversammlung ab.

Die Verhandlungen wurden am ersten Tage von Abraham Berlin und Zahn-Hamburg, am zweiten Tage von Bender-Braunschweig und Hoffmann-Dresden geleitet; am dritten Verhandlungstage führten Schöber-Leipzig und Voh-Berlin den Vorsitz.

Der 10. deutsche Steinarbeiter-Kongress.

Während der Pfingstfeiertage fand in Gotha der Kongress der deutschen Steinarbeiter statt, der von 56 Delegierten besucht war. Nach dem Rechenschaftsbericht sind die Zahlstellen von 184 im Jahre 1898 auf 228 im Jahre 1899 gestiegen. Die Zahl der Organisierten betrug am 18. Juli 1899 10 400 Mann, eine Steigerung gegen das Vorjahr von ca. 800. Diesen Organisierten stehen nach einer Zählung im Jahre 1899 an den beteiligten Orten selbst noch 16 341 nicht Organisierte gegenüber...

Der Parteivorstand.

berufen hat. Zeigt sich, daß die Gründe nicht stichhaltig sind, so ist der betreffenden Gewerkschaft die Unterstützung der Gesamtorganisation zu entziehen.

Die großen Gewerkschaften, an ihrer Spitze Genosse Beer namens der Metallarbeiter, versuchten nun diesen letzten Passus dahin abzuändern, daß Berufsorganisationen, die einem Industrie-Gruppenverband, wo ein solcher besteht, nicht angehören, von der Gewerkschaftskommission als Mitglieder nicht aufgenommen werden dürfen. Eine andre wichtige Frage war die der sog. „gemischten Gewerkschaften“. Der 2. Gewerkschaftslehrgang von 1896 hatte nämlich, um die allmähliche Umwandlung der Bildungsvereine in Gewerkschaften zu ermöglichen, gemischte Gewerkschaften geschaffen, die in kleineren Orten, wo keine genügende Zahl von Angehörigen eines Berufs sich befindet, gegründet werden können. Die Metallarbeiter behaupten nun, daß solche auch dort gegründet werden, wo Fachvereine ganz auf den Beinhalt wären, und sie verlangen, daß gemischte Gewerkschaften überhaupt nicht im Rahmen der Gewerkschaftsorganisation Platz finden sollen. Demgegenüber steht ein anderer Antrag, daß für diese gemischten Gewerkschaften eine Centralstelle geschaffen werden solle, die darauf zu sehen habe, daß sie nur dann gegründet werden, wo sie nach dem Sinne des Organisationsstatuts zulässig sind.

Die Abstimmung, die abends vorgenommen wurde, ergab die Annahme des Antrags der Gewerkschaftskommission (mit Ausnahme des Passus o des Statuts, über das erst morgen abgestimmt werden soll); der oben erwähnte Antrag der Metallarbeiter (über die Industrie-Gruppen-Verbände) wurde in namentlicher Abstimmung mit 53717 gegen 26234 Stimmen abgelehnt.

Die Centralisation der gemischten Gewerkschaften wurde principiell beschlossen. Der Passus b über die Unionsen wurde mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Zum Schluß wurde der Antrag auf Gründung von Frauensektionen der Fachvereine dort, wo die Arbeiterinnen in größeren Massen beschäftigt sind und das Interesse der Organisation es erfordert, angenommen, jedoch unter der Bedingung, daß die Vereinsleitung auf deren Leitung Einfluß haben soll.

Die Berliner Straßenbahner

haben die Probe auf ihr Solidaritätsgefühl und ihr Selbstbewußtsein bestanden. Es ist der Direktion nicht gelungen, die Angestellten durch ihre terroristischen Maßnahmen einzuschüchtern. Etwa 5000 Mann waren nach den übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Blätter in der Versammlung im Circus Schumann erschienen. Die Tage seit der erfolgten Maßregelung ihrer Vertrauensmänner waren hingegeben, ohne daß auch nur die geringste Disziplinwidrigkeit der Angestellten hätte gemeldet werden können, obgleich die Erregung unter ihnen eine ungeheure war. Ruhig und pflichtgemäß thaten die Angestellten ihren Dienst, ruhig und kraftvoll war der Protest, zu dem sie sich in der Dienstaufsicht vereinigten. Sie haben einsehen gelernt, ihre Macht liegt in der großen Zahl. Was vermag die Gesellschaft gegen die 6000, wenn sie einig sind? Und sie sind einig; selbst die Reueingetretenen haben die Hoffnung der Direktion, daß sie sich zu Streikbrechern gebrauchen lassen würden, elendiglich zu Schanden gemacht. Sie haben sich mit ihren älteren Kameraden solidarisch erklärt.

Die Direktion hat denn auch bereits eingesehen, daß sie auf dem von ihr betretenen Wege nicht weiter schreiten kann, ihre weiter unten abgedruckte Erklärung bekundet dies. Ebenso wenig, wie sich die Angestellten von dem brutalen Vorgehen der Gesellschaft haben einschüchtern lassen, ebenso sehr müssen sie nun den Lockungen der Direktion widerstehen, die auf Gründung eines neuen Verbandes abzielt. Was will die Direktion anders damit, als durch die ihr genehmen Leute einen übermächtigen Einfluß auf denselben zu gewinnen, der diese Organisation in vollständige Abhängigkeit zur Direktion bringen würde. Diese Lehre hat die Gesellschaft selbst den Angestellten eingepaukt mit ihrem organisierten Spitzelsystem. Eine Organisation unter der Protektion der Gesellschaft nützt den Angestellten nichts; das haben diese begriffen und halten deshalb fest an ihrem Verband.

Ueber den

Verlauf der Versammlung

geht uns nachstehender Bericht zu:

Wenn die Direktion der „Großen Berliner“ geglaubt hatte, sie könne durch Maßregelungen und Androhung von Entlassungen die Angestellten einschüchtern und dieselben an der Vertretung ihrer Interessen sowie an der Ausübung des Koalitions- und Versammlungsrechts hindern, so hatte sie ihre Rechnung ohne die Angestellten gemacht. Das bewies der äußerst zahlreiche Besuch der Versammlung, die in der Nacht zum Mittwoch im Circus Schumann stattfand. Ebenso stark, wie bei den Streikversammlungen war der Andrang der Straßenbahner Angestellten auch diesmal. Auch jetzt erschienen sie alle in Uniform, ohne Furcht vor Spiegeln und Spionage. Ein unvorhergesehener Zwischenfall hinderte die rechtzeitige Öffnung des Versammlungsortes. Die Maschine für das elektrische Licht versagte, und der Circus lag im Dunkeln. Niemand in der vor den Eingängen stehenden Menge wollte an einen Zufall glauben. „Das ist eine Schiessung“, so räumte man sich gegenseitig zu, „und soll die Versammlung vereitelt werden.“ Um halb zwölf Uhr wurden die Wartenden in den Circus eingelassen, in dem die Kollampen ein trübes Galsbündel verbreiteten. Inzwischen hatten die Einberufenen der Versammlung alle Gebel in Bewegung gesetzt, damit die Verlesung in Funktion trete. Endlich um 12 Uhr bligte ein Teil der Wagenlampen auf, und man sah nunmehr, daß der Circus schon mehr als zur Hälfte gefüllt war. Um 12¹/₂ Uhr wurde die Versammlung eröffnet und der dichterisch veranlagte Schaffner Süsske begrüßte seine Kollegen durch ein selbstverfaßtes Gedicht. Dasselbe lautet:

Schon wieder, Freunde, muß ich Euch begrüßen —
Zu meiner Freude nicht, ich sag' es frei —
Nur eines kann das Bitter mir versüßen,
Daß von uns allen keine Schuld dran sei.
Wenn das, was uns durch Handschlag ist versprochen,
Gehalten wurde, wie es Mannes Pflicht,
Wenn dieses Wort nicht schände ward gebrochen,
Dann pänden alle wir hier sicher nicht.
Ich weiß es, Freunde, leicht wird es wohl keinem,
Denn Friedensliebe ist des Deutschen Bier;
Doch wie die Völker sich zum Schuß vereinen,
So wollen stehn für die Entlassenen wir.
So fest, wie einst in längst vergangenen Tagen
Für gutes Recht die Abnen traten ein,
So woll'n auch wir nicht säckeln und nicht zagen,
Auf unser Recht vertrauend einig sein!
Doch nun, Kollegen, hab' ich eine Bitte:
Verliert die Mute nicht; zu keiner Zeit,
Stets sei gesetzlich jeder unser Schritte
Und unsre Richtschnur sei Besonnenheit.
Dann mögen fall'n im Streit wir oder liegen,
Eins kann uns rauben keine Macht der Welt:
Und ist die Achtung voll und ganz geliebet,
Die nur an einen Ehrenmann man stellt.
(Lebhafte Beifall.)

Die Versammlung wurde hierauf vertagt, weil ein Teil der Straßenbahner noch im Dienst und daher abwesend war. Als um 1 Uhr die Versammlung wieder eröffnet wurde, waren etwa 5000 Personen, alle in Uniform, anwesend. Der Verbandsvorsitzende

Schumann nahm das Wort zu einem einleitenden Referat. Er erinnerte an den Ausgang des Streiks, durch den ja bei weitem nicht alles, was die Angestellten forderten, erreicht worden sei. Der nicht allzu günstige Abbruch des Streiks sei zu einem guten Teil dem Umstände zuzuschreiben, daß einzelne der Vertreter, die mit der

Direktion unterhandelten, ihren Kollegen mitzuteilen geworden waren, und deren Interessen deshalb nicht in der wünschenswerten Weise vertreten haben. Wie sticht es nun mit der Zurechnung der Vereinbarungen? Auf einigen Bahnhöfen sei der Dienst den Abmachungen gemäß geregelt worden, auf andern sei nach der Regelung eine zu lange Dienstzeit eingeführt, und wieder auf anderen Bahnhöfen habe man die Regelung der Dienstzeit ganz vergessen. Als Anfangsgehalt der Neueingestellten seien 85 M. zugetagt worden. Trotzdem komme es jetzt wieder vor, daß noch nicht festangestelltes Personal nur an den Tagen, wo es beschäftigt wird, bezahlt werde. Das sei gegen die Abmachungen. Der Redner erinnerte nun an die eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Versammlung: die Beigerung der Direktion, die Beschwerdekommision durch die Angestellten selbst wählen zu lassen, die Androhung, die Versammlungsbefugnisse zu entziehen und die in letzter Zeit erfolgten Maßnahmen zu rückgängig zu machen. Daß es sich in der That um solche, nicht aber um Entlassungen aus andern Gründen handelte, das wies der Redner unter Darlegung der einzelnen Fälle nach. Was die Direktion als Entlassungsgründe angebe, sei bei verschiedenen der Befindlichen gar nicht zutreffend. Leute, die sich dadurch ein Verdienst zu erwerben suchen, horten die Schaffner während der Fahrt aus und hinterbringen die Direktion, was sie gehört haben wollen. Einer der Entlassenen, der seine Kündigung der Androhung durch den ihm unbekanntem Inspektor Witte verdankt, bestreite entschieden, die ihm in den Mund gelegten Äußerungen gethan zu haben. — Jetzt befinde es, daß Streikbrecher aus Amerika herübergekommen und es werde hier durch Heber und Agitatoren verbreitet. Nichts sei verkehrter, wie eine solche Annahme. Der Basillus der Unzufriedenheit brauche nicht erst über das Meer herüberzukommen. Die Direktion der Straßenbahn thut ihr möglichstes, ihn unter ihren Angestellten zu züchten. Wenn man von gewisser Seite die Lohnbewegung der Straßenbahner als das Werk socialdemokratischer Agitatoren hinstellen wolle, so müsse dem gegenüber betont werden, daß die Bewegung auch nicht das mindeste mit irgend einer politischen Partei zu thun habe, und daß es gerade die als socialdemokratische Heber vertriebenen Verbandsleiter waren, welche die Bewegung in ruhige Bahnen gelenkt haben. Die Beschauptung des Eisenbahnministers v. Thielen, die Straßentravasse seien durch die Streikenden hervorgerufen, sei durch nichts bewiesen. Wenn Minister v. Thielen gesagt habe, die Forderungen der Angestellten dürften im Interesse der Disziplin nicht bewilligt werden, so müsse man doch fragen: Durch welche der Forderungen werde dem die Disziplin gefährdet? Die Antwort könne nur lauten: Durch keine einzige! Was den Minister zu seiner scharfen Haltung gegenüber den Straßenbahnern veranlaßte, sei wohl die Befürchtung, daß auch die ihm unterstehenden Eisenbahner Forderungen stellen würden, wenn die Angestellten der Straßenbahn durch ihr solidarisches Zusammenhalten etwas erreicht haben. Der Redner ging nun auf die letzten Vorkommnisse ein und teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß er am Montag gemeinsam mit der Deputation der Angestellten beim Oberbürgermeister Richter gewesen sei. Nachdem die Besprechung kurze Zeit gewährt habe, habe Redner sich verpflichtet gefühlt, sich als Vorstandsmitglied des Verbands vorzustellen, den die Angestellten der Straßenbahn angehören. Darauf habe der Oberbürgermeister dem Redner zu verstehen gegeben, daß er mit ihm nicht unterhandeln könne. In der weiteren Zwiegespräche über diesen Punkt habe der Oberbürgermeister gesagt, auch er würde sich gegebenen Falls auf den Standpunkt der Direktion stellen, und die Einmischung von Leuten, die dem Betriebe nicht angehören, zurückweisen. „Vergessen Sie nicht“ — habe der Oberbürgermeister bemerkt — „daß Sie nicht nur die Direktion, sondern auch die Regierung gegen sich haben.“ Redner habe es nach dieser Unterredung für angebracht gehalten, sich zurückzuziehen, und die weiteren Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister den übrigen Deputationsmitgliedern zu überlassen. Diese Verhandlungen seien ohne Resultat verlaufen. Am Dienstagamittag habe dann der Oberbürgermeister die Deputation nochmals zu sich beschieden und ihr unterbreitet, was jedenfalls in der von den Zeitungen berichteten Konferenz der Minister mit dem Oberbürgermeister und der Direktion festgesetzt worden sei. Danach sei die Direktion bereit, die Entlassungsgründe der Gemahregelten zu prüfen, und die Letzteren wieder einzustellen, wenn sie darum nachsuchen. Ferner sei die Wahl der Beschwerdekommision zugestanden, jedoch solle dieselbe nicht besetzt sein. Beschwerden über die Vorgehensweise zu behandeln. — Es frage sich nun, was sollen wir thun? Es stehe fest, daß die Direktion ihr Wort nicht gehalten habe und, entgegen den Abmachungen, Maßregelungen vorgenommen habe. Es stehe weiter fest, daß die Direktion heute schon von dem noch vor einigen Tagen eingenommenen rigorosen Standpunkt zurückgewichen sei. Aus diesem Grunde schlage ich —

sagte Redner — vor, daß die Versammlung heute nicht die sofortige Arbeitsniederlegung beschließt. Der Streik ist das letzte Mittel, welches erst dann angewandt werden soll, wenn kein andres Mittel mehr zur Verfügung steht. Daß die Gemahregelten fähig sind, um ihre Wiedereinstellung bitten, das gibt es freilich nicht! (Zustimmung.) Wir verlangen, daß die Direktion die Maßregelungen zurücknimmt, und daß sie die Abmachungen in jeder Hinsicht innehält. Wenn wir heute nicht den Streik beschließen, so ist es nicht Furcht, was uns dazu bewegt. Alle die hier anwesend sind, nehmen es auch noch ein zweites Mal mit der Großen Berliner auf. (Beifall und Zustimmung.) Aber wir wollen uns nicht nachgeben lassen, daß wir nicht alles versucht hätten, um den Frieden aufrechtzuerhalten. (Lebhafte Beifall.)

In der Diskussion, an der sich nur Angestellte der Straßenbahn beteiligten, wurde zunächst die Haltung, welche der Schaffner Aicher als Mitglied der Deputation, die seiner Zeit wegen Volllegung des Streiks mit der Direktion verhandelt hat, einnahm, scharf kritisiert. Ein Redner beschuldigte den Aicher des Verrats seiner Kollegen und ließ durchblicken, daß Aicher von der Direktion gekauft sei, um die Annahme der von derselben angebotenen Bedingungen durchzusetzen. Wie es heiße, soll Aicher, der selber keine Geldmittel besitze, demnächst eine Restauration eröffnen. Einweilen betreibe er aber noch gemeinsam mit Gälzow auf Kosten der Direktion Propaganda für den von der Direktion protegierten neuen Verein der Angestellten. Im weiteren erklärten sich die Redner mit den Vorschlägen Schumanns einverstanden. Einer der Gemahregelten sagte, er werde nicht um seine Wiedereinstellung bitten. Er gehe nicht nach Kanossa. (Bravo!) Entweder die Direktion stelle ihn und seine gemahregelten Kollegen bedingungslos wieder ein oder sie lasse es bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Nach einem Schlußwort Schumanns gelangte folgende Resolution zur Abstimmung:

Die am 12./13. Juni im Circus Schumann versammelten 4500 Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn erklären die von der Direktion vorgenommene Entlassung ihrer Vertrauensleute als eine Maßregelung, durch welche die Einigungsbedingungen vom 21. Mai seitens der Direktion gebrochen worden sind. Diese Maßregelung ist um so unverfäglich, als den von derselben Betroffenen keine Verteidigung gegen die zum größten Teil auf Unwahrheit und Entstellungen beruhenden Anschuldigungen gestattet und ihnen auch eine zum Zweck der Klärung der Sachlage geforderte Gegenüberstellung der Demuzianten direkt verweigert worden ist.

Die Versammlung erwartet, daß die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn ihr Unrecht einseht, dasselbe durch Wiedereinstellung der Betroffenen wieder gut macht und dadurch ihr in Gegenwart des Herrn Oberbürgermeisters von Berlin durch Handschlag gegebenes Ehrenwort einlöst.

Die Versammelten erwarten nunmehr bestimmt, daß die durch den Herrn Oberbürgermeister neuerdings seitens der Direktion gegebenen Zusicherungen unbedingt eingehalten werden. Sie beauftragen die Organisation andererseits, falls dies nicht geschieht, eine neue Versammlung einzuberufen, welche dann die endgültige Entscheidung herbeizuführen hat.

Die Versammelten sind gewiß, die vor dem Herrn Oberbürgermeister vereinbarten Abmachungen auf das genaueste einzu-

halten; sie sind aber nicht gewillt, sich entgegen den klaren gesetzlichen Bestimmungen, das Koalitionsrecht nehmen zu lassen; sie verpflichten sich vielmehr, treu und fest zu ihrer Organisation, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands zu halten.

Die Versammelten protestieren mit auser unangenehmheit gegen die Anschuldigungen des Ministers Thielen, daß die Angestellten sich an den während des Streiks leider vorgekommenen Exzessen beteiligt hätten. Aus der eigenartigen Stellungnahme der Herren Minister v. Rheinbaben und v. Thielen den Straßenbahnern gegenüber werden diese die nötigen Konsequenzen zu ziehen wissen.

Die Resolution fand einstimmige Annahme. Um 3 Uhr wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Bewegung der Straßenbahn-Angestellten geschlossen.

Vor dem Circus und in den Seitenstraßen waren während der Versammlung Hunderte von Polizeibeamten zu Fuß und Pferde stationiert, doch fanden dieselben keinen Anlaß zum Einschreiten. — Um 1/2 11 Uhr morgens war fast die gesamte Schymannstraße auf den Polizeiwachen konstantiert. Es wurde mit der Möglichkeit gerechnet, daß ein neuer Ausbruch noch in dieser Nacht proklamiert werden könne, und so erhielten gestern Abend die Schulleute den Befehl, sich früh um 1/2 11 Uhr auf ihren Revidieren einzufinden. Nachdem das Ergebnis der Versammlung bekannt geworden, wurde sofort auf sämtlichen Wachen die Ordre gegeben, daß die Reserve-Schulleute entlassen werden könnten.

Erklärung der Direktion.

Von der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn geht der „Nat.-Ztg.“ eine längere Mitteilung zu, in welcher sie ihre Haltung durch die schon bekannten Gründe zu rechtfertigen sucht. Bezüglich der Beschwerdekommisionen heißt es wörtlich:

„Hinsichtlich der sogenannten Beschwerdekommisionen müsse nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Einrichtung einer solchen in der früher (unter Nr. 8) geforderten Weise niemals zugestanden, ein derartiges Verlangen vielmehr ausdrücklich abgelehnt worden sei. Die feiner Zeit zu den Vermittelungs-Verhandlungen erschienenen Vertreter der Angestellten seien auch in Gegenwart des Herrn Oberbürgermeisters ausdrücklich veranlaßt worden, und hätten dies auch übernommen, ihren Auftraggeber hiervon Mitteilung zu machen und sie zu bedenken, daß die Direktion lediglich zugestimmt habe, Vertreter der Angestellten zu periodischen Besprechungen zuzuziehen, um ihnen Gelegenheit zum unmittelbaren Vortrag etwaiger Wünsche und Beschwerden zu geben.“

Die Frage, wie die Vertreter bestellt werden sollten, sei, wie der Herr Oberbürgermeister selbst bestätigte, damals überhaupt nicht erörtert worden, insbesondere seien Zusicherungen, die Vertreter wählen zu lassen, niemals erteilt worden. Die Verwaltung sei daher an sich durchaus berechtigt gewesen, für die demnächstigen Besprechungen die dienstältesten Aufseher, Fahrer und Schaffner jeden Bahnhofs zu bezeichnen, zumal die Angestellten bereits dazu übergegangen seien, die Wahl von Mitgliedern der abgelehnten Beschwerdekommision auf die Tagesordnung von nicht durch sie selbst, sondern durch Dritte einberufenen Versammlungen zu setzen. Gleichwohl sei die Direktion bereit, gewählte Vertreter für die periodischen Besprechungen anzunehmen, wenn die Wahlen ohne Einwirkung Dritter auf den Bahnhöfen vorgenommen würden.

Die verlangte Wiedereinstellung sämtlicher gekündigter Angestellter müsse abgelehnt werden, dem Einzelnen vielmehr überlassen bleiben, sich an die Direktion zu wenden, wenn er glaube, nachweisen zu können, daß seine Kündigung zu Unrecht erfolgt sei.

Wir haben daraufhin dem Herrn Oberbürgermeister weiter erklärt, daß wir uns freuen würden, wenn ihm die Beruhigung der erregten Gemüter gelingen sollte, und ihm schließlich für die Verhandlungen mit den Angestellten folgende zusammengefaßte Erklärung übergeben:

1. In den gemeinsamen periodischen Besprechungen mit der Direktion zwecks Entgegennahme der Wünsche der Angestellten in dienstlicher und persönlicher Beziehung werden Vertreter durch die Angestellten gewählt, wenn die Wahl ohne jede Mitwirkung Dritter auf den einzelnen Bahnhöfen stattfindet; Verhandlungen mit einer sogenannten Depot- und Beschwerdekommision im Sinne der früheren Forderung werden abgelehnt, da eine solche Einrichtung niemals zugestanden, ein hierauf bezügliche Verlangen vielmehr ausdrücklich abgewiesen worden ist.

2. Die Forderung der Wiedereinstellung sämtlicher Angestellten, denen aus Anlaß erneuter Agitations — nicht wegen ihres Behaltens während der Lohnbewegung — gekündigt worden, wird zurückgewiesen. Es bleibt dem Einzelnen überlassen, sich an die Direktion zu wenden, sofern er glaubt, den Nachweis erbringen zu können, daß die seiner Kündigung zu Grunde liegenden Thatsachen nicht richtig seien.“

Der Angeklagte, an dem man das Urteil sofort, ohne ihn anzuhören, vollstreckt hat, soll also uns nachweisen, daß er nicht schuldig ist. Nach allen Rechtsgrundsätzen hat der Ankläger dem Angeklagten die Schuld nachzuweisen. Gegen die Bedingung, daß die einzelnen Depots die Wahlen selbstständig, ohne „Mitwirkung Dritter“ vornehmen, wird wohl niemand etwas einwenden, wenn nur auch die Direktion sich nicht dazwischen mischt; von seiten des Verbands war eine solche Einmischung in die Wahlen jedenfalls niemals geplant. Bei einigen Entgegenkommen der Gesellschaft scheint uns eine Verständigung noch immer leicht möglich. Die Verhandlungen sollen, wie berichtet wird, sofort aufgenommen werden.

Geriichts-Beilage.

Aus Klein-Parvenpols. Ein für die Bestimmung gewisser bürgerlicher Schichten bezeichnender Verleumdungsprozess wurde gestern vor der vierten Strafkammer am Landgericht II verhandelt. Das Stadtverordneten-Kollegium von Schönberg beschloß im vorigen Jahre, die neu zu begründende katholische Gemeindefabrik vorläufig in dem neu erbauten Hause des Reform-Gymnasiums unterzubringen. Dieser Beschluß der städtischen Vertretung erregte das lebhafteste Mißfallen des Bezirksvereins „Botanischer Garten“. In diesem Verein wurde der Beschluß gefaßt und zur Ausführung gebracht, eine Petition an das Provinzial-Schulkollegium zu richten mit der Bitte, dem Beschlusse der Schönberger Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung zu verweigern. Begründet wurde die Petition damit, daß die Söhne der „besseren“ Gesellschaftsklassen zu den Kindern der niederen Klassen, der Arbeiter und Handwerker, nicht passen und moralischen Schaden leiden könnten. Das Bildungsziel des Reform-Gymnasiums sei ein ganz anderes, als das einer Gemeindefabrik, deren Schüler doch nur zu Arbeitern und Handwerkern erzogen würden. Diese Petition wurde am 18. Oktober vor J. auch in dem Bezirksverein „Süd-Ost“ zur Sprache gebracht. Mairemeister Schulz wurde aufgefordert, sich zu rechtfertigen, weshalb er diese Petition mit materialien habe. Nachdem dies geschehen, ergriff der Stadtverordnete Zimmermeister Valentin Fröhlich das Wort zur Erwiderung und bemerkte dabei: „Es ist eine Frechheit, eine solche Petition an das Provinzial-Schulkollegium zu richten!“ Durch diese Worte fühlten sich der Apotheker Richard Dohli und der praktische Arzt Dr. J. Bergemann, welche bei dem Zustandekommen der Petition mitgewirkt hatten, beleidigt. Beide beirichteten den Weg der Privatklage. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten frei, weil es demselben den Schuß des § 193 zubilligte und ihm auch darin Glauben schenkte, daß es nicht seine Pflicht gewesen sei, die Privatkläger zu beleidigen, die er gar nicht gekannt und von denen er auch gar nicht wußte, ob dieselben an der Petition beteiligt seien. Die Privatkläger legten Berufung ein mit dem Erfolge, daß Herr Fröhlich zu 30 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Ein Schatten der lox Feinze fiel gestern in eine Verhandlung, die die Strafkammer gegen den Arbeiter Wilhelm Hebbum zu erledigen hatte. Die die Beweisaufnahme ergab, gehört der Angeklagte zu jener Klasse gewalttätiger Menschen, welche Prostituierte an sich fesseln, sich von ihnen ernähren lassen und sie in brutaler Weise verprügeln. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß solche Subjekte stets möglichst lange ihrem wilden Treiben entzogen werden müßten und daß die bürgerliche Gesellschaft ein Anrecht darauf habe, möglichst lange von diesem Gesichter befreit zu werden. Der Angeklagte wurde deshalb zu drei Jahren Gefängnis, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Ein selten schnelles Gerichtsverfahren wird gegen den Vorkontrollanten Böhm zur Anwendung kommen. Am Sonnabend vor Pfingsten, am 2. d. M., brachte Böhm seinem Chef, dem Rechtsanwalt Mülich, mit etwa 8000 M. durch. Drei Tage nach Pfingsten wurde er in Neu-Steckly ergriffen und nach Berlin zurückgebracht. Von hier wurde er ergriffen, legte Böhm bei seiner ersten Vernehmung ein offenes Geständnis ab. Sofort arbeitete Staatsanwalt Liebenow die Anklageschrift aus. Böhm ließ durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Morris, auf sämtliche Ladungsfristen verzichten und beantragte, den Termin zur Hauptverhandlung baldmöglichst anzuberaumen. Hierzu ist bereits der kommende Sonnabend in Aussicht genommen worden.

In geradezu bestialischer Weise hat sich der Kreisjägerschneider Hermann Fischer, der gestern wegen gefährlicher Körperverletzung vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I stand, an seinem 1 1/2-jährigen Kinde vergangen. Der Angeklagte lebte mit seiner Ehefrau in feinem Unfrieden und mißhandelte diese wiederholt. Einen Teil des Grolles, den er gegen seine Ehefrau hegte, übertrug er auf seine 1 1/2-jährige Tochter Ida, die er, wie er gelegentlich aussprach, „nicht sehen konnte“. Als am 20. Januar die Mutter zum Einholen gegangen war, fing das kleine Mädchen an zu schreien und reizte den Angeklagten derart, daß er das kleine Wesen zwischen die Weine nahm und das Gesicht des Kindes durch heftige Schläge mit seiner ausgearbeiteten Hand in der unarmherzigsten Weise bearbeitete. Während des letzten Teils der Mißhandlung kam die Ehefrau hinzu und suchte das Kind dem Unmenschen zu entwenden, es gelang ihr aber nicht, sie wurde vielmehr zur Thür hinausgeschoben und diese von innen verriegelt. Die Mutter holte nunmehr einen Schuhmann herbei. In der Zwischenzeit hatte der Angeklagte das Kind noch weiter mißhandelt. Er machte Anstalten, es zum Fenster hinauszuerwerfen, ließ sich aber durch das Jammergeschrei seiner zweiten im Zimmer anwesenden fünfjährigen Tochter hiervon abhalten. In seiner Wut warf er dann das kleine Kind aus einiger Entfernung in sein Bett, wo es unter ziemlich starker Erschütterung des ganzen Körpers niederfiel. Dort fand es die mit dem Schuhmann zurückkehrende Mutter in einem Ohnmachtzustand vor. Ein herbeigeholter Arzt stellte fest, daß der hintere Körperteil des Kindes dicht mit roten und blauen Flecken bedeckt war, außerdem lag ein Druck des Oberschenkels vor, der die Nervenführung in die Charis notwendig machte. Dort hat das Kind 15 Wochen lang gelegen, es dürfte vielleicht zeitweilen ein verkürztes Bein zurück behalten. Der Angeklagte war bald nach der That von hier verschwunden, ist aber schließlich in Grefeld, wo er Arbeit angenommen hatte, gefaßt worden. Der Staatsanwalt hielt die That des Angeklagten für so roh, daß er drei Jahr Gefängnis in Antrag brachte. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahr Gefängnis und nahm den Angeklagten sofort in Haft.

Zu dem Prozeß gegen den Schriftsteller Brand schreibt uns Herr Rechtsanwalt Berg: Die Behauptung des Angeklagten, daß ich seine tätliche Verleumdung gegen den Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. Lieber als Notwehr und deshalb für straflos erachtet hätte, ist unwahr. Ich habe vielmehr stets den Angeklagten auf die Strafbarkeit seiner Handlung hingewiesen und nur aus hier

nicht interessierenden Gründen, welche mit dem Notwehr-Paragraphen nichts zu thun haben, eine mildere Bestrafung als möglich bezeichnet.

Übermaß prügelnde Schulleute. Aus Halle a. S. wird vom 12. Juni berichtet: In heutiger Strafkammerung hatten sich der 27-jährige Polizeiergeant Rudolf Schöne und der 33-jährige Polizeiergeant Hermann Schrey, beide aus Giebichenstein, wegen widerrechtlicher Einsperung, Mißhandlung und Verleumdung des 21-jährigen stud. jur. Quandt zu verantworten. Quandt war in der Nacht zum 23. Februar ds. J. von einem in der Reichsburg in Giebichenstein stattgehabten Kommerz der Putschgesellschaft „Mennania“ heimgeführt und hatte in angetrunkenem Zustand mit seinem Spazierstock gegen eine elektrische Säule geschlagen. Sergeant Schöne erlachte darin großen Lufst und brachte Quandt, der nicht gleich seine Studentenlarve vorgeben konnte, nach der Polizeiwache. Dort befand sich der Sergeant Schrey, der dem Quandt, als er bei dem Herausgehen seiner Karte sich mit dem Arm auf den Tisch legte, drei derbe Ohrfeigen versetzte. Quandt, der sich nun ausreichend legitimiert hatte und sich die Behandlung verbat, wurde nunmehr von Schrey in dem Geuld gepackt, mit dem Fuß in die Anklehler getreten, von Schöne mit der Faust bearbeitet und dann in das Arrestlokal geworfen. Nach einer halben Stunde wurde er wieder vorgeführt und dann, als er dem Schrey sagte: „Sie werden sich wegen der Ohrfeigen zu verantworten haben“, gegen den Kopf geschlagen, daß er auf eine Stufe fiel. Schöne schimpfte den jungen Mann Hund und Schwein, gab ihm auch noch eine Ohrfeige und sperrte ihn wieder in das Arrestlokal, wo er widerrechtlich bis früh 8 Uhr festgehalten wurde. Die Angeklagten wollten es mit Quandt gut gemeint und ihn nur eingesperrt haben, damit er sich in seiner Ungratlichkeit keinen Schaden zufügen konnte. Der Vorgesetzte, Kommissar Lutterbüse, schildert die Angeklagten als ein paar sehr ruhige und laibblätige Beamte. Der Staatsanwalt meinte aber, die Angeklagten eigneten sich vielleicht für alles andre, aber nur nicht zum Siderheitsdienst und bezeichnete die Thaten als haarsträubende Brutalitäten. Das Gericht verhängte über die Angeklagten je fünf Monate Gefängnis und gegen Schöne außerdem noch 20 M. Geldstrafe.

Rechtsprechung in Oefelien. Schon mehrfach ist darauf hingewiesen, daß gegen Landarbeiter fürchtbar harte Urteile gefällt wurden für verhältnismäßig geringe Vergehen, wenn Landwirte als Laienrichter mitwirkten. Das ist auch kürzlich wieder beim Schöffengericht Stuhm in Westpreußen der Fall gewesen. Der Anwalt Franz Klania aus Klein-Ramst war angeklagt, einen Juppelotter beleidigt und seinen „Herrn“ mit einer Holzschapel geschlagen zu haben. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte eine dreimonatliche Gefängnisstrafe. Der Gerichtshof ging über den Antrag weit hinaus und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Die Frage ist wohl an Frage, welche hohe Strafe dieselben Richter wohl verhängt hätten, wenn der Herr den Anwalt beleidigt und geschlagen hätte?

Witterungsüberblick vom 13. Juni 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Emmende-Dammburg	766	OSO	3	wolkig	19	Döperando	760	R	4	heiter	17
Berlin	765	SO	5	wolkig	19	Delitzschburg	764	BRN	1	bedeckt	14
Frankf./M.	763	SO	4	wolkig	19	Gorf	758	S	2	zwoelfig	14
München	765	SO	2	wolkig	21	Hardeem	761	O	1	heiter	14
Wien	765	SO	4	wolkig	19	Paris	762	SO	2	Regen	17
	765	SO	1	wolkig	16						

Weiter-Prognose für Donnerstag, den 14. Juni 1900. Sehr warm und schmilft die wägen süblichen Winden und etwas zunehmender Bewölkung; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Verband deutscher Barbiers, Friseur u. (Zweigverein Berlin) Donnerstag, den 14. d. M., abends 10 1/2 Uhr, bei Schilder, Rosenthalerstraße 57; Versammlung. Gütlich willkommen.

Marktpreise von Berlin am 12. Juni 1900 nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Ware	gut	mittel	gering	Preis
*) Weizen, gut	15,40	15,38		
" mittel	15,36	15,34		
" gering	15,32	15,30		
*) Roggen, gut	15,40	15,38		
" mittel	15,21	15,19		
" gering	15,17	15,15		
*) Waize, gut	14,80	14,78		
" mittel	14,26	14,24		
" gering	13,60	13,58		
*) Hafer, gut	15,90	15,88		
" mittel	15,20	14,60		
" gering	14,50	13,90		
Richtmaß	7,66	7,16		
Sen	10,-	6,80		
Erbsen	40,-	25,-		
Speckbohnen	45,-	20,-		
Winsen	70,-	30,-		

Produktionsmarkt vom 13. Juni. Der Getreidemarkt eröffnete in matter Haltung, und zwar im Hinblick auf das anbauende schöne Wetter, welches in unmittelbarem Anschluß an den starken Regen vor und gleich nach Pfingsten den heimischen Saaten bereits merklich zu gute gekommen sein soll. Mittags wurde die Tendenz ausgesprochen klar, da auch aus Oesterreich Ungarn matte Notierungen kamen und das sonstige Ausland keinerlei Anregung bot. Effektive Ware war von Rußland reichlich offeriert, auch vom Ausland lag nach langer Pause heute wieder ein mäßiges Angebot vor. Für Lieferungen schloß die Nachfrage fast ganz ab, obwohl Abgeber ihre Forderungen für Weizen per Juli um 0,50 M., per September um 1 M., für Roggen durchweg um 0,50 M. ermäßigten. Am 10. d. d. wurde das Geschäft ruhiger, als in letzter Zeit; der Konsum scheint vor der Hand vermindert zu sein und die Preisgestaltung neigte zur Abwärtsbewegung. Mais lag gut behauptet, Mehl matter. Weizen etwas fester als Paris. Spiritus. Spiritus loco unverändert 50 M.

Städtischer Schlachthofmarkt. Berlin, 13. Juni 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Junge Rinder: 383 Rinder, 2701 Küder, 855 Schaf, 9786 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtwert in Markt (Beziehungswert für 1 Pfund in M.): für Rinder: a) vollfleischige, ausgewachsene, höchstem Schlachtwert, höchstens 7 Jahre alt 00-00, b) junge fleischige, nicht ausgewachsene und ältere ausgewachsene 00-00; c) mäßig genährte junge und genährte ältere 00-00; d) gering genährte jeden Alters 00-00. - Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 00-00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00-00; c) gering genährte 00-00. - Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgewachsene Färsen höchsten Schlachtwertes 00-00; b) vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 00-00; c) ältere ausgewachsene Kühe und wenig gut entworfene jüngere Kühe und Färsen 00-00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 00-00; e) gering genährte Kühe und Färsen 00-00. - Kälber: a) feinste Kälber (Vollfleisch) und beste Saugfärsen 74-76, b) mittlere Kälber und gute Saugfärsen 66-70, c) geringe Saugfärsen 55-60, d) ältere, gering genährte (Kälber) 00-00. - Schafe: a) Rasthämmer und jüngere Rasthämmer 62-65, b) ältere Rasthämmer 55-60, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wergschafe) 51-55, d) halbschwerer Niederungs-schafe (Vedentgewicht) 00-00. - Schweine: a) vollfleischige der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 42-47, b) Kälber 00-00, c) fleischige 44-45, d) gering entworfene 42-45, e) Sauen 40-41. Fettfleisch und Tendenz. Bei den Rindern waren bei dem geringen Umsatz nachgehende Preise nicht festzustellen. Der Kalberhandel gefühlte sich ruhig, aber ganz lech. Bei den Schafen blieben nur ein paar kleinere Pöken mageres Vieh unverkauft. Der Schweinemarkt verlief ruhig und lech und wurde geräumt.

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!
Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 Uhr, im Bisteller, Chausseestr. 88:
Volkssversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. Bebel über: Die Thaten des Reichstags. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Komitees zum Sommerfest.
Zahlreichen Besuch erwarten
Die Vertrauensleute.

Arbeiter Berlins!
Von den Hintersolden Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden willigt: H. Sporn, Dietrich (Hansisch Nachl.), K. Weigel, R. Klähre, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras, R. Bär, Reinhold Kaiser, Karl Die Kommission der Berliner Tabakfabrikanten.
Von jetzt ab steht dieses Inserat nur Donnerstags und Sonntags im „Vorwärts“.

Achtung! Bäcker. Achtung!
Heute, Donnerstag, den 14. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr
Versammlung
bei Keller, Koppenstr. 29.
Tages-Ordnung:
Der abermalige Zusammentritt des Eingungsdamts und unsere Beschlußfassung über Direkt oder nicht Direkt. 14526
Zutritt nur mit Streifensdarten.
Die am Dienstag zur Ausgabe gelangten Stimzettel sind unglücklich und werden deshalb an die Kollegen neue verteilt.
Mit Brudergruß
Die Lohnkommission.

Berein deutscher Schuhmacher
(Zahlstelle Charlottenburg).
Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Leder, Widmarstr. 74:
Oeffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
Wie verbessern wir unsere Lage? Referent: Genosse Dieck. Diskussion. Verschiedenes. 170/2
Jeder Schuhmacher wird ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Einberufer.

Verein der Bauanschläger
Berlins und Umgegend.
Heute, Donnerstag, den 14. Juni, abends 7 Uhr, bei Bude, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: Fortsetzung der Statutenänderung.
Der Vorstand.
Bezirksgruppe Berlin-Brandenburg des Verbands der Verwaltungsbeamten der Orts-Krankenkassen und Berufsgenossenschaften Deutschlands.
Die Vorstandsmitglieder und Beamten der Orts-Krankenkassen Berlins und der Provinz Brandenburg werden hierdurch zu einer am Freitag, den 15. d. M., abends 8 Uhr, in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20, stattfindenden
Oeffentlichen Versammlung
erzucht eingeladen. Einziger Punkt der Tages-Ordnung: Regelung der Engpassverhältnisse der Krankenkassen-Beamten. Referent: Herr Stadteroberster Koblitzner.
Berlin, den 13. Juni 1900.
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Todes-Anzeige.
Montag, den 11. Juni, verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter
Hugo Hertzog.
Eure feinen Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, vom Kranenhaus am Urban statt.
113/11 Die Erbsverwaltung.

Zähne 2 M. an
Reelle Garantie! Teilg. Reparaturen in 2 Stunden.
Zahnziehen schmerzlos! Sprechz. 8-8.
Blumenstr. 25.
H. Lange, Ecke Marktstraße.

Achtung! Brauer. Achtung!
Gemäß dem Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 8. April bei Dr. H. F. Friedrichs 35, veröffentlichen wir diejenigen, dem Verein der Brauer Berlins und Umgegend nicht angehörigen Brauer, welche die Forderungen der Bäcker-Kommission nicht anerkannt haben: Brauerei Pöchelberg; Kaiser Brauerei, Charlottenburg; Stadtbrauerei A. Vorch, Delforferstraße; Bilsener Brauhaus, Beteranenstraße; Brauerei Kink u. Comp., Altien-Gesellschaft. 1397b
Die Fünfer-Kommission.
F. A.: L. Hodapp, Weissensee, Wörthstr. 13.

Arbeits-Bekleidung
für Mechaniker, Bildhauer, Maler, Schlosser, Schlichter, Konditoren, Friseur.
En gros - Detail. 4070L.
D. Wurzel & Co.,
Wrangel-Strasse 17, Ecke Manteuffel-Strasse.
10 Jahre Garantie. Vollkommen schwarzes Zahnzahn 1 M. Plomben 1,50 M. Teilg. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Dampfer
für Gesellschaften und Vereine, 125 bis 240 Personen fassend, sind noch an Sonn- und Wochentagen zu vergeben. 14552
Dieter, Berlin O., Nächsthofenstr. 18.
Wer-Stoff-hat
fertige August 20 M., feine Jutaten, saubere Arbeit, zwei Proben. 14702
!!! Ohne Konkurrenz !!!
!!! Edelsteiner Sie !!!
Kuzug - Kiste, Paletot - Kiste spottbillig.
Montag - Dienstag
Referent: Kaufmann, unkonkurrenzfähig, unkonkurrenzfähig, unkonkurrenzfähig.
Verkauf billig, als Fabrikmeister.
Reflexion der Tuchfabrikanten.
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung Münzstr. 26, part.

10. Stiftungsfest
des Gesangchors der Freireligiösen Gemeinde
Sonnabend, den 16. Juni, bei Blaurod, Pankow, Wollank-Strasse No. 113.
Der Gesangchor der Freireligiösen Gemeinde ladet seine Freunde und Freunde zum 16. Juni zu Blaurod ein. Nicht reger Besuch wird ihn erfreuen. Vorträge ernter und heiterer Art. Hab'n wir für den Abend aufgelegt. Die Verbindung nach Pankow ist brillant. Speisen und Getränke gut, wie ja bekannt. Freundlicher Saal und herrlicher Garten. Vokal- und Instrumentalensemble warten auf die Besucher, drum stellt Euch ein!! Dieses wünscht von Herzen
Der Gesangverein. 14576
Billet a 25 Pf. sind bei allen Vereinstageliedern zu haben. Herren, welche am Tag teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach. Jahrsbeitrag mit der elektrischen Bahn Charlottenstraße-Pankow für 10 Pf. Anfang 8 Uhr.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter.
(Zahlstelle Schöneberg.)
Sonntag, den 17. Juni 1900
4. Stiftungsfest
bei Herrn Witte, Deutsch-Wilmersdorf, Berluerstraße 40.
Son 3 Uhr an
Konzert im Garten
ausgeführt von Chorvereinsmitgliedern unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine „Note Reife“, Schöneberg, und den vereinigten Sängern Wilmersdorfs.
Billet a 25 Pf. Billet a 25 Pf.
Kinder, die in Begleitung Erwachsener erscheinen, erhalten eine Stocklaterne. Von 4 Uhr an im Saale Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf.
Um rege Beteiligung der Verbandsmittelglieder erucht
Das Komitee. 42/6

Laabs
Eiswasserstr. 30.
Behandl. aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne schädliche Mittel u. Gifte. Sprechz.: 9-2, 6-9. Freitag und Sonntag nur 9-2. Abend-Marten Ermäßigung.

Schlackwurst
45712* Prima harte 110 Pf. a Pfd. halbsort a Pfd. 85
Schinken., prima hart 95
Speck, feine Schlackwurst unger bei 5 Pfd. 60
fest. 55
Landschinken, echt 90
J. Striepling, Köpferstr. 163.
H. Geschäft: Invalidenstr. 147.
Hojen, Anzüge, Paletots!
vorjährige Maßbestellungen. Hälfte Kostenpreis.
Ludwig Engel,
Herrenbekleidung, 47012* Münzstrasse 26, part.

Bettfedernreinigung
elektrischer Betrieb.
Grüner Weg 3. 14868
Hauschild & Kottwitz.
!! Radler-Anzüge !!
von einer Diebstahl zurückgelieben; Hälfte Kostenpreis. Ludwig Engel, Herrenbekleid., Brunnenstraße 66. 14703
Möbelstoffe!
auch Reste! alle Qual. selten billig!
Calogonholskauf!
Mocquet - Plüsch 5,35 M. per Meter (130 cm breit). 148612
Muster b. näherer Anfrage franco. Berlin S.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.
Sportwagen 5,- bis 30,- „Baby“, Friedrichstraße 18 (Bebelstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Rabatte.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 14. Juni.
Schauspielhaus, Fremdlinge. Im Glanzhaus. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroß). Der Mikado. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Probefandant. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Daisy (A runaway girl). Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Das Stützungsfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Die Puppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. (Mozart-Oper.) Amalia oder: Ein Madonnenball. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Berlin nach Ost. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiss. Am Spieltisch des Lebens. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Sündige Liebe. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Spezialitäten-Vorstellung. Vorher: Meyer auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. (Internationale Urania.) Bis ans Ende der Welt. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Zauberer am Nil. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Venus auf Erden. Anfang 8 Uhr.
Reichshafen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Könde 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Mozart-Oper.
Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr: (Eröffnung der Opernfestung.)
Amelia oder Ein Madonnenball. Große Oper in 5 Akten v. G. Verdi.
Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Die beiden Schützen.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr: (bei halben und ermäßigten Preisen)
Der Freischütz.

Central-Theater
Anfang 8 Uhr.
Sensationeller Landerfolg!
Berlin nach Eif.
Gr. Hoffe in glänzender Ausstattung. Die sensationellsten Schläger: Eisenbahn-Quartett! Cordula! Aufzug der Parfums.
(Blühendes Ballett.)
Morgen und folgende Tage: Berlin nach Ost.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Am Spieltisch des Lebens.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.
Im Garten: Neues Juni-Programm. 25 kolossale Nummern.
Theater, Konzerte, Spezialitäten.
Anfang 5 1/2 Uhr.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
„Von den Alpen zum Vesuv“.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Magische Wunder-Vorstellungen.
!! Eine sensationelle Neuheit !!
Neu! Neu!
Rumänische Original-Konzert-Gesellschaft
„Senescu“.
Die Helden des Transvaal-Kriegs.

Passage-Panopticum.
Riesen und Zwerge.
10 Uhr vorm. bis 10 Uhr abds.
Passage-Theater:
Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Königsplatz 18.
Täglich
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Der Soldatenfeind.
Schauspiel in 1 Akt von G. G. Meyer.
Neu! Grüne Jungs. Neu!
Operette in 1 Akt von G. G. Meyer.
Neu!
Im Saal: Großer Ball.

Metropol-Theater.
Um 9 Uhr 10 Min.:
Der grösste Erfolg dieser Saison.

Der Zauberer am Nil.
Vielbesuchte Aufführungsdarstellung mit dem feinsten hochbegabtesten Nummern-Ballett.
Vorher:
das vollständig neue brillante Juni-Spezialitäten-Programm
Anf. 8 Uhr. Nahezu überall gefachelt.

Ostbahn-Park
Hermann Imbs
71 Niederbörger Str. 71
am Köpenicker Park.
Täglich Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Nur erstklassige Nummern.
Anf.: Sonntag 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Anf.: Montag 10 Pf. Spezialität Nachmitt. 20 Pf.
Anf.: Dienstag 5 Uhr. Entree 10 Pf.
Anf.: Mittwoch 10 Pf. Spezialität Nachmitt. 10 Pf.
Hermann Imbs, Direktor.

Belle-Alliance-Theater.
(Internationale Urania).
Heute und folgende Tage:
Bis ans Ende der Welt.
Ein Schauspiel der Natur in 12 Akten und einem Prolog von Dr. R. Wilhelm Meyer.
Abends 8 Uhr.

Apollo-Theater.
Um 9 Uhr:
Mit sensationellem Erfolg:
Venus auf Erden.
Vorher:
Iben Obed — Frères Hoste.
Neu! Bernhard Mörbig. Neu!
Neu! Brothers Morelli — Eva Haller.
Krüger u. Kirsten.
Kosmograph.

Prater-Theater.
Kastanien-Allee 7-9.
Täglich: Der wilde Jäger.
rom. Sage in 1 Akt u. 2 Aufz. in 4 Akte v. Hugo Schütz, Musik v. H. Reichen. — Ballett mit Vertung d. Ballettmeisterin Prof. Börling. — Auftreten d. Excentric-Gesellschaft Molly-Berch, d. Grotesque-Tänzerin Gebr. Marcks, Tausend Quartett, Liebes-Trippe, Akrobaten, Brothers Jolly, Permatokodier, Fred u. Ray, Chitonen, The Greenwood, Pantomime: „Die zwölf Schmeißer“ — Konzert. — Im Saal: Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 20 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kalbo.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Im prachtvollen Natur-Garten jeden Sonntag u. Donnerstag immoist. Solire der „Norddeutschen Quartett-Sänger“
Gänge, Gänse, Walden etc.
Anfang Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf. Donnerstags 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag u. Sonntag im gr. Saal Tausendkränzchen.
Tanz frei!
Donnerstags haben die im Winter angelegenen Vereinsbühnen u. Vasenportikus Gültigkeit.
Säle und Garten zu Heilpflanzen.
Die Kaffeeküche ist von 4 Uhr an geöffnet. 48924

Puhlmanns Vaudeville-Theater.
Schönhauser-Allee 148.
Kastanien-Allee 97-99.
Täglich:
Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Künstler I. Ranges. — Im renovierten Saal: Großer Ball. — Anfang 4 Uhr. Lehmann.

Halensee.
Sommer-Theater „Kurfürstentpark“
Ludwig Kluge.
Kritik. Leitung: Direktor Oskar Wagner.
Heute und folgende Tage:
Odysseus Heimkehr.
Einführung von Oskar Wagner. Musik von Felix Krause. 14894

Etablissement „See-Terrasse“
Röderstr. 6, zwischen Landsb. Allee (Steuerhaus) und Lichtenberg.
Grösstes und vornehmstes Sommer-Etablissement Berlins.
Erstrangige Konzerte.
Gondel-Korso auf dem herrlichen 3/4 Morgen grossen See.
Variété-Theater. * 4 grosse Kegelbahnen.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Grosses Tanz-Kränzchen.
Aussichtsturm. Grosse Luftschaukel. Kinder-Sportplatz.
Entree (Sonntags und Wochentags 10 Pfg.) an Feiertagen 20 „ (an Elite-Tagen 50 „) Kinder frei.

Victoria-Theater.
Alexanderplatz.
Heute/Jeden Generalprobe geschlossen. Freitags zum 100mal.
Sündige Liebe.
Sensationsstück in 4 Akte v. H. Reichenmann.
!! Kleine Preise !!
Anfang 8 Uhr.

Belle-Alliance-Theater.
Im herrlichen Sommergarten:
Grosses Militär-Doppel-Konzert.
Spezialität vornehmster Genres.
Weltbekannte Administration.
!! Sensationelle Neuheit !!
Im Märchenwald.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 75 Pf. Ende 11 Uhr.

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater, Spezialitäten, Ball.
Volksbelustigungen aller Art.
Jeden Abend „Es ist erreicht“.
Jeden Mittwoch: Kinderfest.

Victoria-Brauerei.
Lützowstr. 111/112.
Im Garten oder Saal
Täglich:
Norddeutsche Sänger (Hühmann, Horst, Walde).
Anfang: Sonntag 7, Montag 8 Uhr.
Entree 10 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billetts 3 St. 1 M. Pons nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstags: Tausendkränzchen.

Deutsche Konzert-Hallen
Stadtbahnhof Börse.
Täglich:
Grosse Theater- und Variété-Vorstellung.
Die humoristischen Bildsch. Groß. Zimmermann, Gursch, Benart.
„Die Lucia von Nizdorf“
Jeweils
Sergeant Schneidig und militärische Eindrücke.
Beginn der ausländischen Operier wochent. 6 Uhr, der Theaterab. 8 Uhr.

Im Zoologischen Garten
Ausstellung unserer neuesten Landsleute
SAMOANER
Samoanisch. Dorf im Kranz grüner Palmen.
Eingeborne aus Samoa: Männer, Frauen, Kinder, Häuptlinge, Dorfjungfrau.
Krieger in vollem Kriegsschmuck.
Hochinteressante, einzig in der Welt dastehende Vorstellungen!
Grosse ethnologische Sammlung!
Geöffnet v. 9-12 u. 3-8 Uhr. Vorführungen: 11, 3, 5, 6 1/2 Uhr. Einlagen nach Bedarf.
Entree: Eingang am Bahnhof Zoolog. Garten 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Gartenbesucher zahlen 25 Pf. Kinder 15 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
Friedrichstr. 13-15.
Kritische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Doppel-Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Häbels Truppe — Brothers Hildert — Mih. Ella — Dr. Alphonse — Karl Kramer — Minna Schön (erstklassige Spezialitäten).
Jeden Montag: Sommerfest. — Mittwoch: Die beliebtesten Kinderstücke. — Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr an geöffnet.
2 hochdelegante Kegelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
Sonntag, Montag und Donnerstag: Familien-Kränzchen.
Max Klem.

Neue Mühle bei Königs-Wusterhausen.
In Dampf- und Landpartien vorzüglich geeignet.
Otto Beyers Restaurant „Zur Schleuse“
1000 Personen fassend. Kegelbahnen, Kaffeeküche, Volksbelustigungen. 14185
Für Vereine und Familien coulante Bedingungen.
Einzig Dampfer-Anlegestelle in Neue Mühle.

Reichshafen.
Täglich: Stettiner Sänger.
Anfang:
Freitag 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.

Chronische Leiden
Jeder Art ohne Berufshörung.
Institut Jost, Chausseestr. 117, I. v. 9-3, 5-9, Sonntag 9-7.
Arbeitslosen 20 Proz. Ermäßigung.

Arbeits-Anzüge
Für jeden Industriellen konfekt man billig bei (48724)
Adolf Wecker
3. Molkenmarkt 3.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant (Zahlfest) ist sofort billig zu verkaufen. Näheres Bernauerstr. 63 im Schaufenster.
Restaurant, gangbares, billig zu verkaufen. Schulz, Schwarzkopffstr. 15. 14131
Gartenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14130
Elegante vorläufige Herrenkleider feine Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Bernauerstr. 10, Unter den Linden 21 II.
Angeschmückte Wintermäntel, Damenhemden, Schulterklappen mit Goldschmuck, hübsche Pelze, 1,20 und höher. Damenhosen mit hübscher Stützstrümpfen 1,25. Wäscheabdruck Louis, Alexanderstr. 30, I. Bernauerstr. 10. 14132
Eleg. Schloßstr. 76. Ute Henselburgerstr. Lager fertiger Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe. Aufertigung nach Maß in allen Preisen. Preis-Hausung.
Betten, prachtvoller Stand 12,00, weichenhaft 16,50. Gubenstr. 3. 14133
Betten, Strohbetten, Gärten, prachtvoll verhängt. Bernauerstr. 6.
Reinwäschereien. Reinwäschereien, hochbillig verhängt. Bernauerstr. 6.
Tepiche, prachtvoll verhängt. Bernauerstr. 6. 2134
Bettstellen. „Baby“, Reinwäschereien, hochbillig verhängt, bei großen Stücken. 14135
Wäschegeschäft mit Kasse verkauft Krüger, Köpenickerstr. 163a. 14136

Tepiche mit Bordentwürfen, feinsten Überzüge Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14130
Taschenbänken billig. Hüh, Bernauerstr. 13b. 14131
Verbindungsstück 16, Spiegelspind, Wäschebügel 14, Bettstellen, rechte Matrassen, Sofas, Wäscheformen, wirklich preiswert! Gräber Weg 81, im Keller. 14137
Möbelverkauf. Gelegenheits. Niederstühle, Bettst. Tisch, Spiegel, Schreibstisch, Sofas, Bettstellen, Rückenmöbel, gebrauchte Möbel billig. Schicklerstr. 70, I. kein Laden. 14138
Fahrräder. Teilzahlung, mögliche Anzahlung. Lager vierwädriger Radschienen, Babynauer, 18 Pfund, Strahnenreiner, Luxus-Damenräder, zweifacher, Kinderräder, Anhängewagen direkt aus Fabrik. Imperial! Dierichs Bachstr. 33. 14139
Rahmschnecken sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Postkarte, Vandoberger, Vandobergerstr. 35, kein Laden. 14140
Gastgeber. Sparsystem, Preis 6,00, Dreifach 10,00, Wadbraten 15,00, Gasplättchen, Schneide-Blagenapparate billig. Teilzahlung. Vandoberger, Vandobergerstr. 35. 14141
Wahrscheinlich 45 Mark 3 Mark, Branner, Andreasstr. 63. 14142
Lebendes Kätzchen Götterstr. 5. 14143
Strohbetten am billigsten. Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 14144
Krankeithalber billig eine Restauration zu verkaufen. Schulstr. 43. 14145
Uhren, Goldwaren. Teilzahlung. Bekanntheit. Christlich. Luis. Köpenickerstr. 92. 14146

Vermischte Anzeigen.
Jungen werden gebeten, sich zu melden bei Sudsch. Kastanien-Allee 10, vom IV. welche gesehen haben, wie ein Mann mittags gegen 12 Uhr am 20. Mai in der Besessenenstr. nahe Weinbergweg auf Veranlassung des Polizei-Inspektors arretiert wurde. Besonders der Herr, der sich als Junge angebend hat und im Hufe der Polizeiwache vom Schuttmann zurückgewiesen wurde, wird gebeten, sich zu melden. Unkosten werden vergütet. 14188
Unfallkosten. Riegen, Eingaben, Reklamationen. Fußgänger, Steigbügelstr. 65. 13806
Violin, Klavier, Pianon. Gell. Unterricht, monatlich 4 Mark, Oranienstr. 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Art. Fertigt Ferdinand Kleinert, W. Lützowstr. 68, 2. Hof parterre. 23876

Vermietungen.
Schlafstellen.
Wohlerie Schlafstelle sofort für Herren (Separat) 6 Mark. Bernauerstr. 61, Hof III. 14176
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Wunder Schiffsachter bietet um Arbeit. Stelle werden gut gehalten, dieselben werden abgeholt und zurückgeliefert. Götter, Wulffstr. 27. 14177
Stellenangebote.
Verfäherer verlangt Biering, Wulffstr. 10. 14178

Barockvergoldeter und Goldschmuck haben dauernde Beschäftigung Goldbleichfabrik Alexandrinenstr. 25.
Tüchtiger goldbleicher wird gesucht. Goldbleichfabrik, Alexandrinenstr. 25. 1972
Barockvergoldeter verlangt Krüger, Köpenickerstr. 32. 14190
Tüchtige Goldschmuck bei dauernder Beschäftigung verlangt Goldbleichfabrik Alexandrinenstr. 25. 14191
Gebore Familien gesucht. Köpenickerstr. 11, Dreibrünnelstr. 2048
Tüchtige Barockvergoldeter, 15 bis 20 Mark woch. Joch. Köpenickerstr. 32. 14192
Neu-Platten externen junge Mädchen. Bader verdient nach kurzer Zeit. Joch. Bernauerstr. 11. 14193
Plattierinnen auf Umgelegt. Im und auserm Hause verlangt Joch. Bernauerstr. 11. 14194
Einflussreichen verlangt. Köpenickerstr. 11. 14195
Tüchtige Kartonschneiderinnen verlangt Joch. Bernauerstr. 11. 14196
Gebore Kartonschneiderinnen und Bedienerinnen werden verlangt. Götter und Lange, Köpenickerstr. 154. 14197
Wassers. Joch. Bernauerstr. 11. 14198
Wassers. Joch. Bernauerstr. 11. 14199

Mädchenjackets Arbeiterinnen und Beschäftigten verlangt Joch. Bernauerstr. 11. 14199
Tüchtige auf Jacketts, Lohn bis 24 Mark, verlangt Van, Bernauerstr. 29 III. 14200
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.
Beruflicher für Modistenfabrik, der mit Reklamations und Krediten vertraut ist, sucht. Wertmeiser, Bernauerstr. 194.
Einige Korbmacher finden lohnende Beschäftigung bei Calm & Ahlfeld (48942) Rohwarenfabrik Bernauerstr. Suchen für unsere Betriebe einen selbständigen Betriebsleiter. Vorzug Cigarettenmacher, der die keine Kundhaft kennt. Adressen unter X. S. 41 Postamt 43.
Mahlung, Drehstiel!
Bei der Firma Voeltzkow, Mitterstr. 15, haben 15 Kollegen wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Krisenverwaltung.
Achtung!
Parkettleger, Bauhandwerker!
Die Firmen Danke & Peter und Götter-Classen sind geschlossen!
Die Kommission.

Partei-Nachrichten.

Das zehnjährige Jubiläum ihres Bestehens konnte dieser Tage die „Vergliche Arbeiterstimme“ in Solingen begehen. Am 1. Juni 1890 erschien die erste Nummer dieses Blatts, nachdem 14 Tage vorher eine Probenummer in einer Massenaufgabe herausgegeben und verbreitet worden war. Es war der frühere socialdemokratische Reichstags-Abgeordnete Schumacher, der sich namentlich um die Gründung des Blatts verdient machte. Leider aber war auch er derjenige, welcher später seiner eigenen Schöpfung ganz außerordentliche Schwierigkeiten bereite; sein Parteiorgan hat wohl so viel unter inneren Parteikämpfen zu leiden gehabt, als dieses. Den Höhepunkt erreichten diese Konflikte im Herbst 1894, als Schumacher und sein Anhang soweit gingen, direkt auf den Ruin der „Arbeiterstimme“ hinzuwirken. Anfang 1895 gründeten Schumacher und Genossen sogar ein Konkurrenzblatt, die „Solinger Freie Presse“. — Redacteurs des Blatts sind namentlich gewesen: Erichsen (zugleich Drucker), Schumacher, Guth (jetzt in Brandenburg), Wilde und Franzen. Die Leitung des seit 1891 in eine Genossenschaft umgewandelten Geschäfts hatte bis zu seinem 1899 erfolgten Tode der Genosse Laissen, der sich neben den Genossen in der Redaktion sehr um die Förderung des Blatts verdient gemacht hat. Neben diesen inneren Kämpfen wurde der Kampf gegen die natürl. Gegner durchaus nicht vernachlässigt. Doch dabei die Redacteurs mit den Strafparagrafen des Preßgesetzes in Verührung kamen, ist selbstverständlich. Das Strafconto der „Verglichen Arbeiterstimme“ wurde wie folgt belastet. Die beiden ersten Redacteurs, Erichsen und Schumacher sind nicht in den Mäßen der preßgesetzlichen Bestimmungen hängen geblieben. Sämlicher erging es schon dem Genossen Guth, der wegen „Beleidigung“ in mehreren Fällen zu einigen hundert Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Schwerer mußte Genosse Wilde seine redaktionelle Thätigkeit büßen. Im ganzen wurde Wilde zu 18 Monaten Gefängnis und einer geringeren Geldstrafe verurteilt, anschließend wegen Verleumdung. Seit anfangs Februar 1894 zeichnete Genosse Franzen als verantwortlicher Redacteur. Obgleich manche Anklage gegen ihn erhoben wurde, ist es bis jetzt nur bei Geldstrafen geblieben. Verurteilt wurde Franzen ebenfalls wegen Verleumdung in vier Fällen zu 400 M., von einigen kleineren Strafen abgesehen. Der verstorbene Genosse Laissen, der eine Zeit lang für den Infertentent verantwortlich zeichnete, mußte acht Tage Gefängnisstrafe wegen Verleumdung verbüßen. Die Abonnementzahl der „Arbeiterstimme“ ist langsam aber stetig gewachsen, so daß beschlossen werden konnte, das jetzt wöchentlich dreimal erscheinende Blatt vom Jubiläumstage an täglich herauszugeben. Technische Schwierigkeiten zwangen, diese Neuerung bis zum 1. Juli hinauszuschieben.

Den deutschen Arbeitern, die den Internationalen Kongress und die Weltausstellung in Paris zu besuchen gedenken, sei nochmals mitgeteilt, daß der deutsche Vorklub 82 Rue Trocadere de Nazareth, 8. Arrondissement, Brasserie des Trois Suisses, Paris, bereit ist, den deutschen Genossen mit Rat und That zur Seite zu stehen, und daß er den in Paris anwesenden Genossen seine Räume, in denen deutsche Zeitungen u. aufliegen, zur Verfügung stellt. —

Sociales.

Die Konferenz der Vorstände statistischer Ämter deutscher Städte, die am 7. d. Mts. in Strahlburg i. E. zusammengetreten war, hat am Montag ihre Verhandlungen beendet. Aus der dieses Jahr besonders umfangreichen Tagesordnung ist hauptsächlich hervorzuheben die Fertigstellung der Entwürfe von Formularen für die städtischen Verwaltungsbehörden, wobei auf die Vergleichbarkeit gewisser Vorgänge und Ergebnisse der Verwaltungstätigkeit der großen Städte besonderes Gewicht gelegt wird. Eine eingehende Würdigung fanden sodann die Vorbereitungen zur Ausführung der nächsten Volkszählung. Auch hierbei handelte es sich im wesentlichen um die Erzielung einer Einigung über die möglichst gleichmäßige Auszählung der Bevölkerung. Die auf Anregung der Städtestatistiker in das vom Reich festgestellte Formular aufgenommene Frage nach dem Beschäftigungsort und dem Wohnort, welche besonders für die größeren Städte außerordentliches Interesse gewinnt, fand eingehende Besprechung. Einzelne Städte beabsichtigen auch, die Dauer des Aufenthalts zu erfragen. Ebenso finden in einer größeren Anzahl von Städten Erhebungen über die Wohnungsverhältnisse und den Wohnungsmarkt statt. Wichtig war sodann die Beratung bezüglich der Bearbeitung einer Statistik über die Verteilung des Grundeigentums. Bezüglich der Beschaffung und Mitwirkung der statistischen Ämter an der Dresdener Städte-Ausstellung von 1903, welche ein Bild von der Entwicklung des deutschen Städtelebens am Ende des Jahrhunderts bieten soll, wird für die nächstjährige Konferenz ein festes Programm ausgearbeitet werden. Sämtliche Konferenzmitglieder haben ihre Mitwirkung an einer längeren Zeitraum umfassenden vergleichenden Darstellung der bisher im „Statistischen Jahrbuch“ behandelten Abchnitte zugesagt. Die Beratung der Finanzstatistik, die Revision des Flitzer-Ladnerschen Todesursachensystems, die Herausgabe des „Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte“ und der Statistik der Lebensmittelpreise bildeten den Schluß der Verhandlungen.

Eine Ungeheuerlichkeit in Bezug auf die Gewerbegerichts-Wahlen wird uns aus dem Industriedorf Torgelow berichtet. Für den Kreis Uckermünde besteht ein Kreis-Gewerbegericht, welches in zwei Kammern eingeteilt ist. Die 1. Kammer 1 ist Uckermünde, die 2. Kammer 2 ist Paretz. Die 1. Kammer 1 gehört die Gruppe Eisenindustrie. Der Sitz der Eisenindustrie ist Torgelow. Dort sind circa 300 erwachsene Arbeiter in der Eisenindustrie beschäftigt, während in Uckermünde nur etwa 20 bis 25 Arbeiter der gleichen Branche beschäftigt sind. Das Wahllokal für die Kammer 1 ist aber einzig und allein in Uckermünde. Wollen nun die mindestens 300 Wahlberechtigten von Torgelow ihr Wahlrecht ausüben, so müssen sie sam und sonders nach Uckermünde reisen! (13 Kilometer Eisenbahnfahrt). Die Wege liegen aber so unangenehm, daß das einfach nicht anders möglich ist, als einen halben Tag Arbeit zu vermissen, wenn man wählen will. Machen also die Torgelower Arbeiter von ihrem Recht Gebrauch, so müßten die Fabriken auf einen halben Tag geschlossen werden! Natürlich trifft in Wirklichkeit das Gegenteil ein, die Arbeiter verzichten auf ihr Wahlrecht. Bei der letzten Wahl (1898) haben von ca. 300 Wahlberechtigten 17 (!) Mann ihr Wahlrecht ausgeübt. Diejenige unheilbare Zustand sollte nun ein Ende gemacht werden. Die 1. Kammer 1 der Arbeiter begaben sich zu dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, dem laut Kreisstatut die Festsetzung der Wahllokal obliegt, und baten, außer dem Wahllokal in Uckermünde ein solches in Torgelow zu errichten. Damit wäre die ganze Frage zu aller Zufriedenheit erledigt, denn auch die Arbeiter haben doch Interesse, daß in Torgelow gewählt wird. Man glaubte sicher, daß dem Ersuchen entsprochen würde. Aber weit gefehlt! Der Herr Vorsitzende erklärte einfach: Es wird da gewählt, wo der Sitz des Gewerbegerichts ist! Weitere Schritte sind eingeleitet. Ob sie helfen?

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Der Wahlverein veranstaltet am Sonntag, den 17. Juni, einen Familien-Ausflug nach Hirschgarten (Büvert's Restaurant zum Ausflugssturm). Abfahrt vormittag 10 Uhr vom Schlesischen Bahnhof. Regte Beteiligung wird erwartet.

Die Parteigenossen von Britz veranstalten am Sonntag in Bätziges Konzertpark, Chausseestr. 39, ein Solal- und Instrumental-Konzert und eruchen die Arbeiterschaft um regen Besuch. Siehe Inserat am Sonnabend.

Lokales.

Zweifelhafte Banktische sollen die gegenwärtig im Bau begriffenen neuen Gemeindefschulen, die drei Doppelschulen in der Dunder, der Oberberger- und der Rosioferstraße und die einfache Schule in der Grenzstraße bekommen. In den von der Stadtverordneten-Versammlung vor drei Jahren genehmigten Kostenanschlag für diese Schulen waren die Kosten für drei- und vierstellige Banktische eingestellt worden. Wegen der durch die Beschaffung zweifelhafte Banktische entstehenden Mehrkosten im Gesamtbetrag von 21 000 M. für die oben genannten sieben Schulen hat der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung eine besondere Vorlage zugehen lassen. Darin wird der Uebergang zu dem zweifelhafte Banktischen damit begründet, daß das ältere System nicht mehr den jetzigen hygienischen Anforderungen entsprechende. Aus diesem Grunde seien auch schon in den beiden zu Opfern fertig gewordenen neuen Doppelschulen in der Plogauer- und in der Wilmsstraße zweifelhafte Banktische aufgestellt worden. „Wir sind aber der Ansicht“, sagt der Magistrat in der Vorlage, „daß die Wiederverwendung der veralteten drei- und vierstelligen Banktische unter keinen Umständen zugelassen werden dürfe, wenn man, nachdem man schon für einige Schulen moderne Substanz beschafft worden sind, jetzt zu der alten Substanz zurückkehren würde, zumal sich die Beschaffung der zweifelhafte Substanz im Verhältnis zu den Gesamtkosten mit vergleichsweise geringen Mehrkosten erreichen läßt.“ — Es ist in den beteiligten Kreisen schon seit langem nicht „verstanden“ worden, daß man für die Gemeindefschulen nicht schon viel früher zu dem zweifelhafte System übergegangen ist. Anscheinend sollen für neue Gemeindefschulen künftig überhaupt nur noch zweifelhafte Banktische beschafft werden. Das wäre mit großer Freude zu begrüßen. Hoffentlich entschließt sich die Schulverwaltung dann bald zu dem weiteren Schritt, auch für die älteren Schulen eine allmähliche Vereinfachung des veralteten Banktischen durchzuführen. Unter den Vorzügen der zweifelhafte Banktische ist einer, der für Berliner Verhältnisse ganz besonders wichtig ist: sie erschweren eine zu weitgehende Ausnutzung des Raums. Auf einer vierstelligen Bank läßt sich nur ein bis zwei Kinder unterbringen, auf einer zweifelhafte Bank nicht gut ein drittes mitaufnehmen.

Wie lebhaft noch immer das Interesse für die Sache Riechen ist, geht daraus hervor, daß an den Verteidiger Rechtsanwalt Victor Frankl neuerdings wieder verschiedene Zuschriften gelangt sind, in denen neue Zeugen bisher unbekanntes Thatfachen mitteilen. Alle diese Mitteilungen werden sorgfältig geprüft. Unter andrem wurde der Verteidiger darauf hingewiesen, daß in einem Orte Thüringens ein Barbier August Wilhelm lebe, der seit einigen Jahren trübsinnig sei. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß in der That an fraglichen Orte ein Barbier existiert, der denselben Namen wie der verschwundene Lehrling Riechens führt, doch ergab sich gleichzeitig ohne weiteres, daß die Identität nicht vorhanden war.

Ueber Herrn Dr. Leo als Gewerbeichter bringt auch die neueste Nummer des Anzeigenblatts der Schneider und Schneiderinnen seltsame Mitteilungen. Herrn Dr. Leo lag eine Klage vor, in der ein Schneider einige Ueberstunden tarifmäßig mit je einer Mark entschädigt verlangte, während der beklagte Unternehmer nur den gewöhnlichen Stundenlohn zahlen wollte. Er machte geltend, daß der Arbeiter am 1. Mai gefeiert und die Arbeitsruhe im Einverständnis mit ihm, dem Unternehmer, durch Ueberstunden wieder eingeholt hätte, welche als Ersatz für die an einem nicht gesetzlichen Feiertag empfangene Arbeitsleistung nur nach dem einfachen Tarif zu bezahlen wären.

Als die Angelegenheit vor Herrn Dr. Leo verhandelt wurde, gab dieser Richter sein Urteil über die beanspruchte Höhe des Stundenlohns in den Worten zum besten, daß ein solcher Lohn ja unerhört sei; kein Rechtsanwalt oder Arzt und auch er selbst als Richter verdiene so viel. Zum Unternehmer gewendet, fragte Herr Dr. Leo: Und so viel bezahlen Sie?! Es sei hier bemerkt, daß das Klage-Objekt 41 M. und einige Pfennig betrug, der Unternehmer aber noch seiner Rechnung 39,10 M. bezahlen wollte; ohne irgend welche von den Parteien gegebene Veranlassung wies nun Herr Dr. Leo den Unternehmer noch darauf hin, daß er außerdem gesetzlich berechtigt sei, so und so viel Prozent als Schadenersatz abzuziehen, so daß die Summe auf 38,25 M. sinke. Der Unternehmer machte von diesem Rate lächerlicherweise keinen Gebrauch, und da der Richter dem Kläger riet, dessen Anerbieten anzunehmen, da er sonst bei einem neuen Termin die Kosten event. auch für die Zeugen bezahlen müßte, so fügte er sich schließlich dem Angebot des Unternehmers.

Vorher hatte der Kläger noch versucht, seine Meinung über die Bezahlung der Ueberstunden zum Ausdruck zu bringen, jedoch wurde er vom Richter mit dem Bemerkens unterbrochen, daß er hier keine Versammlungsbredien halten solle. Als der Kläger noch eine Frage stellen wollte, entgegnete der Richter: Sie haben überhaupt nichts zu sagen.

Während der Zeit, als die Formalitäten wegen des Vergleichs vor sich gingen, gab Herr Dr. Leo dem Unternehmer noch seine Meinung darüber zum besten, wie er über die Forderungen der Arbeiter denke und welche indirekte Mithilfe er bei dem letzten Streit der Schneider den Unternehmern geleistet hätte. Er führte aus, daß die Kundschaft es so machen müßte wie er, sie müßte so lange warten, bis die Schneider zu Kreuze gefahren seien, die müssen erst Mühe gemacht werden und ausbuntern.“ Letztere beide Bemerkungen sollen wiederholt von dem Richter gefallen sein.

Man darf wohl auf eine amtliche Klärung dieser peinlichen Angelegenheit rechnen.

Erstrenliche Zeichen. In hiesigen Zeitungen fand sich vor kurzem die Mitteilung, daß bei der Post empfindlicher Wangen an Unterbeamen ten veripirt werde. Diese Meldung ist in den letzten Tagen wiederholt worden. Die Blätter begingen dabei jedesmal die Unvorsichtigkeit, die ersärende niedrigen Gehaltsätze der Post- und Telegraphen-Unterbeamten anzugeben und dadurch solche jungen Leute, denen die Beamtenkarriere verlockend erscheinen möchte, von vornherein abzuwickeln. Auch im Eisenbahnbetrieb soll von Ueberfluß an Arbeitskräften keine Rede sein, und die Thatsache, daß manche Eisenbahnarbeiter es trotz jahrelanger Dienstzeit vorgezogen haben, sich bei den hiesigen Straßenbahn-Gesellschaften um Stellung zu bemühen, mag ebenfalls in der höheren Bureaunkratie gerade kein Vergehen erwecken.

Dem vorgeschrittenen Socialpolitiker sind dies erstrenliche Zeichen. Sie lehren, wie immer weitere Kreise des Proletariats die längliche Entlohnung der staatlichen Unterbeamten und Arbeiter, die an sie gestellte Zumutung, auf das unentbehrliche Koalitionsrecht und auf die Zugehörigkeit zur Socialdemokratie zu verzichten, für etwas Unerträgliches halten. Die harte Nacht der Thatfachen zwingt den Staat so, wenn auch nicht

heute, so doch in kommenden Tagen, es entweder nach agrarischem Begehr mit ausländischen Kulis, die auch ihre Wäden haben, zu probieren, oder den deutschen Arbeitern wenigstens so viel an Einkommen und persönlicher Freiheit zu gewähren, als so mancher private Scharfmacher ihnen auch wohl oder übel hat zu billigen müssen.

Ueber zu frühen Beginn des Schulunterrichts im Sommer — bei der Mehrzahl der Schulen selbst für die kleinsten Kinder bereits um 7 Uhr — ist in Berlin vielfach gellagt worden. In Dresden sind in dieser Angelegenheit, gemäß einem Stadtverordneten-Beschluß, die Eltern der die Bürger- bzw. die Bezirksschulen (Volksschulen) besuchenden Kinder befragt worden. Das Ergebnis der Umfrage, bearbeitet vom Dresdener Statistischen Amt, ist jetzt der Stadtverordneten-Versammlung vorgelegt worden. Für 7 Uhr stimmten die Eltern oder Erzieher von 4047 Bürgerkindern, 15 096 Bezirksschülern, zusammen 19 143 Kindern, für 8 Uhr dagegen die Eltern oder Erzieher von nur 935 Bürgerkindern, 1281 Bezirksschülern, zusammen 2206 Kindern. Die Unterscheidung nach Berufen ergibt, daß gerade von den „Keinen Leuten“ die meisten den 7 Uhr-Anfang wünschten. Den geringsten Beifall fand der 7 Uhr-Anfang bei den höheren Justiz- und Verwaltungsbeamten und den Rechtsanwaltschaften, den Jäcksten bei den Dienstmännern; von jenen stimmten nur knapp 61 Proz., von diesen 96 2/3 Proz. für 7 Uhr. Zu beachten ist ferner, daß in Dresden nur in den Monaten Juni bis August bereits um 7 Uhr begonnen wird. Das Abstimmungsergebnis wäre vermutlich anders ausgefallen, wenn der Unterricht — wie in Berlin — in dem ganzen Sommerhalbjahr von April bis Ende September um 7 Uhr anfinge.

Auf eine bedenkliche Weise scheint man der infolge der Auflösung der Privatposten eingetretenen Ueberlastung der Postbeamten abhelfen zu wollen. Schon mehrfach ist beschwerde darüber geäußert worden, daß die Bestellung der Postämter mangelhaft vor sich geht, was meistens darin seine Ursache haben mag, daß die Briefträger die ihnen aufgebüdete Arbeit nicht mehr bewältigen können. Auf eine solche Beschwerde ist einem unserer Leser vom Postamt 21 folgendes geantwortet worden:

Die von Ihnen beklagte bedauerliche Verspätung bei der ersten Bestellung Ihrer Postämter ist darauf zurückzuführen, daß eine ungewöhnlich große Zahl von Postsendungen zur Bestellung vorlag und der betreffende Briefträger glaubte, innerhalb der vorgeschriebenen Zeit nicht mit der Bestellung fertig werden zu können. Er hat daher eigenmächtig die Bestellung abgebrochen, um die zweite Bestellung rechtzeitig antreten zu können. Für die Zukunft ist den Briefträgern jedoch ein derartiges Verfahren unterlagt worden.

Solche Abhilfe ist für Publikum und Beamte gleich probat. Wenn der Briefträger außer stande ist, die ihm übergebenen Postsendungen in der vorgeschriebenen Zeit zu bestellen, so läuft er eben so lange, bis er mit allem fertig ist und tritt den zweiten Postgang um soviel später an. Dann kann sich niemand beschweren, daß er seine Postsendungen nicht mit der betreffenden Bestellung erhalten habe!

Der Stadtrat Marggraf ist gestern bei einem Epizotritt in Groß-Lichterfelde gestürzt. Herr Marggraf hat empfindliche Verletzungen davongetragen.

Die Zahl der nützlich obdachlosen Proletarier, welche im „wunderbaren Monat Mai“ dieses Jahres im städtischen Obdach Zuflucht suchten und fanden, betrug 18 428. Darunter befanden sich 17 447 Männer und 981 Frauen. Von diesen Personen wurden 16 dem Krankenhaus in Friedrichshain, 81 dem Krankenhaus Moabit, 18 der Charite, 4 der Anstalt für Epileptische „Wuhlgarten“, 23 der Geschlechtskrankenstation und 288 der Polizei überwiesen. — Gebadet haben im städtischen Obdach 9724 Personen.

Am 1. Juni d. J. befanden sich in der Anstalt ferner 98 obdachlose Familien mit 318 Personen und 77 Einzelpersonen — gegen 98 Familien mit 359 Personen und 81 Einzelpersonen am 1. Mai 1900.

Das Rohrpost-Porto wird nicht herabgesetzt werden. Ein entsprechendes Gesuch des Bundes der Industriellen ist vom Reichs-Postamt unter ziemlich nichtsfagender Begründung abgelehnt worden.

Wozu Herr Thielen keine Zeit hat. Vor etwa vier Wochen reichte das Komitee der Erholungsstätte vom Roten Kreuz in der „Zunferneheide“ dem Herrn Eisenbahnminister ein Gesuch ein, daß er den Patienten dieser Erholungsstätte die Benutzung von Arbeiter-Workenkarten auch außerhalb der sonst vorgeschriebenen Stunden gestattet möge. Zur Beantwortung dieses Gesuchs scheint Herr Thielen bisher keine Zeit gehabt zu haben, denn noch immer werden den Arbeitern, welche die Erholungsstätte als Patienten besuchen, von den Eisenbahnbeamten Schwierigkeiten gemacht. Freilich hatte ja auch Herr Thielen inzwischen wichtigeres zu thun: er mußte ja die „Große Berliner“ gegen ihre Angestellten „scharf machen“!

Die Einweihung der Lungenheilstätte für Frauen, die von der Landes-Bezirgsverwaltung Brandenburg in der Kottbusser Fernstr. errichtet worden ist, hat gestern in feierlicher Weise stattgefunden. Die Anstalt liegt in der Nähe der Haltestelle Kottbus in Mitten eines 2000 Morgen großen Waldes und bietet Platz für 110 Kranke. Alle Krankenzimmer sind nach Süden gerichtet, die Gebäude selbst halten alle schädlichen Winde ab. Zur Anstalt gehört ein prächtiger Garten. Sie ist bereits seit Montag in Betrieb genommen und mit 14 Frauen und Mädchen besetzt worden.

Ein Opfer seines Berufes ist der praktische Arzt Dr. Friedrich Rudin in Steglitzerstr. 66 wohnhaft, geworden. Er hatte sich vor etwa drei Wochen bei einer Operation eine Blutvergiftung zugezogen, der er am Montagabend erlegen ist. Der Verstorbene, der erst 37 Jahre alt war, zählte zu den bekannteren Aerzten Berlins. Er war einer der ersten Vorkämpfer der freien Arztwahl und gab die „Medizinische Reform“ zuerst gemeinsam mit Dr. Hegmann heraus. Daneben hatte er als langjähriger Assistent von Professor Schäffer sich Uebung und Ruf als Chirurg erworben.

In seiner Wohnung erschossen hat sich in der vergangenen Nacht der Tischler Adolf Pettrich, der Holzmarktstr. 37 wohnte. Pettrich war seit längerer Zeit arbeitslos.

Beim Spielen ertrunken ist Dienstagmorgen der acht Jahre alte Sohn Erich der Witwe Schulz aus der Königin Augustastr. 11. Der Knabe spielte mit mehreren andren in der Nähe der elterlichen Wohnung am Landwehrkanal, verlor auf der steinernen Ladetreppe das Gleichgewicht und fiel ins Wasser.

Von seinem eignen Wagen überfahren und getödtet wurde Dienstagmorgen der russische Franz Müller vom Kottbusser Damm. Müller fiel, wahrscheinlich im Schlaf, von seinem mit Schutt beladenen Wagen, wurde überfahren und innerlich wie äußerlich so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

Feuerbericht. Ein größerer Dachstuhlbrand erfolgte Mittwochmorgen 5 Uhr in der Polliadenstr. 34. Ein erheblicher Teil der Dachkonstruktion wurde eingestürzt. Vorher hatten Steglitzerstr. 3 und Koch's Franzfurterstr. 73 Drogen Feuer gefangen, das in beiden Fällen erlosch, bevor es großen Umfang annahm. Dienstagabend ging Köpenickerstr. 118 der Inhalt eines Schaufensters in Flammen auf. Nichtbosenstr. 33 und Anklamersstr. 52 waren kleine Zimmerbrände zu beseitigen. Fußboden und Schaldecke wurden in Schaufenstr. 72a durch Feuer beschädigt, während Wiesenstr. 17 und Püchlerstr. 3 Padmaterial eingestürzt wurde.

Aus den Nachbarorten.

Der Aufsichtsrat der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn hat beschlossen, der am 27. d. M. stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 3 Proz. vorzuschlagen. Es ist de-

abstättigt, die Kosten für den Ausbau der neuen Anlagen in Berlin und Wilmsdorf, welche bei vorsichtiger Veranschlagung sich auf rund 4 Millionen Mark belaufen werden, durch Ausgabe von 8 Millionen Mark neuer Aktien und 1 Million Mark Obligationen aufzubringen. Von dem Betrag der neuen Aktien werden voraussichtlich im laufenden Geschäftsjahre nur 25 Proz. benötigt, während der Rest von 75 Proz. erst im Laufe des nächsten Jahres nach Maßgabe des fortschreitenden Baues zur Ausgabe gelangen soll. Das Unternehmen wird nach seiner Fertigstellung über 100 Kilometer (gegenüber früheren 27 Kilometer Pferdebahnlinien) betragen und das gesamte Gesellschaftskapital wird sich auf 9 Millionen Mark Aktien und 8 Millionen Mark Obligationen belaufen.

Aus Ober-Schönweide wird uns berichtet: Trotz aller unangenehmen Erfahrungen, die dem Amtsvorsteher Kottmeier durch die gerichtlichen Entscheidungen bereit worden sind, welche infolge seines geschwätigen Vorgehens gegen den Arbeiterbildungsverein notwendig waren, setzt dieser Beamte den Kampf gegen den Verein fort. Seine letzte Niederlage bestand in der Freisprechung des Parteigenossen Funke, der sich dadurch vergangen haben sollte, daß er ein Vereinsmitglied nicht abgemeldet hatte. Vorher war schon der Parteigenosse Grünow wegen desselben Vergehens unter Anklage gestellt und freigesprochen worden. Auf welche Weise der Verein bekämpft wird, lehrt ein Beispiel aus dem Monat März. In letzter Stunde erging die Verfügung, daß eine angemeldete Versammlung nur in dem Saale des Lokals, wo sie stattfinden sollte, tagen dürfe. Der Saal war nicht geeignet; trotzdem blieben die Parteigenossen unter gutem Humor versammelt. Eine der nächsten Versammlungen wurde dann ohne Angabe von Gründen unterfangt. Am vergangenen Sonntag mußte eine Sitzung unterbleiben, weil der Amtsvorsteher annahm, daß sie zu spät angemeldet sei. Auch gegen diese Maßnahme ist Beschwerde eingelegt worden. Alle solche Vorgänge haben bis jetzt keine andre Wirkung gehabt, als daß der Verein stetig stärker wurde. Wir sind überzeugt, daß auch die Parteigenossen, die dem Verein bis heute noch nicht angehören, bald ihren Beitritt erklären. Gelegenheit hierzu ist am nächsten Sonntagabend gegeben, wo in der bei John stattfindenden Versammlung Reichstags-Abgeordneter Rosenow über den Kampf ums Dasein in Natur und Gesellschaft einen Vortrag halten wird.

Kommunales aus Nitzdorf. Zur Begründung von 30 Freistellen für erholungsbedürftige Kinder in der Sommerpflanzstätte Lenzheim und von 6 Freistellen in der Brandenburgerischen Kinderheilstätte zu Colberg sind im Etat unserer Stadt die nötigen Mittel vorgesehen. In diesem Jahre haben sich nun nicht weniger als 350 Kinder um die Freistellen beworben. Es sind dies durchgängig blutarme, krophulöse und sonstige schwächliche Kinder, für welche ein Sommeraufenthalt auf dem Lande zweckmäßig wäre. Vergleiche Untersuchungen haben ergeben, daß die Zahl der Kinder, die einer Pflege in den genannten Anstalten ganz besonders dringend bedürfen, die Zahl der zur Verfügung stehenden Freistellen erheblich übersteigt. Der Magistrat hat hierzu Stellung genommen und sich dahin entschieden, daß jede Möglichkeit, in den fraglichen Pflanzstätten noch mehr kranke Kinder unterzubringen, zu benutzen sei. Leider sind in Lenzheim nur noch vier bis sechs und in Colberg nur noch sechs bis acht Plätze frei. Der Magistrat sah die Nothwendigkeit, an die Stadtverordneten mit einer entsprechenden Vorlage heranzutreten.

Der Beitritt der Stadt Nitzdorf zum Brandenburgischen Städteverband ist vom Magistrat beschlossen worden.

Die Anlieger an den sogenannten „historischen“ Straßen Nitzdorfs sollen nächstens auch zu den Straßenherstellungskosten und den Kosten der Entwässerung z. B. herangezogen werden. Es sind dies die Straßen, die schon vor dem Inkrafttreten des auf Grund des Bauausführungsgesetzes von 1875 erlassenen Ortsstatuts als Ortsstraßen ausgebaut und zum Verkehr im Orte und zum Anbau bestimmt, aber bisher ungebaut geblieben sind. Die Besitzer von Grundstücken an solchen Straßen können nicht zu den Anlagebeiträgen im Sinn des Bauausführungsgesetzes herangezogen werden. Nach andern Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts bietet jedoch § 9 des Kommunalabgaben-Gesetzes den Gemeinden eine willkommene Handhabe in einer Bestimmung, wonach sie berechtigt sind, behufs Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen, welche durch das öffentliche Interesse erfordert werden, Beiträge zu ihren Kosten von denjenigen Grundeigentümern zu erheben, denen durch jene Veranstaltungen besondere wirtschaftliche Vorteile erwachsen.“ Der Magistrat hat beschlossen, von dieser Bestimmung Gebrauch zu machen.

Reinickendorf. Im Ministerium des Innern fand dieser Tage eine Konferenz statt, die sich mit der Abführung der Klärwässer der hiesigen Kanalisation nach dem Tegeler See und der Kanäle beschäftigte. Außer verschiedenen Regierungsbeamten waren für den Kreis Nieder-Barnim der Landrat von Trechow, für Berlin Stadtrat Hirsfeldern, für Reinickendorf Amtsvorsteher Wille nebst zwei Schöffen und der Kreisphysikus Dr. Schulze anwesend. Während die Regierung auf dem Standpunkt stand, daß unbedingt Vorkehrungen getroffen werden müßten, damit die Stadt Berlin für die Folge Wasser aus Tiefbrunnen entnehme, erklärten die Vertreter der Stadt, daß das Wasser aus dem Tegeler See das denkwürdigste wäre, daß aber bereits Bohrversuche im Tegeler Forst vorgenommen worden seien. Die Angelegenheit selbst sei aber mit Schwierigkeiten verknüpft; die Ausführung des Plans würde 2 Millionen Mark und vier Jahre Zeit erfordern; jedoch hoffe man, die Zeitdauer abkürzen zu können. Eine längere Debatte rief die Frage der Ableitung der Kanalisationsabwässer der Gemeinde Reinickendorf in den Tegeler See hervor. Die Gemeinde hatte ein Gesuch gestellt, ihr zu gestatten, daß sie die geklärten Abwässer mittels natürlicher Gefälle nach dem See ableite. Der Amtsvorsteher Wille führte aus, daß das Gefälle der Gemeinde Reinickendorf nach dem See gehe. Die Gemeinde habe zur Herstellung der Kanalisation und des Wasserwerks eine Anleihe von 2 Millionen Mark aufgenommen; die Rückzahlung der Anleihe bedeute unter Umständen den Ruin der Gemeinde. Der früher genehmigte Plan des Leberpumpens des Wassers nach der Baule sei für die Gemeinde zu kostspielig, auch liege seine Ausführung nur im Interesse der Stadt Berlin; Reinickendorf fühle sich zu solchen Ausgaben nicht verpflichtet. Stadtrat Hirsfeldern dagegen dat, aus hygienischen Gründen die Entwässerung der Klärwässer nach der Baule zu wenig wie nach dem Tegeler See zu gestatten; zweckmäßig für die Vororte sei es, Schwenkanalisation einzurichten. Berlin könne die Kosten des Leberpumpens auf keinen Fall übernehmen. Der Landrat überreichte ein Dokument aus dem Jahre 1776, wonach den Orten Reinickendorf und Dandorf das Recht zusteht, ihre Abwässer in den Tegeler See zu leiten; er bat, von diesem verbrieften Recht Recht zu nehmen und Reinickendorf vom rechtlichen Standpunkt die Genehmigung zu erteilen. Den Ausführungen schlossen sich auch die Vertreter der Ministerien an und gaben den Gemeinden anheim, sich wegen des Leberpumpens der Klärwässer in die Baule zu verständigen. Der Vertreter der Gemeinde Reinickendorf erklärte sich bereit, dem Berliner Magistrat das Projekt nebst der Kostenrechnung zugestehen, vorausgesetzt, daß der Magistrat noch vor den Ferien einen Beschluß herbeiführt, welcher der Stadtverordneten-Versammlung im Monat September zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. — Das Ortsstatut zur Einrichtung eines Gewerbegerichts hier selbst ist nunmehr von dem Bezirksauschuss genehmigt worden. Die Wahl der Richter wird demnächst erfolgen.

Die im März dieses Jahres in Pankow erfolgte Wahl unseres Parteigenossen Freiwald zur Gemeindevertretung war von dieser Körperschaft beanstandet und für ungültig erklärt worden, weil der Gewählte kein Angelegener sei. Freiwald protestierte gegen diese Entscheidung beim Kreisauschuss, und sein Vertreter, Rechtsanwalt Heine, machte geltend, daß Freiwald die nach den §§ 46 und 50 der Landgemeinde-Ordnung zulässige Vertretung eines Fremden ausgeübt habe, und daß somit seine Wahl zu Recht bestehe. Der Kreisauschuss erklärte ohne Angabe von Gründen, den Beschluß der Gemeindevertretung für gültig und wies die Klage ab.

Freiwald will die Angelegenheit, wenn erforderlich, bis zum Ober-Verwaltungsgericht durchsetzen. Das Klageobjekt ist auf 2000 Mark angelegt worden.

Zum Bahnhofsneubau in Spandau werden jetzt die Vorarbeiten in Angriff genommen. Am Dienstag kam eine aus zehn Herren bestehende Kommission des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten und der Eisenbahn-Direktion Berlin nach Spandau und stellte den Plan für die Umänderungen in großen Umrissen fest. Wegen der Hochlegung der Leichter und Hamburger Eisenbahn muß der hauptsächlich dem Berliner Güterverkehr dienende Rangierbahnhof aus Spandau verlegt werden; es ist dafür Seefeld und Wustermark in Aussicht genommen. Der Spandauer Güterbahnhof wird nach Sioolen hinausgerückt, wo die Errichtung einer Haltestelle in Angriff genommen wird.

Versammlungen.

Der Wahlverein im 4. Berliner Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag eine sehr gut besuchte Versammlung in den Andreas-Festhälen ab. Genosse Rosenow referierte über das Thema „Genossenschaften“. Man könne die Genossenschaften nicht als Zweck ansehen, sie aber immerhin als Mittel im Klassenkampf benützen, immer in der Voraussetzung, daß die Begründer und Mitglieder der Genossenschaften darauf bedacht sind, nicht nur Konsum, sondern auch Produktionsgenossenschaften zu errichten, zugleich aber die krankhaften Auswüchse der bisherigen Genossenschaften zu beseitigen bezw. nicht aufkommen zu lassen. Als solche Mischlinge seien das Lagerhalterwesen, Erzielung hoher Dividenden, Stellenjägerie zc. zu bezeichnen. Die Hamburger Arbeiter haben in diesem Sinne ihre Genossenschaften begründet, um den wirtschaftlichen wie politischen Wert derselben für die Arbeitererschaft zu erweisen. Aber nicht Aufgabe unserer Partei, sondern der Arbeiter als solchen, wie auch der Gewerkschaften könne es nur sein, sich mit Gründung von Genossenschaften zu befassen, wenn der Blick immer auf die praktischen Verhältnisse gerichtet ist.

Den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Referenten folgte nunmehr eine längere und recht lebhafte Besprechung, in deren Verlauf Eide, Drunzel, Döring, Müller u. a. die Vorteile sowie Begründung der Genossenschaften empfahlen. Desjener und Wengels erklärten sich unter wiederholter Anrede der Versammlung gegen die Genossenschaften mit der Begründung, daß diese dem Klassenkampf nicht förderlich, sondern eher hinderlich seien. Rosenow entgegnete hierauf in seinem Schlusswort, daß mit dem Prinzip der Genossenschaften auch die Gewerkschaftsbewegung verworfen werde. Der Vorsitzende Paul Schneider machte unter „Verschiedenes“ darauf aufmerksam, daß für Vereinsmitglieder noch Einzahlung zur Sternwarte in Treptow vorhanden seien.

Die Parkettbodenleger waren am Dienstag zahlreich im Gewerkschaftssaal versammelt, um den Bericht der Kommission über den Streik entgegenzunehmen. Nach demselben haben sämtliche Berliner Firmen (außer Dams, Vert. Peter, und Görliger, Vert. Glöfen) die Tarifvereinbarung unterzeichnet. Sämtliche Redner gaben ihrer Zufriedenheit mit dem schnellen und günstigen Resultat, welches nur durch das einmütige Zusammenstehen der Kollegen möglich war, lebhaften Ausdruck und wurde der Streik nun einstimmig für beendet erklärt. Ueber die oben genannten Firmen wird die Sperre so lange verhängt, bis auch sie unterschrieben haben.

Die Stuccateure beschäftigten sich in einer am Montag abgehaltenen Versammlung mit den Abmachungen, die kürzlich betreffs der Firma Zumbach vor dem Einigungsamt abgeschlossen worden sind. Nach diesem Einigungsabrede soll eine aus Arbeitern und Arbeitgeberern zusammengehende Kommission bei etwa ausbrechenden Differenzen in Funktion treten. Die Versammlung betraute die bestehende Lohnkommission mit der Vertretung der Arbeiter in der betreffenden Kommission. — Nachdem diese Angelegenheit erledigt war, wurde längere Zeit diskutiert über die Verhältnisse bei verschiedenen Firmen, wo die aufgestellten Arbeitsbedingungen noch nicht zur Durchführung gelangt sind.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und der Umgegend hielt am Sonntag, den 10. d. M. eine Mitgliederversammlung in den Vorussalalen, Ackerstraße 6/7, ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Gehl Bericht über die Verhandlungen und die gefassten Beschlüsse vom IV. Kongress der durch Vertrauensmänner centralisirten Gewerkschaften Deutschlands. Referent erläuterte eingehend Punkt für Punkt der Tagesordnung desselben, und entspann sich nach diesem eine sehr lebhafte Diskussion, welche sich meistens um die Nichtbeachtung des internationalen Kongresses in Paris drehte, und wurde hierauf folgender Antrag angenommen:

„Die heute am Sonntag, den 10. d. M. tagende Mitgliederversammlung der Maurer Berlins und der Umgegend nimmt Kenntnis durch ihre Delegierten von den Verhandlungen und den Beschlüssen des 4. Kongresses der Vertrauensmänner-Centralisation, ist mit sämtlich gefassten Beschlüssen einverstanden, und verpflichtet sich, dieselben durchzuführen.“

Der zweite Punkt: Abrechnung von der Urania-Vorstellung, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Hierauf erstattete der Ausschuss über seine Thätigkeit Bericht, nach welchem derselbe die Mitglieder Witz Schmidt, Hoyer und Wolme wegen Accordarbeitens aus dem Verein ausschloß, was von der Versammlung sanktioniert wurde.

Der Kollege Kaapier erhielt, weil er als Rüstungsgeselle systematisch Leberstunden machte, von der Versammlung eine Klage. Dann wurde bekannt gegeben, daß der Kollege Hermann Schulze die letzten rüchständigen Vorkosten vom Postenball abgerechnet hat. Hierauf gab Kollege Kaufmann den Situationsbericht der vergangenen Woche, in welchem er die Lage des Streiks der Kanal-maurer darlegte. Dieselben haben belamlich vor 5 Wochen die Arbeit niedergelegt, weil sie den ortsüblichen Tageslohn und die neunstündige Arbeitszeit nicht erhalten haben. In dieser Zeit hat nun der Unternehmer Steinide versucht, durch Annoncen in den Provinzialblättern wie durch Agenten Maurer für Berlin für 50 Pfg. und 10 stündige Arbeitszeit anzuzwerben. Es ist demselben aber bis dahin nicht gelungen, weil die streikenden Kollegen auf dem Posten waren. Dadurch sah sich der Unternehmer gezwungen, den rüchständigen Vorkosten zu machen und zwar in der Weise, daß derselbe die 9 stündige Arbeitszeit und den Stundenlohn von 60 Pfg. zugelegt hat. Es wurde nun den Streikenden anempfohlen, vor Aufnahme der Arbeit sich mit der Kommission in Verbindung zu setzen. Zum Schluß wies Kollege Witzers auf die am 14. d. M. stattfindende Volksversammlung hin, in welcher Reichstags-Abgeordneter Vebel über die letzten Vorkommnisse im Reichstag referieren wird. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter. Zahlstelle Berlin I. In der Mitglieder-Versammlung vom 10. Juni erstattete der erste Bevollmächtigte Bericht von der letzten Jahreshilfsarbeiter-Konferenz. Er gab in kurzen Zügen ein Bild von den Verhandlungen auf der Konferenz und erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen des Bevollmächtigten einverstanden. Dann wurde Wilhelm Kupsch an Stelle Witzers zum Expediteur für den Osten gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wurden mehrere Fälle unsolidarischen Verhaltens seitens einiger Kollegen zur Sprache gebracht.

Vermishtes.

In Kottbus herrschte gestern Ruhe. Die anlässlich der letzten Unruhen verhafteten Personen sind der Gymnastik v. Sarnowski, die Arbeiter Weg, Ulrich und Jarnell, der Schuhmacher Warndorf und der Müllergeselle Rogalski. Die letzten fünf befinden sich noch in Haft, Gymnastik v. Sarnowski, der durch einen Steinwurf ein Schnagogenfenster zertrümmerte, ist vorläufig wieder auf freien

Fuß gesetzt worden. Das Ständrecht ist nicht proklamiert und dürfte nach dem jetzigen Stande vor der Hand auch nicht proklamiert werden.

Bei Sprottan hat ein erheblicher Waldbrand stattgefunden. Nach vorläufiger oberflächlicher Schätzung sind fünf- bis sechsstaufend Morgen Waldung mit teils fünfzehn- bis zwanzigjähriger Schonung, teils mit hohem Holzbestand vernichtet. Hierauf ist die Stadt Sprottan mit 2500 Morgen beteiligt; der übrige Schaden trifft den Burggrafen zu Dobna-Rallwitz, Grafen Solms-Klischdorf und den Rittergutsbesitzer Rogalla v. Dörfflein auf Buchwald, Kreis Rungwa.

Die Elberfelder Militär-Befreiungs-Affaire treibt ihre Kreise bis in weite Ferne. So hat sich, dem „Dortm. Tagebl.“ zufolge, ergeben, daß zwei Militärpflichtige aus dem bergischen Lande, Söhne besserer Eltern, sich vor längeren Jahren nach Hörde begeben haben, um sich dort den Ersatzbehörden zu stellen, und zwar unter ganz verdächtigen Umständen. Beide sind dem auch wegen der in dem großen Prozesse gegen Strudberg und Genossen festgestellten künstlichen Leibesbeschäden (Herzleiden und Rheumatismus à la Strudberg) untauglich geworden. Das Verbot ist wieder aufgenommen worden. Die Fälle, in welchen sich die Militärmüden mit Strudberg-Pfaffen außerhalb ihrer Heimat den Ersatzbehörden gestellt haben, dürfen nicht vereinzelt sein.

Ein Familiendrama hat sich bei Leipzig abgepielt. Ein 23jähriger, aus Stettin gebürtiger Arbeiter, welcher bei einer Arbeiterfamilie in der Vorstadt in Schlafstelle wohnte, unterhielt mit der 35 Jahre alten Ehefrau seines Logisherrn ein Liebesverhältnis. Gleichzeitig trat er mit Wissen seiner Geliebten in verbotenen Umgang mit deren Tochter, einem zwölfjährigen schwächlichen Mädchen. Das bebauerte Opfer wurde von der eignen Mutter zur Duldung der schweren Verbrechen gezwungen. Als der Vater des Kinds von dem verbrecherischen Treiben Kunde bekam, erstattete er die polizeiliche Anzeige. Ehe aber zur Verhaftung des Arbeiters geschritten werden konnte, entfloh dieser, und mit ihm verschwand gleichzeitig seine Geliebte, die Mutter des Kinds. In Kösen traf man das Paar wieder und beschloß, die Folgen seines verbrecherischen Treibens einsehend, gemeinsam in den Tod zu gehen. Zusammengebunden stützten sich beide bei Großheringen in die Saale. Ihre Leichen wurden unweit Weiskau an das Ufer getrieben.

Explosion. Wie ein Telegramm aus Nachen meldet, explodierte in der Weissenacher Pulvermühle ein Trodenzylinder. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei schwer verwundet.

Ueber ein neues Verfahren zur Erzeugung hoher Temperaturen durch Aluminium, worüber Dr. Hans Goldschmidt-Essen bei der Hauptversammlung der deutschen Chemiker in Hannover einen Vortrag hielt, wird der „Neuen Freien Presse“ berichtet: Das Verfahren beruht auf der Erfindung des Dr. Goldschmidt, mittels einer Mischung von Metalloxyden und Aluminium, „Thermit“ genannt, einfach und schnell eine feurig-flüssige Masse von besonderer hoher Temperatur herzustellen. Das Verfahren wird in erster Linie angewendet zur Darstellung Gemisch reiner Kohlenstofffreier Metalle — Chrom, Mangan, Vanadin, Ferrobor — und ist bei Eisenlegierungen von großer Bedeutung. Jeweils wird es angewendet, um Rohre und Schienen ohne Werkstoff an jedem Ort und jederzeit mit einfachem Ziegel bei erheblich billigeren Kosten zu schweißen. Die Schweißung ist vorzüglich und kann 400 Atmosphären Druck im Rohr aushalten. Die Rohre zerplatzen eher in der Längsrichtung als an der Schweißstelle. Feurig-flüssiges Thermit auf einem Eisensloß geflossen, schmilzt ihn, wie heißes Wasser einen Schneehaufen. Diebes- und feuerfichere Kassen widerstehen nicht mehr. Panzerplatten werden durchlöchert. In Eisen und Braunschweig werden die Straßenbahnschienen nach diesem Verfahren geschweißt. Die Schweißung wird angefertigt, indem ein Ziegel mit einigen Löffeln Thermit gefüllt, etwas Entzündungsmittel darauf gestreut und mit einem Sturmschloßholz angezündet wird. Es ist vollkommen ungefährlich. Dr. Goldschmidt demonstrierte das Verfahren auf dem hiesigen Experimentierfeld der Technischen Hochschule in Hannover. Temperaturen von mehr als 3000 Grad nehmen Operationen von 2-3 Minuten in Anspruch. Die Operation verläuft so rasch, daß der Ziegel kalt bleibt und in die Hand genommen werden kann. Die feurig-flüssige Masse im Ziegel besteht aus geschmolzenem Eisen, es ist aluminothermisches Eisen. Oben auf schwimmt Borax, das ist Aluminiumoxyd. Mit diesem Verfahren ist ein neuer Wissenszweig entstanden, Aluminothermie.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Nied. und unbekannt.
No. Informieren Sie sich in einer Bogelhandlung.
G. S. Die Beschwerde wäre ausfichlos, weil sie verspätet ist. Zur Abweisung würden Sie verpflichtet sein; werden Sie sich behufs Erstattung der eigentlichen Kosten beim Gericht. — A. T. 16. Nein, Sie können nur Ihre Forderung im Wege der Klage geltend machen. — F. B. 32. W. S. 48. Nein. — 1412. Ohne Mitteilung, was die Berufung schließt und wie alt das Mädchen ist, nicht zu beantworten. — A. S. 2. Ja. — Ratibor. Die Anklage ist zulässig, wäre aber zu löse, wenn kein Vermögen vorhanden ist. — G. S. Sie müßten sich zunächst an das Amtsgericht mit dem Antrag wenden, die Auseinandersetzung mit dem Kind wegen des Mutterrechts herbeizuführen. — G. P. Da ein fester Preis vereinbart war, so sind Sie zur Zahlung des noch verlangten 3 M. nicht verpflichtet. — A. S. 2. In 30 Jahren. — C. S. 73. 1. Die Klage ist auch nach der nicht günstigen Aussage des Zeugen nicht ausfichlos. Sie müssen besonders Gewicht darauf legen, daß kein derselbe Preis gezahlt ist und mangels einer Vereinbarung auch diesmal als verhandelt gelten muß. 2. Die Verleumdungsklage hat keine Aussicht auf Erfolg. — A. T. W. Des Fabrikanten Forderung ist erledigt. — S. 100. Der Wirt ist im Recht. — A. 300. Sie können lediglich beim Amtsgericht auf Zahlung der Forderung geliehenen Summe klagen. — C. W. 40. Geringfügige Überhöhe Forderung. — G. S. Zum Amt eines Schöffen unzulässige Personen können nicht zu Mitgliedern des Gewerbegerichts berufen werden. — W. C. 23. Geldmangel in nächster Zeit. — M. W. Nein. — G. S. 11. In der Mark Brandenburg sind die Standesämter auf Grund des preussischen Gesetzes vom 9. März 1874 seit dem 1. Oktober 1874, und auf Grund des Reichsgesetzes vom 4. Februar 1875 seit dem 1. Januar 1875 in Kraft. — A. R. Schriftliche Antwort zu erteilen können wir ab. Jeder Verkauf, der zur Veranlassung des Geschäftes auf die Gefahr u. dgl., ist ungültig und kann auf Grund des § 208 Straf-Gesetzbuch überdies mit Strafe belegt werden, gleichviel, in welcher Form der Verkauf stattgefunden hat. — Dohmann. Schriftliche Antwort zu erteilen können wir ab. 1. Rein. 2. Ja, es sei denn, daß der Vater das Erbschaftsrecht entzogen wird. 3. Rein. — Herberich. S. 1. Ja, lediglich während der vierwöchentlichen Unternehmung ist nichts zu zahlen. 2. Es ist ein Druckfehler: Seite 330, 331 muß es 334, 335 heißen. — W. S. 100. Das können Sie thun. Sprechen Sie gelegentlich mit dem Arbeitsbuch in der juristischen Sprechstunde vor. — Sörder. Ratibor. — S. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — G. 100. Falls nicht etwa Rücksicht der Kündigungspflicht vereinbart war: 1. Rein. 2. Ja. — Voetsch. Hat die Gewerbeinspektion auf Ihre Klage entschieden, so beantragen Sie nunmehr die Beilegung des Vertrags. Das nicht selten erst nach der Geltung infolge des Zwangs, welche Kasse zu zahlen hat, Frankengeld gezahlt wird, ist eine leider bekannte Thatsache. Abhilfe dagegen könnte dadurch geschaffen werden, daß die Kasse, bei der der Betreffende gemeldet ist, unbeschadet ihres Rückzahlungsrechtes auf die eigentlich zur Zahlung verpflichtete Kasse zu zahlen hat. — W. W. 70. Der Vater, nicht die Mutter müßte Schenktermin nachsuchen und die Klage bis spätestens am 18. August bei dem Amtsgericht einreichen. — H. G. W. 1. Nach der vom Kammergericht für gültig erachteten Bestimmung: Verordnung vom 5. Oktober 1890 sind an Sonn- und Feiertagen während des Hauptgottesdienstes geduldvolle und auffällige Spiele, namentlich das Regel-, Billard-, Karten- und Würfelspiel und andre Vergnügungen und Vorkommnisse in Schenklokalitäten verboten. Dasselbe Bestimmung besagt: „Der Gewerbebetrieb der Drehscheibler, Puppenmacher, Tierfänger und sonstigen in § 53b der Gewerbe-Ordnung bezeichneten Gewerbebetriebe, welche Anstalten, Schenklokalitäten oder sonstige Verkaufsstellen öffentlich darbieten, ohne daß ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft dabei obwalte, kann an Sonn- und Feiertagen von der Ortspolizeibehörde von 3 Uhr nachmittags ab gestillt werden.“ An und für sich verbietet die Verordnung den mit Schinken, Würfeln und dergl. verbundenen Gewerbebetrieb wie alle öffentlich bemerkbaren oder geschloffenen Arbeiten an Sonn- und Feiertagen. Ein Antrag auf gerichtliche Entscheidung wäre daher zweifels. 2. Rein.